

Kuppet mot Allende 11. september 1973. Illustrasjon: Carlos Latuff.

**Auszug aus der letzten Rede des gewählten chilenischen Präsidenten Dr. Salvador Allende vom 11. September 1973 vormittags, gehalten im Präsidentenpalais »La Moneda« in Santiago de Chile, zeitweilig noch von Radio Magallanes übertragen:**

**»Landsleute! Es ist sicherlich das letzte Mal, dass ich mich an Sie wende. Die Luftstreitkräfte haben die Sendeanlagen von Radio Portales und Radio Corporación bombardiert ... Sie haben die Gewalt, sie können zur Sklaverei zurückkehren, aber man kann weder durch Verbrechen noch durch Gewalt die gesellschaftlichen Prozesse aufhalten. Die Geschichte gehört uns, es sind die Völker, die sie machen...**

**Das Auslandskapital, der mit der Reaktion verbündete Imperialismus haben ein solches Klima geschaffen, daß die Streitkräfte mit ihren Traditionen brechen... Die Geschichte wird über sie richten... Es lebe Chile! Es lebe das Volk! Es leben die Werktätigen! Das sind meine letzten Worte, und ich habe die Gewißheit, daß mein Opfer nicht vergeblich sein wird...«**

**Am 9. September 2003 zitierte die Nachrichtenagentur AFP den früheren Sicherheitsberater und US-Außenminister unter Präsident Richard Nixon Henry Kissinger mit den Worten: »Das chilenische Militär rettete Chile vor einem totalitären Regime und die Vereinigten Staaten vor einem Feind.«**



*„Ich behaupte nicht,  
wir hätten nun schon völlig  
über den Marxismus gesiegt.  
Der Marxismus, er ist wie ein...  
Ein Gespenst. Es ist schwer,  
ihn zu bändigen. Besser gesagt,  
er ist nicht zu bändigen.“*

General don Augusto Pinochet, Chile 1974 Zit. „Anflug auf Chacabuco“, Mit Kamera und Mikrophon in chilenischen KZ-Lagern Heynowski & Scheumann, DEFA

# 11. September 1973: Faschistischer Putsch in Chile

**„friedlicher Weg zu Sozialismus“ führt in die Sackgasse: Die Bourgeoise hat noch in keinem Lande tatenlos zugesehen, wenn ihre Machtpositionen angegriffen wurden**

In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erscheint am 21. September 1973 die Anzeige: "Chile - jetzt investieren!" Der Chile-Repräsentant der Dresdner Bank, erklärt am 28. September 1973 bei einem Aufenthalt in Mannheim, dass die Machtübernahme durch das Militär "bereits seit langer Zeit erhofft worden" sei. Die "Neue Westfälische Zeitung", Bielefeld bringt die Schlagzeile: "Putsch in Chile ist für Banken positiv - in Südamerika kann wieder investiert werden" und die "Welt" schrieb am 29/30.9. 1973: "Jetzt geht es wieder aufwärts."

Die Parteien des westdeutschen Monopolkapitals stellten sich voll hinter den faschistischen Putschisten. F.J. Strauß: "Angesichts des Chaos, das in Chile geherrscht hat, erhält das Wort Ordnung für die Chilenen plötzlich wieder einen süßen Klang" ("Bayern-Kurier", 22.9.73)

CDU-Generalsekretär Bruno Heck, zurückgekehrt nach seiner `solidarischen` Reise aus Chile: "Soweit wir Einblick bekommen haben, bemüht sich die Militärregierung in optimalem Umfang um die Gefangenen. Die Verhafteten, die wir ... sprachen, haben sich nicht beklagt." Über die verzweifelte Lage der im Nationalstadion von Santiago gefangenen und viehisch gepeinigten Patrioten äußert er sich gegenüber der "Süddeutschen Zeitung" (18.10.73) zynisch: **"Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Wetter recht angenehm."**

Am 11. September 1973 beendeten die militärfaschistischen Putschisten Chiles um Pinochet den chilenischen "friedlichen, verfassungstreuen Weg zum Sozialismus" mit Waffengewalt. Insgesamt 30.000 Menschen wurden durch die Faschisten ermordet. 150.000 in die Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen.

General Pinochet gab seine Vorstellungen über die Demokratie zu Protokoll: "Die Demokratie trägt den Samen ihrer eigenen Zerstörung in sich. Man sagt, Demokratie muss hin und wieder in Blut gebadet werden, damit sie wirklich eine Demokratie sein kann". ("Operacion Silencio", Verlag der Nation, Berlin 1974)

Die Bourgeoise hat noch in keinem Lande tatenlos zugesehen, wenn ihre Machtpositionen angegriffen wurden. So auch in Chile.

## **Der Weg der Unidad Popular**

Um der wirtschaftlichen Ausplünderung Chiles und der Not von Millionen Menschen ein Ende zu machen, hatten sich sechs Parteien zu einem Bündnis zusammengefunden, zur Unidad Popular. Am 17.12.1969 unterzeichneten ihr Programm die "Kommunistische Partei",

die "Sozialistische Partei", die "Radikale Partei", die "Bewegung der Einheitlichen Volksunion" (MAPU), die "Unabhängige Volksaktion" (API) und die "Sozialdemokratische Partei". 1971 schloss sich die "Christliche Linke" (IC) an.

Mit ihrem Programm ging die UP 1970 in den Wahlkampf mit Dr. Salvador Allende Gosses als ihrem Kandidaten. Sie errang den Wahlsieg. Die Kräfte der Unidad Popular hatten auf legale Weise den wichtigsten der wählbaren Teile des politischen Machtmechanismus in ihre Hände bekommen. Die Machtfrage als Ganzes im Sinne der Errichtung einer revolutionär-demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern war damit aber nicht entschieden.

Die Regierung des Demokraten und Antiimperialisten Salvador Allende übernahm 1970 ein Land das zerrüttet war. Chile gehörte zu den vom USA-Monopolkapital stark abhängigen Staaten. 4 Milliarden Dollar Auslandsschulden, 300.000 Arbeitslose und über 500.000 Obdachlose übernahm Dr. S. Allende von der Regierung Frei.

Von Anfang an verwirklichte die Unidad Popular weitreichende radikale antiimperialistisch-demokratische Maßnahmen:

Im wirtschaftlichen Bereich wurde ein Teil der Großbetriebe des Auslandskapitals und der chilenischen Oligarchie (91 Industriebetriebe) verstaatlicht (Kupfer-, Salpeter- und Eisenerzgewinnung, ITT, chilenische Elektrizitätsgesellschaft).

Es wurde ein staatlicher Sektor geschaffen (210 Betriebe). Von 26 Privatbanken wurden 18 nationalisiert und 2 weitere unter Staatskontrolle gestellt. 1972 standen 90 Prozent des Exports und 60 Prozent des Imports unter staatlicher Kontrolle. In der Landwirtschaft wurde eine Agrarreform in Angriff genommen. In den Jahren 1971 und 1972 wurden 3570 Latifundien mit 5,5 Mill. ha Land enteignet. Die Mindestlöhne wurden um 35% erhöht. Mieten eingefroren, Familienzuschläge erhöht, alle Kinder unter 12 Jahren bekamen täglich einen halben Liter Milch gratis usw.

Jedoch verblieben etwa die Hälfte der Großbetriebe und die 10 wichtigsten Großhandelsgesellschaften in der Hand der Großbourgeoisie. 70 Prozent der Massenmedien blieben in der Hand der Reaktion. Im Zuge der Agrarreform wurden zwar der Latifundismus zerschlagen, aber es fand keine direkte Bodenverteilung und Übergabe der Maschinen an die Bauern statt. Die absolute Mehrheit der zahlenmäßig starken städtischen Mittelschichten (etwa 20% Bevölkerungsanteil) wurde kaum von der UP erreicht. Gerade hier gelang es der Reaktion (kleine und mittlere Unternehmer, Einzelhändler, Teile der Intelligenz), große Teile durch politische Demagogie, Drohungen und enorme Korruption auf ihre Seite zu ziehen. Eine nicht unwesentliche Rolle spielten die 735.000 Angestellten. Ein Großteil der Angestellten stand unter christdemokratischem Einfluss.

Während der Wahlen im September 1970 errang die Unidad Popular 36% der Stimmen. Im Frühjahr 1973 gewann sie bereits 44%. Für die Führer der faschistischen Bewegung "Patria y Libertad" war das das Signal zum bewaffneten Putsch. P. Rodriguet, rief nach den Wahlen im März 1973 dazu auf: "Allende muss heute gestürzt werden und nicht morgen. Wenn 1976 Präsidentenwahlen stattfinden, dann wird die Unidad Popular 80% der Stimmen erhalten".

Die Nacht der blutigen Diktatur und des grenzenlosen Terrors fiel nicht von ungefähr über Chile herein. Der 11. September war nicht der plötzliche Schurkenstreich einiger Generale. Er war von langer Hand vorbereitet.

Das Verbrechen wurde in den Büros der amerikanischen Konzerne ITT und Kennecott, in der Zentrale des CIA und in den Geschäftsräumen der chilenischen Monopolbourgeoisie und ihrer Parteien ebenso heimtückisch geplant wie in den Stabsquartieren der verräterischen Militärs.

### **Die große Verschwörung des Dollar-Imperialismus**

Das hauptsächliche Interesse an der Ausbeutung der Schätze Chiles, an der Fortdauer der wirtschaftlichen Abhängigkeit, des Elends der Chilenen, hatten die führenden Monopole und großen multinationalen Konzerne. Allein rund 110 US-Unternehmen hatten in der Andenrepublik 1970 etwa 1,5 Milliarden Dollar investiert. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten aber auch 65 BRD-Unternehmen fast eine Milliarde DM Kapital in die chilenische Wirtschaft investiert. An der Ausbeutung des chilenischen Volkes beteiligten sich auch Großunternehmen aus Großbritannien, den Niederlanden, Italien, Japan und der Schweiz. Jeder Dollar, jede Mark, jedes Pfund, das in Chile vom internationalen Großkapital investiert wurde, brachte märchenhafte Gewinne. Ausländische Monopole erzielten von 1956 bis 1965 durch sechs Milliarden Direktinvestitionen in Chile Gewinne von rund 8,1 Milliarden Dollar - einen Profit von 135%. Salvador Allende: "Für jeden Dollar, den wir erhielten, haben wir 4 Dollar zurückzahlen müssen." ("Deutsche Volkszeitung", 15.4.71)

Die ausländischen Unternehmen konnten den größten Teil des Profits aus Chile transferieren. Der ITT-Konzern hatte dem Land sogar einen Vertrag aufgezwungen, der es ihm erlaubte, seinen Gewinn in Form von Gold aus dem Andenland herauszuholen.

Die ausländischen Konzerne sahen ihre Profite durch die sozialen Reformen und gesellschaftlichen Umwälzungen gefährdet, die von der Unidad Popular eingeleitet wurden. Ihnen passten weder die Lohnerhöhungen noch die Arbeitsrechte auf Mitbestimmung und erst recht nicht die Maßnahmen zur Nationalisierung des räuberischen Auslandskapitals. Deshalb zählten sie zu den Interessenten und Drahtziehern des blutigen Putsches.

### **Die CIA und ihr Plan "Centaur"**

Neun Jahre lang führte die Central Intelligence Agency (CIA), das Zentrale Nachrichtenamt der USA für geheimdienstliche und Spionagetätigkeit, einen unterirdischen Krieg im Andenland: zunächst, um die Mehrheit der UP zu verhindern; später, um Salvadors Allendes Wahl zum Präsidenten zu vereiteln; schließlich, um den Sturz der UP-Regierung herbeizuführen und den faschistischen Ausrottungsfeldzug der Militärjunta gegen die patriotischen Kräfte des chilenischen Volkes zu ermöglichen.

Während des Wahlkampfes 1970 intensivierten US-Monopole, CIA und Nixon-Administration ihre Umtriebe in Chile. Ziel: Verhinderung der Wahl Allendes. 400 CIA-Agenten wurden eingeschleust. Im Zusammenspiel mit ITT entfachte die CIA eine wütende antikommunistische Hetzkampagne in 40 Radiostationen und zahlreichen reaktionären Zeitungen Chiles. Massive Drohungen wurden verbreitet: Im Falle der Wahl Allendes werde das Land keine Kredite, keine technische Hilfe aus den USA erhalten.

Allende gewann am 4. September 1970. CIA-Spezialist Broe erklärte, er habe daraufhin "den 29. September 1970 für den Beginn eines Aktionsplans zur Schaffung eines Wirtschaftschaos in Chile vorgeschlagen". Die CIA war im besonderen darauf aus, "alle wichtigsten politischen Parteien zu unterwandern, die regierungsfeindlichen Demonstrationen und Gruppierungen zu unterstützen und die oppositionelle Presse zu finanzieren" ("Washington Post", 20.10.73).

Mehrere Attentate, inspiriert durch den CIA, wurden auf Allende verübt. (15.3.71, 11.9.72) Hunderte weitere Attentate wurden von gedungenen CIA-Agenten verübt, um das Land in Bürgerkriegsstimmung zu versetzen. Zur Verwirklichung der US-Strategie, in Chile Bedingungen eines Militärputsches zu schaffen, waren auch Experten des Pentagon, des State Departements sowie speziell die US-Botschaft in Santiago tätig. Nixon im April 71: "Wir dulden diese Art von Regierung des Marxisten Allende nicht". Kurz darauf liefen die Aktionen des imperialistischen Wirtschaftskrieges gegen Chile an. Die USA sperrten die Kredite. Die materielle Grundlage für den Putsch war die wirtschaftliche Austrocknung Chiles. Über bürgerliche Gerichte in aller Welt ließen die US-Imperialisten die chilenischen Kupferexporte in den Bestimmungshäfen beschlagnahmen (damit Chile die Frachtkosten bezahlen muss) und sie hielten die Kupferpreise trotz mangelnden Angebots am Weltmarkt durch Manipulationen besonders niedrig. Damit wurde Chile einer seiner wichtigsten Einnahmequellen beraubt.

Während die Regierung Allende sich Tag für Tag damit befasste, das düstere Erbe zu überwinden und soziale Probleme zu lösen, konzentrierte sich die einheimische Reaktion ausschließlich auf Sabotage der Regierungstätigkeit, um ein Wirtschaftschaos zu organisieren.

- Im Parlament lähmten die Rechten von vornherein systematisch alle Gesetzesinitiativen der Regierung.

- Besitzer von Kaufhäusern und Geschäftsinhaber ließen dringend benötigte Waren in Lagern verschwinden oder organisierten den Schwarzen Markt.

- Die chilenische Oligarchie verschob von 1971 bis 1973 durch Devisenübertragungen mindestens 680 Millionen Dollar ins Ausland.

- Die chilenische Reaktion organisierte "Hungerdemonstrationen", "an der nur 'Damen' aus der vornehmen Gesellschaft teilnehmen.

- Verbrecherische "Streiks" von Ärzten wurden veranstaltet.

- Vieh wird massenweise geschlachtet und verschoben: "Besitzer ... landwirtschaftlicher Betriebe schlachteten ihr Vieh ab, verkauften es ins Ausland und ließen die Felder brach liegen." ("Stern", 20.9.73)

- "Streikgelder" aus dem Ausland: "Der Streik der 40.000 privaten Fuhrunternehmer ebnete den Militärs den Weg zum Putsch. Die Versorgung des Andenstaates, der sich über 4300 Kilometer erstreckt, drohte durch den 47tägigen

Ausstand zusammenzubrechen. Streikführer war ein von nordamerikanischen Fernfahrern gedrillter Chilene. Er sorgte dafür, dass den Streikenden das Geld nicht ausging. Die Fahrer

erhielten vierfachen Lohn, die `Spenden` kamen in harter Währung - in Dollars" ("Stern", 20.9.73)

Aber Hilfestellung erhielt die einheimische Reaktion und ihre Drahtzieher in den USA auch aus der BRD. Schon im April 1970 wurde die Entwicklungshilfe "eingefroren". Der Handel wurde gedrosselt.

### **Die Rolle des Klerus**

1970 kam die Regierung Allende mit christdemokratischer Unterstützung zustande, vor den Konsequenzen des eingeleiteten Prozesses von Reformen wich die Christdemokratische Partei (PDC) jedoch zurück, wanderte immer weiter nach rechts und half mit, den Sturz der UP-Regierung vorzubereiten. Sie unterstützte die Junta in der Annahme, von dieser die Macht zurückzuerhalten. Das war zwar vorerst eine Fehlspekulation, für die Zukunft jedoch eine Möglichkeit. Andererseits wurde der reaktionäre politische Klerikalismus massiv belebt. Beispielsweise hetzte Pater Hasbun 3 Jahre lang über den TV Kanal 13 gegen die Allende-Regierung und rechtfertigte die Konterrevolution. Solche Kleriker gibt es überall in Lateinamerika, und in jedem Land können sie sich auf ein ganzes System klerikaler Einrichtungen, Institute, Vereinigungen, Universitäten und Priesterschulen, stützten, die in den 50er und 60er Jahren vom politischen Katholizismus der USA, der BRD usw. im Interesse der Großbourgeoisie errichtet wurden.

### **Das Militär Chiles**



***Allende: Ohne Klassenbewusstsein, Vertrauen in den bürgerlich-parlamentarischen Staatsapparat. Einige Gründe seines Sturzes***

Den Streitkräften wurde lange Zeit eine "traditionell unpolitische Haltung" zugeschrieben. L. Corvalan, Chef der Revisionisten, die das Volk in all den Jahren der UP von den Waffen fernhielt und Illusionen über den bürgerlichen Staat verbreiteten, über die Armee Chiles: "Das

Volk zweifelt nicht am Patriotismus und an der Verfassungstreue der Armee. Das Volk wird ihrem Marschtritt durch unsere Straßen weiter zujubeln, morgen genauso wie heute".

Freilich die Tatsachen waren andere: Wann immer in der Geschichte Chiles Arbeiter oder Bauern darangingen, ihren Vorstellungen von einer vernünftigen Ordnung einen Schritt näher zu kommen, stießen sie auf die brutale Gewalt der Ausbeuterklasse. Träger dieser Gewalt aber war stets die Armee. Im Jahre 1903, als die Hafendarbeiter von Valparaiso ihren ersten großen Streik durchführten, fielen 30 Menschen unter ihren Salven; 1905 wurden bei Streikkämpfen in Santiago 200 Personen ermordet; 1906 wurden Massaker gegen Arbeiter auf dem Colon-Platz in Antofagasta verübt; 1907 mähten die Militärs auf dem zentralen Platz in Iquique mehr als 2000 wehrlose Menschen mit Maschinengewehren nieder; 1925 waren es 3000 Chilenen, die in Coruna ermordet wurden; 1948 wurde Militär gegen einen Bergarbeiterstreik in Lota eingesetzt; 1957 schlugen Truppen Massenstreiks und Demonstrationen von Arbeitern, Angestellten und Studenten blutig nieder; 1967 wurde ein Streik der Kupferarbeiter blutig zerschlagen.

Von einer demokratischen Armee, die die Verfassung achtet und sich nicht gegen eine gewählte Regierung wenden würde, wie die Revisionisten schwärmten, davon konnte beileibe nicht die Rede sein.

Die Führungskader der chilenischen Streitkräfte wurden zu 68 Prozent an USA-Einrichtungen ausgebildet. 24.000 Angehörige des Carabinerie-Korps erhielten durch US-Instrukteure eine Spezialausbildung. General Pinochet selbst hatte sich 1965, 1968 und 1972 in der Panamakanalzone bzw. an einer Militärschule in den USA aufgehalten und war außerdem jahrelang Militärattache in Washington. Die Mehrzahl der Generale und höheren Offiziere der chilenischen Armee kommt aus der besitzenden Klasse. Sie ist der Oligarchie, den Interessen des Kapitals und des Großgrundbesitzes eng verbunden.



*"In den fünfziger Jahren entstand im Pentagon eine vom Außenministerium unterstützte Doktrin, die im wesentlichen folgendes besagte: bilde die Offiziere eines Landes aus, gib seinen Militärs Waffen, und dieses Land wird Eigentum der Vereinigten Staaten werden."* (L.Dupree: "Democracy and the Military Base of Power", Middle East Journal, XXII, 1968)

Ihre Ausbildung erfuhren die reaktionären chilenischen Militärs jedoch nicht nur in den USA. Die chilenische Armeeführung ließ ihre Offiziere auch deutschen Militärakademien anvertrauen ("Nordeutscher Rundfunk", 13.7.71).

Der ROTE MORGEN berichtet am 26.6.76 ausführlich über die Ausbildung für Faschisten aus Chile in der Bundeswehr. Diese Ausbildung sei Bestandteil der "brüderlichen Hilfe" des westdeutschen Imperialismus für das chilenische faschistische Regime. Angehörige der Kampftruppenschule Hammelburg oder der von Wetzlar "berichteten von Folterlehrgängen im Rahmen ihrer Ausbildung. Spezialeinheiten der Bundeswehr wurden dabei u.a. darin unterrichtet, Gefangene zum Reden zu bringen, indem sie ihnen mit einem Handtuch die Luft immer mehr abdrosseln, bis sie kurz vor dem Ersticken sind usw." (RM, 26/1976)

Die chilenischen Armeeinghörigen durften sich in der BRD wie zu Hause fühlen.

### **Zur verhängnisvollen Rolle der modernen Revisionisten**

Im Staatsapparat und in der öffentlichen Verwaltung "saßen bis zu drei Viertel Gegner der Unidad Popular. Sie leisteten entsprechenden Widerstand gegen alle Maßnahmen der Regierung". ("Ist Chile bei uns möglich?", Frankfurt/Main 1973) Die Rechtskräfte stützten

sich neben ihren parlamentarischen Positionen vor allem auf die Justiz. Im Gesamtsystem der vom Rechtsblock betriebenen "Strategie der institutionellen Konfrontation" hatten die Vertreter der Reaktion in der Justiz besonders zu garantieren, dass alle "Spielarten konterrevolutionärer Aktion ... voll abgeschirmt" wurden. ("Kritische Justiz", Ff/M, 3/73).

Zum ABC des Marxismus-Leninismus gehört bekanntlich, dass "die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzten" kann ("Manifest"). Die Aufgabe der proletarischen Revolution ist es, "nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen, und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution", sagte Marx in einem seiner Briefe an Kugelmann vom Jahre 1871. Und zu den Grundfragen der Revolution zählt die Frage der Macht.

Diese wird gebraucht, um den Widerstand der Gutsbesitzer und Kapitalisten zu brechen; den Aufbau im Geiste des Zusammenschlusses aller Werktätigen um das Proletariat zu organisieren und die Revolution zu bewaffnen, eine neue Armee der Revolution zu schaffen, die zum Kampf gegen die äußeren und inneren Feinde da ist.

**Eine Revolution, die sich nicht (militärisch) zu verteidigen versteht, ist nichts wert.**





Auf ihrem IX. Parteitag 1961 beschloss die „K“ P Chiles einen "nichtkapitalistischen Weg" einzuschlagen. Analog zu den revisionistischen Thesen Chruschtschows, die auf dem XX. Parteitag 1956 erstmals vorgetragen wurden, setzte die chilenische Partei ihre "friedliche, parlamentarische Entwicklung zum Sozialismus" um. Seit 1970 wurde Chile als Musterbeispiel eines "friedlichen Weges" propagiert. Noch im Juni 1973, keine drei Monate vor dem blutigen Putsch, feierten die Revisionisten die reaktionären Streitkräfte: "... die bewaffneten Kräfte Chiles sind das Volk in Uniform, sind Patrioten und respektieren die Verfassung, sie sind es, denen es gelingen wird, diejenigen zu zerbrechen und zu zerschlagen, die einen Staatsstreich versuchen werden."

Einzig die revolutionären Kommunisten brachten den Willen der Massen zum Ausdruck, als sie forderten: Das Volk in Waffen! Doch die Revisionisten sabotierten die Kampfbereitschaft großer Teile der Bevölkerung, indem sie kurz vor dem Putsch ein Gesetz zur Waffenbeschränkung unterstützten, das dem Volk verbot, Waffen zu tragen. Luis Corvalan, Generalsekretär des ZK der Revisionisten, hetzte lieber gegen diejenigen die die Gefahr voraussahen: "Die These für bewaffneten Kampf und die verantwortungslosen Aufrufe zur Gewalt müssen ein für allemal ein Ende nehmen. Wenn sie nicht aufhören, müssen sie als volksfeindliche Handlungen definiert und mit Gewalt unterdrückt werden." Wohlgemerkt, diejenigen die für eine Volksbewaffnung waren sollten nach Meinung der Revisionisten "mit Gewalt unterdrückt werden".

Und: "Die Einheit aller Kräfte der Volksunion setzt die Niederringung ultralinken Positionen als Hauptaufgabe voraus."

Wäre das chilenische Volk 1973 bewaffnet und auf den Kampf vorbereitet gewesen - die Lage hätte anders ausgesehen.

Am 11. September fehlten dem Volk aber nicht nur die Waffen, ihnen fehlte auch die starke, revolutionäre Organisation, die den Kampf hätte leiten können. Das allein aus dem Grund, weil die modernen Revisionisten das Volk ideologisch, politisch und militärisch entwaffnet

hatten und es in dieser Position der Schwäche auslieferten. So musste es eine schwere Niederlage erleiden.

### **Djakarta - Ankündigung blutigen Massenmords**

Immer häufiger tauchten 1973 Losungen der Reaktion auf, die ein zweites "Djakarta" forderten. Gemeint war damit der Putsch des Militärs in Indonesien 1965, wobei Hunderttausende Kommunisten ermordet wurden.

In der Selbstkritik des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Indonesiens heißt es dazu: "Damals, am 30. September 1965, gelang es den amerikanischen Imperialisten und ihren Lakaien innerhalb weniger Wochen Hunderttausende vom Mitgliedern der KP Indonesiens, von Patrioten und Revolutionären zu ermorden. Der Schlag konnte gelingen, weil die Partei in dieser Zeit der Linie der modernen Revisionisten folgte, weil die Partei und das Volk unbewaffnet und ungerüstet dem weißen Terror der Konterrevolution gegenüberstand. Gerade damals predigten die Chruschtschow-Revisionisten, dass die amerikanischen Imperialisten "vernünftig" geworden seien und propagierten überall die Theorie des "friedlichen Übergangs zum Sozialismus", den Verzicht auf die gewaltsame Revolution. Das war nicht nur vollständiger Verrat am Marxismus-Leninismus, sondern wie die Ereignisse vom 30. September 1965 zeigten, auch eine verbrecherische und gefährliche Politik, die die Völker entwaffnet und sie dem konterrevolutionären Terror ausliefert." ("Roter Morgen", 24/75).

Im Gegensatz zur KP Chiles zogen viele Arbeiter die richtigen Konsequenzen. So veröffentlichte die Wochenzeitung "Chile Hoy" am 6. Juli 1973 ein Gespräch mit Arbeitern eines Betriebes im Industriegürtel O'Higgins: "Ich glaube, dass es keine Revolution ohne bewaffneten Kampf gegeben hat. Man muss zu den Waffen greifen, sieh mal: China, Russland, Kuba .... Sollen wir eine Revolution mit Stöckchen machen in einer Zeit, wo der Mensch auf dem Mond gelandet ist? Wir sind doch nicht naiv!

Chile Hoy: Und warum, meint ihr, hat es bewaffneten Kampf gegeben?

Antwort: Weil die antagonistischen Klassen kämpfen müssen. Weil die Reichen sich das nicht wegnehmen lassen wollen, was sie dem Volk gestohlen haben. Sie haben mit aller Gewalt ihre Privilegien verteidigt und werden das auch weiterhin tun, solange die Welt so bleibt. Sowohl hier in Chile wie in Vietnam: Wir alle müssen kämpfen, Genossen! Ich glaube, ein Bürgerkrieg ist unvermeidlich, und für den Fall muss man das Volk rüsten." ("Zitiert nach: "Konterrevolution in Chile, Analysen und Dokumente zum Terror", Hrsg. "Komitee Solidarität mit Chile", rororo-aktuell 1717, 1973).

Eine Klarheit, die nichts zu wünschen übrig ließ. Die Revisionisten verbreiteten weiter Illusionen. Gerade jetzt, nach der erneuten Wiederwahl Allendes, die auch eine große Willensbekundung der Werktätigen gegen die Reaktion war, musste der Übergang zu revolutionären Massenaktionen vorbereitet werden, musste das Volk bewaffnet werden. Doch die Unidad Popular blieb den Putschisten vollkommen wehrlos ausgeliefert. Auf die Frage des "Spiegel", ob die Regierung Allende nicht Waffen an das Volk hätte verteilen sollen, antwortete die Witwe Allendes: "Wir hätten keine Waffen an das Volk verteilen können, weil

das verfassungswidrig gewesen wäre. Und die Regierung Allende hatte ja gelobt, die Verfassung zu respektieren." Wie man sieht: Ein tödliches Gelöbnis an einen Gegner, der selbst die Verfassung nicht einhält.

Doch es gab ihn, den Widerstand. In vielen Teilen des Landes setzten sich Partisanengruppen bewaffnet gegen die Junta zur Wehr. Die Bergarbeiter streikten. In Santiago demonstrierten Schüler und Studenten. Immer wieder wurden Militärpatrouillen überfallen, Soldaten des Regimes getötet. In Arena sprengten Partisanen das Munitionsdepot in die Luft. Viele Arbeiter, auch die Anhänger der Christdemokraten, der MAPU, der Sozialistischen Partei und der „K“ P Chiles kämpften gemeinsam. Sie verrieten nicht ihre Klasse, sondern deren Feinde in den Parteispitzen.

### **Zur Rolle der Revisionisten im Ausland**

Nach dem militärfaschistischen Putsch in Chile entstand weltweit eine breite Kampagne der Solidarität mit dem chilenischen Volk. Diese Kampagne, die aus den antiimperialistischen und internationalistischen Gefühlen der Massen entspringt, diente dem Kampf des chilenischen Volkes. Anders die Kampagnen der Revisionisten. Ihre Kampagnen waren defaitistisch. Das Volk war hauptsächlich das Opfer. Es verging kein Tag an dem nicht die "UZ" und das "Neue Deutschland" die Knechtung Chiles bejammerten. Sie stellen das Land als ein Totenhaus dar, in dem die Junta jeden Widerstand bricht. Keine Erwähnung fand dagegen der bewaffnete Widerstand. Sie stellten die Junta als etwas Schicksalhaftes hin, gegen das man nur protestieren oder Solidaritätsversammlungen abhalten kann. Diese Berichterstattung entsprach der revisionistischen Theorie vom friedlichen Übergang zum Sozialismus, die revolutionäre bewaffnete Aktionen gegen den Klassenfeind ausschließt. Die Chilenen im Ausland wurden benutzt, um "Solidaritätsbewegungen" zu organisieren, deren Hauptinhalt darin bestand, ihre wirkliche Verantwortung bei den Geschehnissen zu vertuschen.

Die Tragödie Chiles war der völlige Bankrott der revisionistischen Thesen über den "friedlichen Übergang" zum Sozialismus. Aber die Revisionisten beharrten weiter darauf. Auf dem XXV. Parteitag der KPdSU erklärt Breschnew: "Chiles Tragödie hat die These der Kommunisten von der Möglichkeit verschiedener Wege der Revolution, darunter auch eines friedlichen, keineswegs aufgehoben."

### **Die Rivalität der Supermächte um Einflussgebiete**

Die Ereignisse in Chile müssen aber auch im Gesamtrahmen der amerikanisch-sowjetischen Rivalität gesehen werden. Auch die Sowjetunion hatte bei den Ereignissen ihre Hände im Spiel gehabt. Die Sowjetunion begann, ihre Schachfiguren verstärkt in Lateinamerika einzusetzen, wobei Kuba benutzt wurde.

Aber Kuba war isoliert. Chile war vorzüglich geeignet, um in die Länder des Andenpaktes einzudringen, die der wirtschaftlichen Beherrschung durch die USA Widerstand entgegenzusetzen begannen. Die Sowjets sind zunächst sehr behutsam vorgegangen, später viel rascher. Ihre Unterstützung für Allende war von sowjetischen Interessen diktiert, nicht von der gerechten antiimperialistischen Sache des chilenischen Volkes. Ziel ihrer falschen Hilfe für das chilenische Volk war es, das Land in eine Einflussphäre zu verwandeln in oder

in einen Gegenstand des Schachers mit der anderen Supermacht. Nach außen hin sprachen sie vollmundig von "Solidarität". Aber chilenisches Kupfer war nicht nur in den USA, sondern auch in der Sowjetunion und der DDR heiß begehrt. Und wenn diese Geschäfte nicht offen, sondern über Tarnfirmen abgewickelt wurden, so kamen sie doch ans Tageslicht. Die DDR importierte aus Chile, trotz der vielen Solidaritätsbekundungen, immer wieder Kupfer. So z.B. Ende 1975 über 500 Tonnen Kupfer. Das Kupfer wurde von der Autofagasta Copper Corp. mit dem equadorischen Schiff Isa Puna aus Chile nach Hamburg gebracht und von dort weiter nach Rostock. Das Kupfer wurde am 7. November 1975 geladen und am 9.12. auf den ostdeutschen Frachter "Tangerland" zum Weitertransport nach Rostock umgeladen. ("Roter Morgen", 26/76)

Die DDR selber intensivierte ihren Handel mit dem faschistischen Chile. Nachzulesen übrigens in den "Statistischen Jahrbüchern der DDR" nach 1973. Erwähnenswert ist diese Tatsache darum, weil sich Herr Honecker immer wieder "als großer Freund Chiles" feiern ließ und viel von "Solidarität" schwatzte. Eine Legende, die sich bis heute hält und die von Margot in Chile zum Besten gegeben wird.

Noch perverser waren die Sowjets, die selbst Waffengeschäfte mit der Pinochet-Junta tätigten, die über die Tarnfirma "Omnipol" abgewickelt wurden. Eine Steigerung dieser Skrupellosigkeit lieferten nur noch die Machthaber Pekings.

Ihren florierenden Waffenhandel mit der Pinochet-Junta propagierten sie unter der "Drei-Weltentheorie" Mao Tse-tungs. Danach ist auch Chile als 3. Welt-Land "fortschrittlich".



### **Ein zeitweiliger Sieg des Imperialismus**

Am 12. September 1973 bezeichnete ein hoher Beamter der Regierung Nixon den faschistischen Militärputsch in Chile "als einen erfolgreichen Abschluss unserer Politik". (AFP, 18.9.73) Und Reuter am 13.9.73: "Nixon war 48 Stunden vor dem Staatsstreich in Chile informiert."

Die chilenische Reaktion und die amerikanischen Monopole nahmen Rache an Präsident Allende für dessen fortschrittliche und antiimperialistische Politik. Seine Tragik war: Er starb

mit der Waffe in der Hand während des Sturmes der Putschisten auf die Moneda. Er verteidigte bis zum Schluss die Demokratie mit dem Gewehr, das er den Massen vorher nicht geben wollte. Seine letzten Worte waren eindringlich und ehren den Antiimperialisten Allende: "Ich werde diese chilenische Revolution verteidigen, und ich werde die Volksregierung verteidigen, weil es das Mandat ist, das mir das Volk übertragen hat. Ich habe keine Alternative, und nur, wenn sie mich mit Schüssen durchlöchern, werden sie meinen Willen auslöschen können, das Programm des Volkes zu erfüllen". ("Aus Reden des Präsidenten der Republik Chile - Salvador Allende Gosses", Staatsverlag der DDR, Berlin 1973)

Das Andenland war zurückgekehrt in amerikanisches Einflussgebiet. Die Sowjets sahen tatenlos zu, akzeptierten dies.

A. M. Scott schrieb im "Journal of International Affairs", 1968 über die "begrenzte Souveränität" kapitalistischer Staaten: "Eine mächtige Nation kann das Prinzip der Nichteinmischung nicht respektieren, denn die Führung ausüben schließt oft eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten ein, sei es durch Wirtschaftshilfe (...), Militärmissionen, Programme der militärischen Ausbildung usw."

Eine der ersten Maßnahmen der Junta war die Reprivatisierung der verstaatlichten Betriebe, d.h. ihre Rückgabe an den US-Imperialismus. Das Volk wurde in Hunger und Elend gestürzt.

Die sozialen Reformen wurden gestrichen. Unterernährung, Krankheit wurden wieder Alltag. Ein Heer von Bettlern durchstreifte die Straßen, Mütter suchten in Mülltonnen nach Nahrung für ihre Kinder.



Castro - Pinochet

## **Nachtrag:**

Solange der Imperialismus besteht, bleibt auch die Grundlage, bleiben auch die Möglichkeiten für seine unwandelbare Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, der konterrevolutionären Verschwörungen, des Sturzes rechtmäßiger Regierungen, der Liquidierung fortschrittlicher und demokratischer Kräfte und die Erdrosselung der Revolution bestehen. Die wichtigste Lehre war die, dass, ohne den Opportunismus und Revisionismus zu bekämpfen, der Imperialismus nicht bekämpft werden kann. Ohne den Revisionismus zurückzudrängen und die entscheidende Mehrheit der Arbeiterklasse für den Sozialismus zu gewinnen, können die Massen im Befreiungskampf nicht siegen.

## **Der faschistische Putsch in Chile, begrüßt und bejubelt vom deutschen Kapital und seinen Vertretern**

„Deutschlandfunk“, 13. September 1973:

„Wer sich einigermaßen in der chilenischen Geschichte auskennt, kann sogar für das Vorgehen der Streitkräfte ein gewisses Maß an Verständnis aufbringen...“

„Bild-Zeitung“, 12. September

„Jetzt hat die Armee nicht mehr länger stillgehalten. Drei Jahre Marxismus sind ihr genug.“

„Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 12. September 1973:

„Im Augenblick der höchsten Gefahr konnten sich die Streitkräfte ihrer Verantwortung nicht mehr länger entziehen. Sie können nur obsiegen, wenn sie sofort und mit aller Schärfe reinen Tisch machen.“

Franz-Josef Strauß im „Bayernkurier“, 22. September 1973;

„Angesichts des Chaos, das in Chile geherrscht hat, erhält das Wort Ordnung für die Chilenen plötzlich wieder einen süßen Klang.“

Karl Carstens, Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Bundestag, 12. September 1973:

„Die Ereignisse in Chile haben bewiesen, daß Marxismus und freiheitlich-demokratische Grundsätze unvereinbar sind.“

Bruno Heck, Generalsekretär der CDU, nach seiner Rückkehr aus Chile, 18. Oktober 1973:

„Soweit wir Einblick bekommen haben, bemüht sich die Militärregierung in optimalem Umfang um die Gefangenen. Die Verhafteten, die wir sprachen, haben sich nicht beklagt. Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Wetter recht angenehm.“

Hans-Jürgen Wischnewski, Bundesgeschäftsführer der SPD, 1. Oktober 1973:

„Sie wissen, wir gewähren an viele Länder dieser Welt Entwicklungshilfe, die keine Demokratien sind.“

Farbwerke Hoechst, 6. Dezember 1973:

„Wir sind der Ansicht, daß das Vorgehen der Polizei und des Militärs nicht intelligenter geplant und koordiniert werden konnte und daß es sich um eine Aktion handelte, die bis ins letzte Detail vorbereitet war und glänzend ausgeführt wurde ... Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdiente ... Chile wird in Zukunft ein für Hoechst Produkte zunehmend interessanter Markt sein.“

Gerhard Liedtke, Dresdner Bank AG, 8. Oktober 1973:

„Putsch in Chile ist für Banken positiv. In Südamerika kann wieder investiert werden.“

(Alle obigen Zitate aus: Lateinamerika-Komitee bei Radio Free FM, 14.9.1998)

### **Der 11. September 1973**

Als das Militär zuschlug, war niemand wirklich überrascht. Der Putsch war schon lange vorbereitet. Ein oder zwei Tage vorher hatte die revisionistische Kommunistische Partei Chiles ein Plakat veröffentlicht, in dem es hieß „Nein zur Gewalt von links und rechts“. Die linken Reformisten der UP unter Allende ließen die werktätigen Massen ideologisch und militärisch entwaffnen, so dass sie im Moment des Angriffes den Faschisten und ihren Handlangern in einer Position der Schwäche gegenüberstanden.

Am 11. September fehlten den Werktätigen Chiles somit die Waffen und eine politische in den breiten Massen verankerte kommunistische Partei, die sie zum Gegenschlag und zur Revolution mobilisieren und organisieren konnte.

#### Der zeitliche Ablauf des Putsches:

11. September 1973:

4.00 Uhr: Regimente besetzen die Rundfunkanstalten und Regierungsgebäude.

8.30 Uhr: Militär marschiert in Santiago de Chile auf.

8.45 Uhr: Bombardierung des Unidad-Popular-Senders Radio „Corporacion“.

9.00 Uhr: Erste Raketen treffen das Regierungsgebäude „La Moneda“.

11.00 Uhr: Die Putschisten verkünden ihr Ultimatum. Kurz nach 14.00 Uhr: Allende stirbt bei der Verteidigung des Palastes im Kugelhagel der Putschisten. Am Nachmittag werden 68 bekannte UP-Führer angewiesen, sich im Verteidigungsministerium einzufinden. Die Putschisten konstituieren sich als Junta und rufen den Belagerungszustand aus.

Gegen Abend richten amerikanische Marine-Infanteristen in der Stadt Valparaiso ein Blutbad an.

12. September 1973:

Die Militärjunta verhängt eine Ausgangssperre. Das Zwei-Kammer-Parlament wird mit sofortiger Wirkung aufgelöst. Die Gouverneure der Regionen werden verhaftet.

Die Zahl der Ermordeten liegt bei 1.000 Menschen.

13. September 1973:

Die Gefechte mit Widerstandskämpfern halten an.

14. September 1973:

Die Nationalversammlung wird aufgelöst, allen Parlamentariern wird das Mandat aberkannt.

15. September 1973:

Die Zahl der Todesopfer steigt auf 4.000.

16. September 1973:

Die Junta fordert die Bevölkerung zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Im Nationalstadion von Chile in Santiago werden über 3.000 Menschen eingesperrt, gefoltert, verhört und einige getötet. Alleine in der Hauptstadt befinden sich ca. 4.000 Menschen in "Untersuchungshaft"

17. September 1973:

Die Junta verkündet, dass jeder, der an diesem Tag nicht am Arbeitsplatz erscheint, seine Stelle verliert

18. September 1973:

Der Sängern Dichter und Künstler Victor Jara wird im Stadion von Chile ermordet

21. September 1973:

Die Junta verbietet alle "marxistischen" Parteien

22. September 1973;

Im Stadion von Chile sind jetzt 7-500 Menschen eingesperrt

24. September 1973:

Soldaten plündern das Haus des chilenischen Dichters und Nobelpreisträgers Pablo Neruda, der kurz zuvor an Leukämie gestorben war, zerschließen die Fensterscheiben, verbrennen seine Bücher und zerstören das Mobiliar

---

## **Die Satrapen**

von Pablo Neruda

Nixon, Frei und Pinochet,  
bis heute, bis zu diesem bitteren  
Monat September  
des Jahres 1973  
mit Bordaberry, Garrastazu und Banzer  
gefräßige Hyänen, Nagetiere,  
nagend an den Bannern, erobert  
mit so viel Blut, so viel Feuer,  
und beschmutzt auf den Gütern,  
teuflische Plünderer  
Satrapen, tausendmal verkauft,  
Verkäufer auch, getrieben  
von den Wölfen von New York.  
Dollar-hungrige Maschinen,  
befleckt durch das Opfer  
ihrer geopfertem Völker,  
prostituierte Krämer  
von Brot und Luft aus Amerika  
mörderische Sümpfe, Bande  
von Zuhälter-Bossen  
mit keinem anderen Gesetz als der Folter  
und dem Hunger, der die Völker peitscht.

Chile :

## Die Massen greifen zum Gewehr

Die Militärjunta, die nach dem blutigen Putsch in Chile an die Macht gekommen ist, um das Land der nationalen Reaktion und dem US-Imperialismus zur Ausplünderung auszuliefern, errichtet eine brutale faschistische Militärdiktatur, um dem wachsenden Widerstand des Volkes zu begegnen. Nach Aussagen des chilenischen Gewerkschaftsführers Villanina ließ sie 20 000 Gegner umbringen. In Gefängnissen, auf Schiffen, in Militärademien, in Fußballstadien und auf den Inseln des Juan Fernandez - Archipels hat sie Konzentrationslager errichtet, in denen 70 000 Gegner der Junta zusammengepfercht, gefoltert, zu Tode gequält werden. Täglich kommt es zu standrechtlichen Erschießungen. Die Santa - Maria - Universität in Valparaiso und die Technische Universität in Santiago sind von Truppen besetzt, um dem Widerstand der Studenten vorzubeugen. Mit diesem brutalen Faschismus wollen nationale Reaktion und US - Imperialismus den Kampf des chilenischen Volkes für Freiheit, Demokratie und Unabhängigkeit brechen. Gegen diesen Faschismus sind Arbeiter, Bauern und andere Werktätige Chiles zum bewaffneten Kampf aufgestanden.



Schon vor dem Putsch hatten Arbeiter und Bauern in bewaffnetem Kampf ihre selbständigen Organisationen zur Regelung der Produktion und Verteilung gegen Polizei und Militär verteidigt. Sie machten damit jeden Versuch der nationalen Reaktion und des US-Imperialismus, auf "friedlichem Weg" wieder die Macht in Chile zu erlangen, unmöglich. Denn damit vereitelten sie die Absichten der revisionistischen 'K'P Chiles, die innerhalb der Volksfront auf die Entwaffnung und Auflösung dieser Organisationen hingearbeitet hat. Dabei solidarisierten sich alle Arbeiter, auch die Anhänger der Christdemokraten, der MAPU, der Sozialistischen Partei und der 'K'P Chiles. Sie verrieten nicht ihre Klasse, sondern deren Feinde in den Parteispitzen. Es entstand eine breite bewaffnete Kampffront der Arbeiter und Bauern gegen die

Mordanschläge faschistischer Terrororganisationen, wie zum Beispiel "Vaterland und Freiheit".

Diese starke Einheit führte unmittelbar nach dem Sturz der Volksfront zum bewaffneten Kampf der Arbeiter und Bauern gegen die Junta. In Valparaiso und Puente Alto griffen revolutionäre Kräfte Kasernen an. Immer mehr Widerstandsgruppen organisierten sich in den Fabriken, Arbeitervierteln, Universitäten und Kooperativbetrieben auf dem Land. In der Hauptstadt Santiago vergeht kein Tag ohne bewaffnete Zusammenstöße zwischen dem Volk und Militär. Die Arbeiter und Bauern kämpften mutig und ausdauernd. So gaben die Arbeiter der größten chilenischen Textilfabrik, "Sumar", das Werk erst auf, als es zu Trümmern geschossen war.

Diese vereinzelt, nicht koordinierten Kämpfe treten nunmehr in ein höheres Stadium ein. Im Süden des Landes formieren sich regelrechte Partisaneneinheiten aus Arbeitern und Bauern und gehen zum Volkskrieg gegen die faschistische Junta und den US-Imperialismus über.

Diese Entwicklung hatte ihre Auswirkungen auf die Putschistenarmee. Teile von ihr schlossen sich den Partisaneneinheiten im Süden an. Aus Kasernen und Unteroffizierschulen werden Meutereien gegen die Junta gemeldet.

In die bewaffneten Kämpfe der Massen gegen die faschistische Militärdiktatur greift immer mehr die junge Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles ein und führt sie auf dem korrekten Weg des Marxismus-Leninismus vielfach an. Sie ist der harte Kern, der den Volkskrieg organisieren und zum Sieg führen und den verderblichen Einfluß der revisionistischen "K" P Chiles zunichte machen kann.

### Aus dem Inhalt

UNO • Beltitt	S. 2
Bettungsmanöver Steuerreform	S. 2
Arbeiterkorrespondenzen	S. 3
Bericht von Lip	S. 4
* Humanité Rouge* über Lip	S. 4
Berufsverbot	S. 4
Lernen wir vom X. Parteitag!	S. 5
Isländischer Fischer stirbt durch britischen Angriff	S. 5
Pastei unterstützt das chilenische Volk	S. 7
Leserbriefe	S. 7
Bombenterror bei BMW	S. 8
Antikriegstag in Unna	S. 8
Aus aller Welt	S. 8

# CHILE: Chronik der Tatsachen

In Chile, dessen wertvolle Messen seit mehr als drei Jahren unter dem Banner der Unidad Popular einen heroischen Kampf für die nationale und soziale Befreiung führen, hat die bewaffnete Konterrevolution eines langer Hand vorbereiteten Staatsstreichs unternommen.

Aus der Oberschicht stammende Generäle und verfallene Elemente, entsetzte Monopolherren und Faschisten haben ein Militärregime errichtet. Die imperialistischen Kräfte - vor allem der USA - abgestimmte Aktion soll den Marsch des tapferen chilenischen Volkes in eine neue Gesellschaft aufhalten.

Im Ergebnis allgemeiner Wahlen entstanden und auf die konsequente Achtung der Verfassung Chiles bedacht, leitete die antiperforistische Mehrparteien-Verksregierung unter Salvador Allende durch die Entmachtung der ausländischen Vorkriegsregierung unter Schneider Alessandri durch die Entmachtung der ausländischen Vorkriegsregierung, die konsequente Verwirklichung der Bodennorm und die bewusste Erweiterung der Rechte der Werktätigen einen Prozess tiefgreifender revolutionärer Umgestaltungen ein. Zugleich orientierte sie die Außenpolitik der Aderrepublik auf die strikte Einholung des demokratischen Völkerrechts und die Zusammenarbeit mit allen Fortschrittsträgern Lateinamerikas und der Welt.

Seit der ersten Stunde der Existenz eines Volkskabinetts in Santiago hatten die Gegner der Freiheit, Unabhängigkeit und Würde Chiles kein Mittel gescheut, um das Programm der Unidad Popular zu durchkreuzen. Lüge und Betrug, Schelte und Mord gehörten zu ihren Methoden. Flammig schufen sie Chaos, um das aufopferungsvolle Wirken der Unidad-Popular-Regierung in Verfall zu bringen.

Die hier zusammengetragenen Tatsachen - Zeugnisse eines erbitterten Kampfes zwischen Zukunft und Vergangenheit Chiles - bilanzieren unwiderlegbar die Taten der einen und die Untaten der anderen.

## Der große Wahlsieg der Unidad Popular

4. September 1970: Der gemeinsame Kandidat der Unidad Popular, Dr. Salvador Allende, gewinnt die Präsidentschaftswahlen. Er erhält 1 078 810 Stimmen. Das sind 80,9 Prozent. Der Rechtskandidat Jorge Alessandri bekommt 1 066 278 Stimmen (58,6 Prozent) und der Christdemokratische Kandidat Tomaz de Faria 1 066 278 Stimmen (57,4 Prozent). Vor der bestreitenen Debatte sprach Allende. Dr. Allende: „Es ist ein Sieg, der mit einem sehr präzisem und klaren Programm erkämpft wurde, mit einem großen Nationalbewusstsein und einer ausgesprochen antiperforistischen Einstellung. Dieser Sieg gehört nicht einer Person, sondern dem Volk, das seine wertvolle Unabhängigkeit und völlige politische Souveränität kämpft.“

Bereits in der Wahlvorbereitung hatte die CIA im Zusammenwirken mit der chilenischen Reaktion eine antikomunistische Hetzkampagne entfacht. Der nordamerikanische ITT-Konzern bot der Reaktion eine Million Dollar an, um Allende Wahl zu verhindern. Die Finanzoligarchie begann die Wirtschaftsbasis zu untergraben. Sie erhielt den Dollarkurs auf dem Weltmarkt unter Druck zu setzen.

September 1971: Eine genaue Überprüfung hat ergeben, daß die entzogenen USA-Kupfererlöse zwischen dem Jahr 1967 und 1971 um 380 Millionen Dollar schuldigen.

1. Oktober 1971: Präsident Allende kündigt auf einen Massenstreik in der nordchilenischen Bergarbeitersiedlung Calama die Nationalisierung des nordamerikanischen Kupfererzbergbaukonzerns Dupont an.

## Erfolgreiche Bilanz des ersten Jahres

November 1971: Anläßlich des ersten Jahrestages des Amtsantritts von Präsident Allende kam folgende Bilanz gezogen werden:

- Das Kupfer ist nationalisiert.
- Hüttenkombinate, Eisenerzgruben, Textil- und Zementfabriken sind verstaatlicht.
- In 70 für die Wirtschaft des Landes entscheidenden Betrieben wird die Produktion verantwortlich von den Werktätigen geleitet.
- Der Staat kontrolliert bereits rund drei Fünftel aller Bankkassen und 80 Prozent aller Kredite für soziale Wohnbauten der Regierung.
- Das Land von über 1000 Latifundien ist an Bauern und Landarbeiter übergeben.
- Die Kaufkraft der Werktätigen ist um 40 Prozent gestiegen.
- Diplomatische Beziehungen sind aufgenommen zu Kuba, der DDR, der MVR und anderen sozialistischen Staaten.

## Jeden Tag kostenlos Milch für alle Kinder

November 1970: Feierliche Amtseinführung Dr. Allendes in Regierungssitzung. Die Allende-Regierung hat die „Internationale“ an der Präsidentschaft vor den Massen: Die Volksregierung wurde die Allende-Regierung. Die Banken verstaatlichen, eine echte Agrarreform durchführen und Teile der Industrie nationalisieren. Kupfer, Eisen, Salz- und Salpetererzwerke gehören in die Hände des Volkes zurück.

Der Bau von 4500 Wohnungen für Obdachlose beginnt bei Santiago.

Eine in ganz Lateinamerika aufsehenerregende Verflechtung tritt in Kraft, wodurch alle Kinder unter 13 Jahren täglich einen halben Liter Milch kostenlos erhalten. Eine Maßnahme, die dazu beiträgt, daß bis August 1971 die Kindersterblichkeit um 20,1 Prozent sinkt. Zugleich tritt ein Sofortprogramm zur Beschäftigung der Arbeitslosigkeit in Kraft. Preise für Schulkleidung und Lehrbücher werden gesenkt.

Dezember 1970: Auf einer Massenkonferenz unterzeichnet Dr. Allende den Gesetzentwurf über die Nationalisierung des Kupferbergbaus und der Kupferverhüttung, die vor allem in den Händen von USA-Monopolen liegen. Deren jährlicher Output beträgt mehr als 110 Millionen Dollar.

## Krieg der Monopole gegen Chiles Kupfer

März 1971: Die USA-Konzerne inszenieren ihr Komplott gegen Chiles Kupfer. Eine Schweizer Firma schließt Kupfer an, ohne irgendwelche Verträge



## Was die Regierung der Unidad Popular dem Volke gab, will ihm die Reaktion durch ihren Putsch entreißen



Topfchen einen halben Liter Milch erhalten alle chilenischen Kinder bis zu 13 Jahren kostenlos auf Beschluß der UP-Regierung. Damit wurde energisch der Untergraben von 400 000 Kindern der Kampf eingeleitet. Foto: ADN/23

1. Juli 1972: Laut „New York Times“ legen die Basen des ITT-Konzerns dem USA-Präsidenten einen Ja-Punkte-Plan über ein koordiniertes Vorgehen gegen die UP-Regierung vor, der von Kreditstreikaktionen und Kupferboycott bis zu subversiven Maßnahmen im Land selbst reicht. Die von Washington beherrschte Weltbank blockiert alle Kredite für das Andenland.

Die Arbeitslosenrate beträgt nur noch 2,7 Prozent, sie hat den niedrigsten Stand in der Geschichte des Landes erreicht.

## Präsident Allende soll ermordet werden

Februar 1972: Ein Bundesgericht der USA beschlagnahmt wiederholt die Güter der Zentralbank und zahlreicher Wirtschaftsunternehmen Chiles bei USA-Banken. Die UP-Regierung erklärt, das sei ein Akt des Wirtschaftskrieges gegen das Land.

März 1972: Ein weiterer Putschversuch des USA-Gebietsdienstes CIA ist in Santiago aufgedeckt worden. Dr. Allende sollte ermordet werden. Verschiedene Anführer des Komplotts, ehemalige Offiziere, werden festgenommen.

Mai 1972: Die Tendenz der globalen Wirtschaftsentwicklung des Jahres 1972 setzte sich im 1. Quartal 1972 fort. Die Industrieproduktion erhöht sich bedingt: Kupfer- und Salpetererzeugung, Erdölverarbeitung, Energieerzeugung und landwirtschaftliche Produktion steigen.

Präsident Allende unterzeichnet Dokumente zur Entsignung der ITT: Annulierung aller Verträge mit dem USA-

## Mit Waffengewalt gegen die gewählten Volksvertreter



Am Morgen des 11. September gibt die Reaktion zum offenen Staatsstreich über. Mit Bomben, Panzern und atomaren Waffen ausgerüstete Truppen gingen gegen die demokratisch gewählten Vertreter des Volkes vor. Der Präsidentenpalast wurde besetzt und brannte aus, alle strategischen Punkte der großen Städte wurden besetzt. Foto: ADN/23/AP-Teis

neue Schulplätze wurden geschaffen, sechs Millionen Schülerbücher kostenlos verteilt, die Zahl der Studienplätze verdoppelt, 140 000 neue Wohnungen gebaut.

März 1972: Die UP erringt 63,89 Prozent der Stimmen und damit 61 Parlamentssitze (davon 37). Aber die Reaktion bleibt stark, sie wählt weiter. Faschistische Elemente entfesseln eine neue Welle von Terroranschlägen, als vierzig Schüler gegen das geplante einheitliche Schulsystem der Volksregierung auf, bewaffnet überall im Lande Schlägertruppen, unterstützen Spekulanten und Wucherer.

## Massenaktionen gegen Sabotage und Putsch

Mai 1972: Massenhafte Demonstrationen in Santiago und über 100 anderen Städten werden zum Bekenntnis für die UP-Regierung. Transportunternehmen organisieren einen neuen Boykott. Die Ausbeuterklassen richten ihre allei Wut gegen das Volk; Preise- und Inflationsregierungen, organisierter Schwarzmarkt, Inflation.

Juni 1972: Ein von der Reaktion organisierter „March on Santiago“ soll mit einem Sturm auf den Präsidentenpalast. Die Gewerkschaft CUT ruft zum Generalstreik. Die Jugend beginnt einen Marsch gegen den Militärputsch. Millionen Chilenen stellen sich entgegenstellend der Regierung Allende.

Am 20. Juni putzchen Teile eines Panzerregiments. Nach vier Stunden sind die niedrigeren. Zehntausende Werktätige demokratische in die Straßen, zeigen ihre Sympathie für die Volksregierung.

Juli 1972: Nach langen Bemühungen gelingt es der Unidad Popular, einen Dialog mit den demokratischen Kräften der Christdemokratischen Partei aufzunehmen. Die Christdemokratische Partei, so erklärt die Kommunistische Partei, sei die politische Partei der Reaktion. Die Reaktion kostet diese Bemühungen mit einer neuen Welle brutaler Terror. Der Adjutant des Präsidenten, korrupter Kapitän Araya Marin, wird in seinem Hause niedergeschossen. Der reaktionäre Verband der Transportunternehmen zitiert seine Streikaktionen mit Anschlägen auf Autos, Tankstellen, Strommasten, Pipelines, Brücken und Eisenbahntrassen. Die planmäßig ein Chaos organisiert. Die Verschwörung zweier Militärs, die sich schnell überwunden werden.

## Militärjunta bombt sich Weg zur Macht

August 1972: Innerhalb kurzer Zeit werden über 250 Attentate auf Einzelpersonen verübt. Die Verbrechen der Reaktion werden in die Weltöffentlichkeit gebracht.

Die Regierung verabschiedet einen Notstandsgesetz zur Verengung der Regierung. Die Regierung verabschiedet einen Notstandsgesetz zur Verengung der Regierung. Die Regierung verabschiedet einen Notstandsgesetz zur Verengung der Regierung.

September 1972: Die Zahl der Attentate wächst. Die Leitung der reaktionären Nationalarmee fordert Militärgelände, auf sich dem Unternehmungsboycott anschließen. Jede Arbeit niederlegen, um den Rücktritt des Präsidenten zu erzwingen.

## Wütende Reaktion auf UP-Stimmenzuwachs

November 1972: Die Werktätigen geben den 2. Jahrestag des Amtsantritts Allendes mit Sonderschichten. Im weitesten Kupferbergwerk werden zusätzlich 6000 Tonerde gefördert.

Der Präsident bildet eine neue Regierung. Der Präsident bildet eine neue Regierung. Der Präsident bildet eine neue Regierung.

Dezember 1972: Erneut spitzt sich die Lage zu. Die Reaktion eröffnet den Wahlkampf für die Parlamentswahlen im März mit Parvenitionen, sogenannten „Verfassungsgesetzen“ im Parlament und der Vorbereitung neuer Boykottmaßnahmen.

Januar 1973: Die UP-Regierung kann geringliche Erfolge aufweisen: 800 000

## Wer sind die Offiziere der chilenischen Armee?

- Ausrüstung und Ausbildung durch die USA-Streitkräfte
- Hohe Militärs sind mit der Großbourgeoisie verbunden

Die französische Zeitschrift „Le Monde diplomatique“ stellt in ihrer Septemberausgabe zur Situation in Chile die folgenden Tatsachen fest: Von 75 000 Berufssoldaten entfallen 50 000 auf die drei traditionellen Wehrformationen: Ejército (Landstreitkräfte), Armada (Marine) und Foch (Luftwaffe). Außerdem sind 25 000 Reservisten mit mindestens 200 000 Organisierten und wie die Infanterie ausgerüstet. ...

Seit 1952 sind die militärischen Schulen in ihrer Ausrüstung und Ausbildung beteiligt, und diese Unterstützung wurde mit dem Modestritt eines sozialistischen Präsidenten nicht eingestellt. Noch in diesem Jahr wird die Armada ein gemeinsames Manöver mit der amerikanischen Marine fliegen, und Offiziere und Unteroffiziere werden in die USA-Militärakademien oder in Panama ausgebildet werden. Wie soll man da nicht danken, daß diese Zusammenarbeit Gelegenheit für eine ideologische Durchdringung bieten kann, von der sich die Vereinigten Staaten zweifeln lassen, daß sie eines Tages die Früchte ernten werden? ...

Noch einer vor sieben Jahren durchgeführten Untersuchung gehörten 42 Prozent der Offiziere zu einer Schule des Ejército absolviert hatten, zur Großbourgeoisie, 33 Prozent zur chilenischen wohlhabenden Mittelklasse, 19 Prozent zum wenig begünstigten Kleinbürgertum, 65 Prozent der hohen Offiziere kamen aus der Mittelklasse. Von den letzteren blieb in diesem Jahr die große Zahl durch verwandtschaftliche Beziehungen mit der oberen Klasse verbunden.





Konzentrationslager für revoltierende Arbeiter

Der "Theorie" vom friedlichen Übergang und dem blinden Vertrauen in die Bourgeoisie entsprechend verzichtete die KPI darauf, die Massen auf den bewaffneten Kampf vorzubereiten. Stattdessen vertraute sie blind einer Gruppe fortschrittlicher Offiziere in der feudal-bürgerlichen Armee Sukarnos. Als die Offiziere am 30.9.1965 durch einen Putsch die "Gegen-das-Volk-Seite" des Staatsapparates ausschalten wollten, wurden sie von der KPI unterstützt. Nun zeigte sich sehr bald (innerhalb weniger Stunden), daß in einem feudal-bürgerlichen Staatsapparat die "Gegen-die-Volk-Seite" immer viel stärker ist, als man meint: der "Linksputsch" ging sofort in einen faschistischen Rechtsputsch über, an dessen Spitze Suharto und Nasution traten und der im übrigen seit langem vom CIA sorgfältig vorbereitet worden war. Nun wurde im Namen Gottes die mörderische Jagd auf alle "Roten" eröffnet.

Zu diesem Zeitpunkt, Anfang Oktober 1965, wäre es noch immer möglich gewesen, das größte Massaker der Geschichte seit Hitler zu verhindern,

wenn die KPI nun sofort entschlossen an die Spitze eines bewaffneten Widerstandes getreten wäre. Aber stattdessen vertraute sie weiter auf Sukarno: "Sukarno wird nicht dulden, daß wir alle umgebracht werden", sagte sie. Sukarno mußte es aber "dulden", ob er wollte oder nicht. Auch sein "guter Freund", der Genosse Aidit, Vorsitzender der KPI, wurde ermordet.

Man wird sich kaum vorstellen können, in welchem physischen und seelischen Zustand die überlebenden Genossen sich im Herbst 1966 wieder versammelten, um über die Lage nach der Katastrophe zu beraten. Nun zeigte sich, daß wahrer revolutionärer Geist sich im äußersten Unglück bewährt: die KPI schritt zu einer umfassenden Selbstkritik, sie machte sich nichts vor, sie sagte klar, daß ihre revisionistische Linie an dem Unheil Schuld war. Eine Periode der umfassenden Diskussion folgte. Im November 1967 wurde ein neues Programm angenommen.

Kompromißlos entschied sich die Partei nun für eine klare, marxistisch-leninistische Linie. Von nun an kämpf-

te sie mit neuem Elan unter folgenden "drei Bannern": 1) Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei frei von Subjektivismus, Opportunismus und Revisionismus; 2) bewaffneter, agrarrevolutionärer Kampf des Volkes unter Führung der Partei; 3) revolutionäre Einheitsfront gegen Feudalismus, bürokratischen Imperialismus, gestützt auf das Klassenbündnis der Arbeiter mit den armen Bauern unter Führung der Partei.

Nun konnte man sagen, daß die KPI eine "chinesische Linie" angenommen hatte. Kein Wunder also, daß die sowjetischen Renegaten sofort mit einem wütenden Kampf gegen die KPI begannen. Sie organisierten eine "marxistisch-leninistische Gruppe in der KPI" und ein "Komitee der KPI/Übersee" mit Sitz in Moskau. Diese famosen "ML" beschuldigten einerseits die KPI, vor 1965 eine "chinesische Linie" gehabt zu haben, andererseits hielten sie selbst auch nach dem Blutbad an dieser "Linie" fest! Sie sprachen sich nicht nur für die Einheitsfront mit Sukarno, nein auch für eine Einheitsfront mit dem Kommunistenmörder Suhar-

to aus! Kein Wunder, daß ihr "Einfluß unter den Massen" äußerst beschränkt blieb. Das hinderte sie allerdings nicht daran, auf ihre Weise "aktiv" zu werden.

1968 ging die KPI daran, im Bezirk Blitar (Ostjava) den Volksbefreiungskrieg zu organisieren. Die Moskau-Gruppe denunzierte offen die Vorbereitungen dazu, indem sie Artikel veröffentlichte, nach denen "in Blitar die Bedingungen zum Befreiungskrieg nicht gegeben" seien. Die sowjetische Botschaft in Djakarta spielte bei diesen Vorgängen eine wichtige Rolle: Der sowjetische Militärattaché nahm an Antiguerrilla-Kriegsräten der Faschisten teil. Außerdem liefert die SU Waffen an Suharto. (Auch die DDR leistet übrigens Suharto massive Hilfe: sie spendete ein Verlagshaus und eine Fernsehstation für die Regierung Djarkartas, wahrscheinlich in der Annahme, daß das der kommunistischen Propaganda in Indonesien dient!)

Die Schwierigkeiten der indonesischen Kommunisten und des indonesischen Volkes allgemein sind groß. Die Opfer waren fürchterlich. Aber das

entscheidende ist die richtige politische Linie: weil die Linie falsch war, gab es die Katastrophe – und weil die KPI jetzt eine richtige Linie des bewaffneten Kampfes gegen den eigenen Feudalismus, den eigenen bürokratischen Kapitalismus und die eigene Kompradorenbourgeoisie verfolgt, zeigen sich schon die ersten klaren Erfolge: besonders in Nord-Kalimantan bereitet sich die Volksmacht aus. Die Faschisten bekommen es mit der Angst zu tun und bitten Amis und andere "Berater" (z. B. die Bundeswehr) um Hilfe.

Wir können aus dem indonesischen Beispiel sehr viel lernen: "Massenlinie" heißt nicht, opportunistisch Leute zu organisieren, ohne sie zu schulen, ohne sie ständig auf den harten Klassenkampf vorzubereiten. "Liberales Perioden" der Bourgeoisie bedeuten nicht, daß man jetzt friedlich zum Sozialismus kommen kann. Eine falsche politische Linie und ein falsches Programm führen unweigerlich zu schweren Niederlagen des Proletariats.



# **Putsch indonesischer Militärs am 30. September 1965**

**Der einzige Weg zur Befreiung ist die bewaffnete Revolution!**

**Über die verheerenden Wirkungen des modernen Revisionismus**

**INDONESIEN:**

**Das Massaker des Suharto-Regimes an Mitgliedern der Kommunistischen Partei und anderen Revolutionären:**

Im Oktober 1965 übernahm das faschistische Suharto-Regime, gestützt auf die Armee, im Auftrag des Imperialismus und der einheimischen Ausbeuterklassen faktisch die Macht in Indonesien. Die Armee und insbesondere die für die Aufstandsbekämpfung geschaffenen Spezialeinheiten besetzten die Städte und Ortschaften. Mordkommandos führten großangelegte Razzien durch. Nach vorbereiteten Listen und Plänen wurde Jagd auf Kommunistinnen und Kommunisten, auf Bauern- und Gewerkschaftsführer, auf alle fortschrittlichen antiimperialistischen und antifaschistischen

Kräfte gemacht. Nach Schätzungen wurden zwischen 500.000 und einer Million Menschen während des neun Monate dauernden Massenmordens brutal umgebracht. Weitere etwa 750.000 wurden verhaftet und jahrelang ohne Gerichtsverfahren in Gefängnissen eingesperrt. Etwa hunderttausend Kommunistinnen und Kommunisten wurden in Internierungslager auf der Insel Buru verbannt und teilweise erst Ende der siebziger Jahre freigelassen.

Dieses seit 1945 gewaltigste und grausamste Massaker fand mit direkter Unterstützung der imperialistischen Staaten statt. Neben dem USA-Imperialismus, der durch den CIA maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung dieses faschistischen Gemetzels beteiligt war, trat auch der westdeutsche Imperialismus mit seinem Geheimdienst hervor. Direkt nach dem Putsch der faschistischen Generäle schickte der BND Ausrüstungsmaterial und Waffen für 300.000 DM an den indonesischen Geheimdienst.

Auszüge aus:

### **„Selbstkritik des Politbüros des ZK der KP Indonesiens, September 1966**

(Verlag Kommunistische Texte, Münster, 1973)

(...) Die Erfahrungen der vergangenen 15 Jahre haben uns gelehrt, dass die KPIndonesiens die parlamentarische und andere Formen des legalen Kampfes schrittweise zur Hauptkampfform der indonesischen Revolution erkoren hat. Dies geschah, weil die Partei es unterließ, den „friedlichen Weg“ ein für allemal zurückzuweisen...

Die Theorie des „friedlichen Weges“ wurde seit der 4. Plenarsitzung des ZK der KPI (1956), auf der ein Dokument angenommen wurde, welches die auf dem 20. Parteitag der KPdSU vertretene moderne revisionistische Linie billigte, auf die Fahne der Partei geschrieben...

### **Die Armee wurde nicht als durch und durch reaktionär bekämpft**



**Aidit (KPI) auf einem Kongress der [SED](#) am 11. Juli 1958**

Die falsche Ansicht, dass "die bewaffneten Streitkräfte der Republik Indonesien nicht reaktionäre bewaffnete Streitkräfte sind" (D. N. Aidit, "Haltet das Banner der Revolution hoch!") führte dazu, das Problem "der Arbeit innerhalb der feindlichen bewaffneten Streitkräfte" als eine Aufgabe zu begreifen, "das wichtigste Organ des Staates mit dem Volk in Einklang zu bringen", oder „die dritwichtigste Beziehung zwischen dem Volk und den bewaffneten Streitkräften zu festigen" ("dritwichtig" heißt wörtlich "Einheit der drei").

Dies hieß nichts anderes als die Versöhnung zwischen dem Gewaltinstrument der Ausbeuterklassen und dem Volk. Solch ein Fehler konnte auftreten, da die Parteiführung von der marxistisch-leninistischen Staatslehre abgewichen war, da sie die indonesische Republik nicht als einen bürgerlichen Staat und die bewaffneten Streitkräfte nicht als ein Instrument eben dieses Staates ansah. Die Parteiführung ließ hier die Tatsache außer acht, dass die Staatsmacht seit der August-Revolution von 1945 vollständig in die Hände der Bourgeoisie gefallen war, und dass die im Zuge der August-Revolution geschaffenen bewaffneten Streitkräfte der Republik Indonesien automatisch zu einem Unterdrückungsinstrument der herrschenden Klassen wurden. Angesichts ihrer Klassenherkunft als Söhne von Arbeitern und Bauern mögen die NCO's (Unteroffiziere) und Soldaten der bewaffneten Streitkräfte in gewissem Umfang Elemente einschließen, die Partei für das Volk ergreifen würden. Doch das ändert nichts daran, dass die bewaffneten Streitkräfte als Ganzes ein Organ des Staates sind, welcher den Interessen der herrschenden Klasse dient.

Um die Volksrevolution gegen Imperialismus, Feudalismus und bürokratischen Kapitalismus zu führen, müssen die indonesischen Marxisten-Leninisten den revisionistischen Müll vom "friedlichen Weg" und von der "Theorie der Methode der Kombinierung der drei Kampfformen" fortwerfen und das Banner des bewaffneten Volkskriegs hochhalten.

### **Propagierung des „friedlichen Weges von oben“ über die Beteiligung der KP Indonesiens an der Staatsmacht**

Die Führung der KPI erklärte, dass sich die „zwei Aspekte“-Theorie von der von der revisionistischen Führungselite der KP Italiens vertretenen „Theorie der strukturellen Reform“ grundsätzlich unterscheidet. (Anmerkung: „Die Führung der KP Italiens behauptet, dass die Diktatur des Proletariats in Italien durch graduelle Reformen in der Staatsstruktur, unter Ausnutzung der italienischen Verfassung und parlamentarischer Mittel möglich sei und nicht durch eine proletarische Revolution und die Zerschlagung der bürgerlichen Staatsmaschinerie“)

Dennoch besteht zwischen diesen beiden „Theorien“ keinerlei Unterschied. Beide klammern sich an den „friedlichen Weg“ zum Sozialismus. Die „zwei Aspekte“-Theorie besagt: Die Staatsmacht der Republik Indonesien ist, als ein Widerspruch betrachtet, der Widerspruch zweier Aspekte. „Der erste Aspekt ist derjenige, welcher die Interessen des Volkes repräsentiert (so wie er sich in der fortschrittlichen Politik Präsident SUKARNOS, die von der KPI unterstützt wird, manifestiert)

Der zweite Aspekt ist derjenige, die die Feinde des Volkes repräsentiert (wie sich dies an der Haltung und Politik der rechtsgerichteten Kräfte oder hartnäckigen reaktionären zeigt). Der Volksaspekt ist zum Hauptaspekt geworden und nimmt die führende Rolle in der Staatsmacht der Republik Indonesien ein.“ (D.N. Aidit, „Haltet das Banner der Revolution hoch!“)

Die „zwei Aspekte“-Theorie ist offensichtlich eine opportunistische oder revisionistische Abweichung, da sie die ML-Lehre verneint, nach der „der Staat das Organ der Herrschaft einer bestimmten Klasse ist, die mit ihrem Antipoden (der entgegengesetzten Klasse) nicht versöhnt werden kann“. (Lenin,

Staat und Revolution) Es ist undenkbar, dass die indonesische Republik sowohl vom Volk als auch von den Volksfeinden regiert werden kann.

Die falsche politische Linie wurde unausbleiblich von schwerwiegenden organisatorischen Fehlern begleitet: Liberalismus und Legalismus.

Der Liberalismus äußerte sich in der Tendenz, die KP Indonesiens zu einer Partei mit höchstmöglicher Mitgliederzahl zu machen. Dieser Liberalismus zielte darauf ab, die Partei in eine lose Organisation, die eine Massenpartei genannt wurde, zu verwandeln. Die Frage, ob eine Kommunistische Partei einer höchstmöglichen Mitgliederzahl bedarf (eine Massenpartei), oder aber Mitglieder aufnimmt, solange ihre Qualität hoch ist (Kaderpartei), ist eine Frage, die die Kommunistischen Parteien in den verschiedenen Ländern betrifft. Zu Beginn verfolgte die KP Indonesiens mittels des Plans zur Ausweitung der Mitglieder das Ziel, eine Massenpartei zu werden. Doch in den letzten Jahren hieß es, die KP Indonesiens sei gleichzeitig eine Massen- wie Kaderpartei. Unter Massenpartei verstand man eine Partei mit einer großen Mitgliederzahl und breitem Einfluss auf die Massen, während unter einer Kaderpartei eine Partei verstanden wurde, deren Mitglieder mit dem Marxismus-Leninismus bewaffnet sind und die aktivsten und führenden Elemente unter den Massen verkörpern.



(...)

Sukarno - D.N. Aidit (KP Indonesien)

### **KP Indonesiens hatte mehr als 3 Millionen Mitglieder**

Die prinzipienlose Aufblähung der Partei konnte von der politischen Linie des "friedlichen Weges" nicht getrennt werden. Die große Mitgliederzahl der Partei sollte dazu beitragen, den Einfluss der Partei in der Einheitsfront mit der Nationalbourgeoisie zu erhöhen. Mit einer Partei, die größer und größer wurde und sich mit der Nationalbourgeoisie vereinigte, glaubte man, das Kräftegleichgewicht zu verschieben, so dass dadurch die konterrevolutionären Kräfte besiegt würden.

Die Interessen des "friedlichen Weges" fanden ihren deutlichen Niederschlag auf organisatorischem Gebiet durch die Einführung des Vierjahresplans der Partei. In diesem Plan wurde nicht länger mehr Wert auf die Erziehung marxistisch-leninistischer Kader für die Revolution gelegt. Die Arbeit unter den Bauern zwecks Errichtung revolutionärer Landbasen wurde zugunsten einer Erziehung zum Intellektualismus aufgegeben, um dem Anspruch der Arbeit in der Einheitsfront mit der Nationalbourgeoisie zu genügen und um die verschiedenen Positionen in den Staatsinstitutionen einzunehmen. Die Losung der "totalen Verschmelzung mit den Bauern" war leeres Geschwätz. Anstatt die besten Kader zur Arbeit in die ländlichen Gebiete zu schicken, erfolgte gerade die rückläufige Bewegung, sah es in der Praxis so aus, dass diese in die Städte abkommandiert wurden.

Um das Prestige der KP Indonesiens in den Augen der Bourgeoisie zu erhöhen und sie in eine respektierliche Intellektuellenpartei zu verwandeln, wurde der Vierjahresplan in Angriff genommen, nach dem alle höher gestellten Kader dazu angehalten wurden, ein akademisches Studium zu absolvieren, während es den Kadern aus den mittleren Reihen zur Auflage gemacht wurde, eine gymnasiale Erziehung zu genießen. Von den unteren Kadern erwartete man, dass sie einen Mittelschulabschluss aufwiesen. Eigens zu diesem Zweck wurde eine Großzahl von Akademien, Schulen und Kursen eingerichtet. So tief eingesessen war der Intellektualismus innerhalb der Parteiführung, dass alle führenden Persönlichkeiten der Partei angehalten wurden, vier Abhandlungen zu schreiben, um den Titel eines "marxistischen Wissenschaftlers" zu erlangen.

Je tiefer die Partei im Sumpf des Rechtsopportunismus und Revisionismus versackte, desto mehr verlor sie die organisatorische Wachsamkeit, desto mehr setzte sich der Legalismus in der Organisation durch. Die Parteiführung verlor ihre Klassenwachsamkeit gegenüber der Falschheit der bürgerlichen Demokratie. Alle Parteiaktivitäten zeigten, wie sehr man an den "friedlichen Weg" glaubte. Die Parteiführung unterließ es, die Wachsamkeit der Massen der Parteimitglieder zu schärfen. Aufgrund dieses Legalismus auf organisatorischem Gebiet konnte es geschehen, dass es der Konterrevolution binnen kürzester Zeit gelang, die KP Indonesiens organisatorisch zu lähmen.

### **Ein bürokratisches Kommandoregime trat anstelle der innerparteilichen Demokratie und des Meinungskampfes**

Der Liberalismus in der Organisation hatte das Prinzip der inneren Parteidemokratie sowie die kollektive Führung zerstört, begünstigte persönliche Führung und Herrschaft und ebnete dem Autonomismus den Weg. Der demokratische Zentralismus, also zentralisierte Demokratie, wurde als entscheidendes Bindeglied zwischen Parteiführung und den Massen nicht länger mehr praktiziert. An seine Stelle trat ein Kommandoregime, um den subjektiven Interessen und persönlichen Wünschen der Parteiführung genüge zu tun. Formell wurden die Prinzipien der inneren Parteidemokratie, wie das der kollektiven Führung, nicht aufgegeben. Formell wurden auch die Beschlüsse der Leitungen durchgeführt. Aber gleichzeitig geschah es, dass Entscheidungen außerhalb der dafür zuständigen Parteileitung getroffen wurden. Diese falsche, unmarxistische und unleninistische Methode hielt sich aus folgenden Gründen so hartnäckig am Leben:

Erstens: Die Fehler auf organisatorischem Gebiet, insbesondere solche, die den Arbeitsstil betrafen, gaben der Parteiführung die Möglichkeit, eigenständige Kanäle aufzubauen, die sich der Kontrolle des Politbüros und des ZK entzogen. Das Ergebnis davon war, dass die zuständigen Leitungsorgane der Partei wie das Politbüro nicht länger mehr als angemessener Ort zur Lösung aller Angelegenheiten der Partei und der Revolution aufgefasst wurden. Mittels dieser eigenständigen Kanäle war es der Parteiführung möglich, willkürlich politische wie organisatorische Maßnahmen, wie die Absetzung von Kadern, durchzusetzen. So geschah es nicht selten, dass das Politbüro diese Schritte der Parteiführung einleitete und durchsetzte, ohne gewisse Probleme genau in Betracht gezogen und ausdiskutiert zu haben.

Zweitens: Es mangelte an einer kritischen Haltung gegenüber der Parteiführung im Politbüro, im Zentralkomitee wie in anderen Parteiorganisationen. Es wurde zur Angewohnheit, alles was die Parteiführung sagte, in die Tat umzusetzen, ohne diese Schritte zuerst diskutiert und überdacht zu haben. Dieses Fehlen einer kritischen Haltung gegenüber der Parteiführung war im Kern auf theoretische Schwächen zurückzuführen. Es fehlte ein starkes Fundament, von dem aus man die Ansichten der Führung, wenn man sie für falsch hielt, hätte kritisieren können. In den Jahren, nachdem die Partei die Gruppe theoretischer Arbeiter eingerichtet hatte, wurden die Parteiführer im allgemeinen mehr und mehr von der Klärung theoretischer Probleme ausgeschlossen. Wenn

Diskussionen geführt wurden, so waren es allenfalls diese theoretischen Arbeiter, die aktiv an ihnen teilnahmen. Außerdem fehlte es am Mut, einen Standpunkt darzulegen, der dem der Parteiführung widersprach.

Drittens: Die Parteiführung tat alles, um das trügerische Bild einer geschlossenen, monolithischen Einheit in der Partei aufrechtzuerhalten. Es wurde so getan, als bestünden keine Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei. Ja, jede Meinungsverschiedenheit wurde als abnorm disqualifiziert. So war es nicht verwunderlich, wenn Parteikader zögerten, ihren Standpunkt zu den von der Parteiführung vertretenen Ansichten frei zu äußern. Tatsächlich gab es nicht wenige Kader, die mit der opportunistischen und revisionistischen Linie der Partei auf politischem wie organisatorischem Gebiet nicht einverstanden waren. Aber sie wagten es nicht, ihre Meinungen in den Parteikollektiven darzulegen. Geschah dies dennoch, so würgte die Parteiführung die Diskussion ab. Das Fehlen der Freiheit, seine Ansichten darzutun, wurde - soweit es die Kader betraf - durch Dünkeltum und zum gewissen Grad auch durch deren Isolierung aufrechterhalten. In einer Situation, da der Liberalismus die organisatorische Linie der Partei kennzeichnete, war es unmöglich, den Arbeitsstil der Partei - nämlich die "Verbindung von Theorie und Praxis, die Knüpfung engster Verbindungen mit den Massen und die Anwendung von Kritik und Selbstkritik" - zu verwirklichen. Ebenfalls unmöglich war es, die korrekte Führungsmethode anzuwenden.

Tatsächlich wurde die universale Wahrheit des Marxismus-Leninismus nicht mit der konkreten Praxis der indonesischen Revolution verknüpft, vielmehr wurden die marxistisch-leninistischen Lehren den Ansichten der Bourgeoisie angepasst und unter dem Slogan der "Indonesisierung des Marxismus-Leninismus", der "schöpferischen Entwicklung des Marxismus-Leninismus" etc. revidiert.

### **Verspießerung der führenden Kader**

Die Linie der engen Verbindung mit den Massen und der Verbindung der Führung mit ihnen kann nur verwirklicht werden, wenn die Partei sich fest mit den Volksmassen, insbesondere mit den Arbeitern, Landarbeitern und armen Bauern verbindet. Hierbei muss die Führung beispielhaft vorgehen. Doch dies war nicht der Fall. Zahlreiche Parteikader, besonders höher gestellte Kader und solche, die ihre Fähigkeiten in den Dienst bestimmter Regierungs- oder halbamtlicher Institutionen stellten, hatten einen Lebensstandard erreicht, der sich krass von dem der Arbeiter und dem Rest der werktätigen Massen unterschied. Diese Kader genossen die gleichen Rechte wie die hochgestellten Regierungsbeamten.

In der Partei herrschte die Meinung vor, dass es notwendig sei, dass zentrale und regionale Parteiführer sowie Führer revolutionärer Massenorganisationen eine offizielle Funktion in der Regierung ausüben sollten, um über die Partei hinaus bekannt zu werden. Dies führte dazu, dass sich viele dieser Parteiführer und Führer von Massenorganisationen mehr mit ihrer Arbeit in Regierungs- und halbamtlichen Institutionen als mit der Parteiarbeit beschäftigten. Und das wiederum führte geradewegs zu ihrer Entfremdung, Abkapselung vom ideologischen und organisatorischen Parteileben.

Das Leben vieler Parteiführer, besonders in den Städten, glich dem eines Bourgeois. Sie verloren die Leiden und Nöte der Massen aus den Augen. Gerechtfertigt wurde dies unter dem Deckmantel des "Handelns im Einklang mit dem Ruhm der Partei", der "Erhöhung des Ansehens der Partei", der "Aufgabe des althergebrachten Weges" etc.

Einige Parteiführer lebten nach der dekadenten bürgerlichen Moral und beschmutzten die kommunistische Moral.

So konnte man sich natürlich nicht mit den unterdrückten Massen verbinden. Die Appelle, "die Selbstzufriedenheit zu bekämpfen", "ein guter und noch besserer Kommunist zu sein", "eine kommunistische Familie aufzubauen" etc. wurden hervorgeholt, um die Scheinheiligkeit und moralische Dekadenz innerhalb der Parteiführung zu vertuschen. Zudem richteten sich diese Appelle nicht an die Parteiführung. Es wurde so getan, als seien es nur Kader außerhalb der Führung, die gegen die kommunistische Moral verstoßen hätten. Die Parteiführung huldigte indes weiterhin ihrem "bürgerlichen Lebenswandel".

Kamen Kader einmal aus den Regionen in die Städte, so fanden sie nicht etwa Beispiele kommunistischer Einfachheit, sondern vielmehr "Luxus", "Modernes" und kommunistischen "Flitter" sowohl im Partei- als auch im Privatleben vor. Die Parteiführung stellte sich taub, wenn Genossen dies aufrichtig und solidarisch kritisierten, bezichtigten sie der "Rückständigkeit", warfen ihnen "Unwilligkeit" vor, "die möglichen Annehmlichkeiten im Höchstmaß für die Partei zu nutzen" und klagten sie an, "bei der Hebung des Prestiges der Partei versagt zu haben" etc. Die falsche politische Linie in der Partei wurde durch eine falsche Linie auf organisatorischem Gebiet ergänzt. Die Prinzipien einer marxistisch-leninistischen Partei wurden verletzt, ihre organisatorischen Grundlagen - nämlich der demokratische Zentralismus - zerstört, der Arbeitsstil wie die Führungsmethode zugrunde gerichtet.“

### **Die Politik von Sozialimperialisten gegenüber Indonesien**

Die Republik Indonesien betrieb seit den 50er Jahren die Politik eines "blockfreien Landes". So hatte es gute Beziehungen zu einer Reihe von Staaten die gerade die staatliche Unabhängigkeit erkämpft hatten. Zur VR China hatte es enge Beziehungen. Der Putsch indonesischer Militärs am 30. September 1965 hatte u. a. die Aufgabe diese Politik zu beenden und eine Politik die eindeutig den Kapitalismus dient zu betreiben. Als erstes mußte die Kommunistische Partei Indonesiens zerschlagen werden. Mitte der 60er Jahre hatte die PKI mehr als 18 Millionen Mitglieder und Sympathisanten. Sie beeinflusste die Arbeitergewerkschaft SOBI, die Volksjugend, die Frauenbewegung Gerwani und die Bauernfront. Im Land hatte die Partei eine eigene Universität, mehrere Hochschulen usw. In den 50er Jahre stellte sich die PKI international an die Seite der Marxisten-Leninisten und gegen die Chruschtschowrevisionisten. Insbesondere mit der KP Chinas unterhielt sie enge Beziehungen. Auch wenn sie die damalige Polemik über die Generallinie unterstützte, praktizierte sie eine opportunistische Politik.

Die Frage der Macht im Land war für sie weitgehend entschieden. Die antiimperialistische Außenpolitik, die Indonesien betrieb, war für sie bereits Garant das das Land hin zum Sozialismus sich entwickelt. Und das auf friedlichem Weg. Die Realität war aber anders: die Bourgeoisie existierte weiterhin, sie hatte immer noch viel Einfluß. Auf dem Lande - Indonesien ist eine bäuerlich geprägte Gesellschaft - fand nie eine Landreform statt. Diese Kräfte, die die PKI bereits als besiegt ansah, wollten eine Wende. Am 30. September wurde der seit langem geplante und vom CIA unterstützte Umsturz vollzogen. Im Verlaufe des Militärputsches Suhartos kam es zu unbeschreiblichen Greultaten und Massakern gegen Kommunisten, Gewerkschaftern, Patrioten und Demokraten. Es war ein Massenmorden wie es wenige in der Menschheitsgeschichte gab. Über eine Million Menschen wurden ermordet, hauptsächlich Kommunisten.

Für die Staaten des Warschauer Vertrages kein Grund für Solidarität mit den Verfolgten in Indonesien. Im Gegenteil: die Beziehungen zu den Faschisten wurden ausgeweitet.

## **Das wahre Gesicht der Propagandisten des "friedlichen Weges": Waffenlieferungen an die Faschisten**

Am 22. Jahrestag der Unabhängigkeit Indonesiens schrieb das amtliche Regierungsorgan der sowjetischen Revisionisten "Iswestja" im August 1967, also wenige Monate nach den blutigen Massenmorden unter der Überschrift "Indonesien - gestern und heute": "Es ist eine unabhängige Nation, die sich aktiv dem Imperialismus, dem Kolonialismus und dem Neokolonialismus widersetzt".

Das gute Verhältnis der Sozialimperialisten (Sozialisten in Worten – Imperialisten der Tat) beruhte hauptsächlich auf ihren umfangreichen Waffenlieferungen und ihrer militärischen Hilfe für die faschistische Armee Indonesiens. Mitte der 70er Jahre war 90% der Luftwaffe Indonesiens sowjetischer Herkunft. Am Bau des U-Boot-Hafens von Surabaya war die Sowjetunion maßgeblich beteiligt.

Aktiv waren die sowjetischen Sozialimperialisten an den konterrevolutionären Aktionen der indonesischen Armee beteiligt. Anti-Guerilla-Einheiten der indonesischen Armee wurden in den 70er Jahren in der Sowjetunion ausgebildet, und hohe sowjetische Offiziere nahmen als Berater an den Feldzügen der indonesischen Armee gegen Stützpunktgebiete der KP Indonesiens teil, die auf Java den bewaffneten Kampf weiterführte.

Sowjetische Gewerkschaftsdelegationen besuchten das Land; z. B. im Januar 1967 und tauschten mit den Militärs „Ansichten“ aus. Und das zu einer Zeit, wo Zigtausende Gewerkschafter in Konzentrationslagern saßen, zu einer Zeit in der Suharto die Gewerkschaften verboten hatte.



Auch die DDR hatte gute Beziehungen zu Indonesiens Faschisten: Am 17.2.1974 gab Oskar Fischer in Berlin ein Essen für den Außenminister Indonesiens Adam Malik.

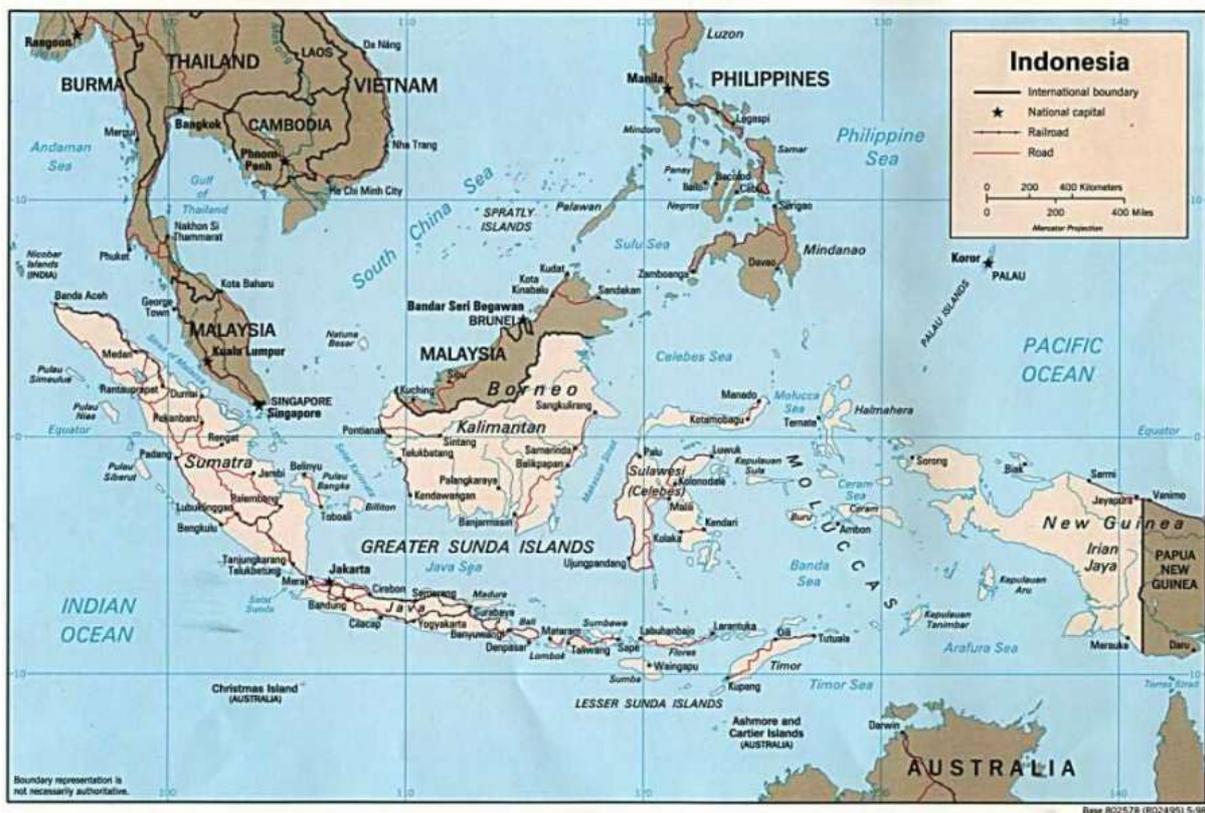
In einer Antwort auf die Glückwünsche indonesischer Faschisten an den neuen Marschall der UdSSR, Gretschno, heißt es: "Die guten Beziehungen der indonesischen Streitkräfte mit den Streitkräften der UdSSR in ihrer Gesamtheit können beibehalten werden."

Das indonesische Handelsvolumen mit der UdSSR belief sich 1983 auf 97 Millionen US-Dollar (Indonesien heute Nr. 4, Bonn 1983). Die wichtigsten Exportartikel waren Gewürze, Kaffee und Zinn.

An zweiter Stelle der Wirtschaftsbeziehungen stand Rumänien, mit dessen Regierung Indonesien einen Vertrag über Zusammenarbeit bei der Nutzung von Atomenergie geschlossen hatte. Trotz der massiven Ausrüstung aus den USA legten indonesische Politiker großen Wert auf die Beziehungen zum Ostblock. Offiziell zählte das Inselreich zu den sogenannten Blockfreien.

Einzig das sozialistische Albanien unterstützte den Widerstand der indonesischen Kommunisten, Gewerkschaftler und Patrioten. Die PKI konnte alle möglichen Unterstützungen durch die Partei der Arbeit Albaniens erhalten. Sei es militärischer, ideologischer und moralischer Hilfe. Eine ihrer wichtigsten illegalen Zeitungen erschien in Tirana, die "Indonesian Tribune".

Die PKI benötigte eine geraume Zeit zur Reorganisation. Völlig unvorbereitet, ohne Strukturen vorher aufgebaut zu haben, die eine solche Situation erfordern, war sie diesem Gemetzel hilflos ausgeliefert. 1966/67 wurde der bewaffnete Kampf aufgenommen. Jedoch erholte sich die Partei nie wieder von dieser Niederlage.



## Bewegung 30. September

Die Bewegung 30. September, indonesisch Gerakan September Tiga Puluh (kurz: G30S, heute übliche Bezeichnungen, früher G30S/PKI oder GESTAPU, beide propagandistische

Abkürzungen) ist die Bezeichnung eines Putschversuchs, der sich am 30. September 1965 in Indonesien ereignete und bei dem sechs führende Generäle des indonesischen Militärs entführt und ermordet wurden. Die Hintergründe des Vorfalls wurden nie offiziell untersucht. Obwohl Mitglieder der Armee des Präsidenten Sukarno daran beteiligt waren, wurden Kommunisten für den Vorfall verantwortlich gemacht. Heute verweisen Quellen auf eine direkte oder mittelbare Urheberschaft des amerikanischen Geheimdienstes CIA für den Staatsstreichsversuch.

Es folgten ein Massaker des Militärs an (geschätzt) mehr als einer halben Million Mitgliedern und Anhängern der Kommunistischen Partei Indonesiens (PKI) und unzählige Gefangennahmen ohne juristische Grundlage. Die PKI verlor damit ihre politische Macht, der Kommunismus wurde sowohl als politische Bewegung als auch als Ideologie streng verboten.

Zu der offiziellen Version gehört die Geschichte, Angehörige der kommunistischen Frauenorganisation Gerwani hätten erotische Tänze aufgeführt und den ermordeten Generälen die Genitalien verstümmelt.

Während der Regierungszeit Suhartos, der sogenannten Neuen Ordnung (Orde Baru), war in Indonesien jede Kritik an der offiziellen Geschichtsversion (der alleinigen Täterschaft der Kommunisten) mit großen Risiken verbunden. Seit Suhartos Sturz ist ein kritischer Umgang möglich geworden. In neueren indonesischen Veröffentlichungen, vor allem in Sachbüchern und wissenschaftlichen Arbeiten, wird der Begriff „G30S/PKI“ oft nicht mehr verwendet, sondern häufig einfach durch „G30S“ ersetzt. Eine allgemeine Aufklärung, die über einen relativ kleinen Kreis von Intellektuellen und politischen Aktivisten hinausginge, hat jedoch noch nicht stattgefunden. Es gibt zudem weiterhin antikommunistische Bewegungen, die versuchen, die Geschichtslüge aufrechtzuerhalten. So wurden 2007 eine Reihe von neueren Schulbüchern für den Geschichtsunterricht aus dem Verkehr gezogen, weil sie nicht den Begriff „G30S/PKI“ verwendeten.

(Quelle: wikipedia)

\* \* \*



Helmut Kohl:  
Suharto,  
„ein wirklich  
guter Freund“

## Der Spalterstaat BRD



Ein offizielles Gründungsdatum hat die BRD nicht. Der Bundestag bezeichnet auf seinen Seiten im Internet die Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 als die "Geburtsstunde der Bundesrepublik Deutschland". Aber diese Verfassung, deren Namen im geteilten Deutschland ihren provisorischen Charakter signalisieren sollte, war doch mehr die Idee eines Staates, eine Voraussetzung, nicht der Staat selbst. Außerdem war das Grundgesetz vom bayrischen Landtag nicht gebilligt worden. Die Bayern wollten mehr Rechte für die Länder, das Grundgesetz war ihnen zu zentralistisch. Und so erscheint es richtiger, von einer langwierigen Geburt auszugehen, und die Geburtsstunde auf den 20. September 1949 zu verlegen, als die Verfassungsorgane des neuen Staates sich konstituiert hatten.



## ***“Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb”***

Konrad Adenauer

### **Die Gründung des Bonner Separatstaates**

#### **Die Besetzung Deutschlands**

Im Mai 1945 war der faschistische deutsche Staat, der angetreten war, Deutschland zu einer Weltmacht zu expandieren, unter den Schlägen der Sowjetarmee und der mit ihr in der Antihitlerkoalition verbündeten Armeen völlig zerschlagen. Reichsregierung und Wehrmacht kapitulierten bedingungslos. Deutschland wurde von den Truppen der Antihitlerkoalition vollständig besetzt und in Besatzungszonen aufgeteilt.

Die Lage des deutschen Volkes am Ende des Zweiten Weltkrieges unterschied sich wesentlich von derjenigen vor 27 Jahren, als der Erste Weltkrieg zu Ende gegangen war. Die Kriegsverwüstungen und

die allgemeine Not waren bedeutend größer. Sie erreichten jedoch nicht den Grad wie in den vom Faschismus eroberten und verheerten Gebieten der Sowjetunion, Polens u.a.

Das materielle Erbe, das der Faschismus hinterlassen hatte, war eine schwere Hypothek für einen demokratischen Neuaufbau; noch schwerwiegender jedoch wog das geistige Erbe. Verwirrung, Demoralisierung und Verzweiflung waren groß, politische Apathie weit verbreitet. Der entscheidende Unterschied zur Lage am Ende des Ersten Weltkrieges war jedoch die bedeutenden Veränderungen in der Weltarena. Die Sowjetunion hatte in einem heroischen Kampf die Hauptkräfte des Hitlerfaschismus geschlagen. Die Faschisten erklärten den Krieg gegen die Sowjetunion als **“Weltanschauungskrieg”**, als einen welthistorischen “Entscheidungskampf”. Das strategische Konzept der Faschisten hieß “Erobern und vernichten”. “Der Kampf gegen den Weltbolschewismus ist die Generallinie der deutschen Politik” und “ist der Bolschewismus im Weltmaßstab der Todfeind”, hieß es in einer Propaganda-Anweisung der NSDAP von 1937. Der Sieg über die braunen Barbaren ermöglichten der Sowjetunion ihren Einfluss und ihr Ansehen weltweit zu vergrößern.

## Das Potsdamer Abkommen

Vom 17. Juli bis 2. August 1945 tagten die Führer der drei Großmächte UdSSR, USA und England – Stalin, Truman, Churchill bzw. Attlee – in Berlin und schufen mit dem Potsdamer Abkommen die völkerrechtliche Grundlage für eine antifaschistische und demokratische Neugestaltung Deutschlands. Das Potsdamer Abkommen war der einzige und grundlegende, von allen Siegermächten anerkannte internationale Vertrag, der dem deutschen Volk einen Rechtsanspruch auf seine Einheit gab. Das Abkommen sah u.a. die völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands, die Bestrafung und Ausschaltung der Kriegs- und Naziverbrecher, die Umgestaltung Deutschlands auf demokratischer Grundlage, die Dezentralisierung und Vernichtung der Wirtschaftskonzentration – der Kartelle, Syndikate, Trusts und anderer Monopolvereinigungen – vor. Diese Bestimmung entsprang der Erkenntnis, dass die gewaltige Konzentration wirtschaftlicher Macht in Deutschland, besonders in der Schwer-, der Chemie, der Elektroindustrie und im Bankwesen die Grundlage des aggressiven deutschen Imperialismus war. Das deutsche Monopol- und Finanzkapital hatte Hitler in den Sattel gehievt und an der Macht erhalten; es war der Anreger, Antreiber und Nutznießer der faschistischen Massenmorde, des Weltkriegs, der Unterjochung und Plünderung der europäischen Völker gewesen. Ohne die Vernichtung des Monopol- und Finanzkapitals war nicht zu erreichen, was die Alliierten zu ihrem Hauptziel erklärt hatten, nämlich “zu verhindern, dass Deutschland jemals wieder den Weltfrieden bedrohen kann”.

Bereits am 23. Juli – noch während der Potsdamer Verhandlungen – wurden in der Sowjetischen Besatzungszone alle Banken und Sparkassen entschädigungslos enteignet. Am 25.10. wurde dann der Besitz des Kriegsverbrechers Flick in Sachsen beschlagnahmt. In einer Volksentscheid im Sommer 1946 entschieden 77% in der SBZ für eine Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher. Zug um Zug wurde in Ostdeutschland die Macht des Monopol- und Finanzkapitals zerschlagen.

## Herzliches Verhältnis

Anders verlief die Sache in den Westzonen. Hier standen nicht die Truppen eines sozialistisches Landes wie der Sowjetunion, sondern die Truppen der westlichen Imperialisten. Hatten diese einerseits das Interesse, den deutschen Konkurrenten auszuschalten, so wollten sie doch gleichzeitig sein Potential der westlichen Welt erhalten.

Dass die westlichen Besatzungsmächte, allen voran die USA, nicht gewillt waren, einschneidende Maßnahmen gegen die deutschen Monopole zu treffen, zeigte sich deutlich an ihrer Behandlung der industriellen Kriegsverbrecher. Nur gegen drei der Kriegsverbrecher-Konzerne wurden vor dem Nürnberger Tribunal Prozesse geführt: gegen Krupp, Flick und den IG-Farben-Konzern. Zwar wurden einige Monopolisten zu Zuchthaus bestraft – von dort konnten sie aber weiterhin die Geschicke ihrer Konzerne leiten – wurden aber bald wieder entlassen und in sämtliche Eigentumsrechte wieder eingesetzt.

## Pläne der USA

In den vierziger Jahren war die amerikanische Regierung in zwei Hauptfraktionen gespalten, von denen die eine der Churchill-Linie folgte: dafür zu sorgen, dass Deutschland jederzeit als Bollwerk und Rammbock gegen die Sowjetunion dienen kann – während die andere die Morgentau-Linie hielt, die Deutschland als Industriekonkurrenten auf dem Weltmarkt ausschalten sollte. Deutschland sollte gespalten werden und sah eine Umwandlung in ein Agrarland vor. Beiden Gruppen war gemeinsam: sie wollten die Spaltung Deutschlands.

## Erste Spalterpläne

Bereits im Dezember 1945 schrieb die halbamtliche französische Presseagentur AFP, dass das zu “lösende Problem” in der Vorbereitung eines Krieges “gegen einen Feind aus dem Osten” bestehe. Sie schrieb: “Es wird daher gut sein, eine Westalliierte Militärkommission zu schaffen, die aus den Stabschefs der Verbündeten besteht. Später, nach der **Reorganisation Westdeutschlands**, (! - d.Verf.) kann auch dieses in das System einbezogen werden.”

1945 also schon reiften unter den West-Besatzern Pläne, Deutschland entgegen den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zu spalten und seine westliche Hälfte in das westliche imperialistische System einzubeziehen und zu einem Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion zu machen. Die treibende Kraft waren dabei die USA, die nach dem Weltkrieg zur stärksten imperialistischen Macht geworden waren und die nun nach Weltherrschaft strebten, wobei in ihren Plänen Westeuropa und besonders Deutschland eine entscheidende Rolle spielten.

Damals, unmittelbar nach Beendigung des Weltkrieges, konnten die USA aber ihre Pläne zunächst nicht durchsetzen. Da war das große internationale Ansehen und Gewicht der Sowjetunion, die die Hauptlast des antifaschistischen Kampfes getragen hatte; das waren die Friedensbestrebungen der Völker, die Friedens- und Einheitsbestrebungen auch des deutschen Volkes. Hinzu kam eine Anzahl ehrlicher Demokraten, die noch in den westlichen Militärverwaltungen saßen.

In dem Maße aber, wie es den westlichen Imperialisten gelang, das Gift des Antikommunismus und Antisowjetismus zu verbreiten, die Demokraten aus den Militärverwaltungen hinauszusüßern und die Durchführung der demokratischen und antifaschistischen Umgestaltungen in den Westzonen zu sabotieren – in dem Maße konnten sie auch mit ihrer Spaltungspolitik immer offener hervortreten.

Jedoch ging die Sabotage- und Spalterpolitik nicht ohne "Reibungen" in den eigenen Militärapparaten vor sich: So erklärte der Leiter des Amtes für Entkartellisierung bei der amerikanischen Militärregierung, James Martin, im Juli 1947: "Ich bin aus Protest gegen die Machenschaften der großen amerikanischen Gesellschaften in Deutschland, vor allem der General Electric Company, der General Motors und der Standard Oil Company zurückgetreten. Das amerikanische Volk wird von monopolistischen Gruppen geleitet, die ihre eigenen Auffassungen darüber haben, wie Deutschland zu behandeln ist. Meine Bemühungen sind durch die interessierten amerikanischen Gruppen, die im Herzen Europas ein monopolistisch kontrolliertes Deutschland errichten wollen, zunichte gemacht".

## **Unterdrückung der demokratischen und antifaschistischen Bewegung**

Es ist bezeichnend, dass die Spalterpolitik der westlichen Alliierten nur auf der Grundlage der Unterdrückung demokratischer und antifaschistischer Bestrebungen in den Westzonen möglich war. Das Verbot und die Behinderung freier gewerkschaftlicher Betätigung, die Unterdrückung antifaschistischer Organisationen und Parteien, das Verbot und die Unterdrückung von Versammlungen, Volksbefragungen, Volksentscheiden, die Entfernung bewährter Antifaschisten und Widerstandskämpfer aus verantwortlichen Positionen des Wiederaufbaus, die Sabotage der Entnazifizierung, die Aufnahme von Faschisten und Militaristen in verantwortliche Stellen, die Sabotage der Entflechtung der Monopole, die Aufpöppelung des abgewirtschafteten deutschen Imperialismus – dies alles waren gleichzeitig Schritte zur Spaltung Deutschlands.

Einzig die Sowjetunion trat dieser verhängnisvollen Entwicklung entgegen. Sie forderte immer wieder die Einhaltung der Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, sie forderte die Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland und die Errichtung einer gesamtdeutschen Zentralregierung. Zu allen Punkten unterbreitete sie konkrete Vorschläge. Sämtliche Konferenzen wurden jedoch von den Westmächten hintertrieben, behindert oder zum Scheitern gebracht. Auf einen Friedensvertrag ließen sich die Westmächte deshalb nicht ein, weil er gleichzeitig den Rückzug der Besatzungstruppen aus ganz Deutschland bedeutet hätte.

## **Für die Enteignung der Konzerne: Massenaktionen im Westen**

In den Jahren 1946 und 1947 entstand im Westen Deutschlands eine Massenbewegung für die Entmachtung der Monopole, für eine Umgestaltung der Macht- und Besitzverhältnisse. Unmittelbarer Anlaß war die unerträglich gewordene materielle Lage der Bevölkerung. In den Westzonen herrschte die durch die Hungerpolitik der Besatzerbehörden hervorgerufene "Lebensmittelkrise" - die Arbeiter erhielten oft nicht einmal die niedrigen Lebensmittelrationen. Ermutigt wurden die notleidenden Massen in ihren Aktionen vom Beispiel im Osten Deutschlands und deren Umgestaltungen. Als führende Kraft in diesen Kämpfen im Westen trat die KPD auf. So z.B. in Nordrhein-Westfalen, der wirtschaftlichen Basis der Kohle- und Stahlbarone, die Hitler an die

Macht gehievt hatten. Die KPD, der damals 38% aller Betriebsräte angehörten, organisierte viele Aktionen für eine Enteignung der Grubenbarone.

In Hessen wurde am 1.12.1946 der Entwurf einer Verfassung zur Volksabstimmung gestellt. Der Entwurf sah neben Artikeln über die Bodenreform, über gleichen Lohn für gleiche Arbeit, über das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter auch Sozialisierungen vor. Artikel 41 lautete: "Mit Inkrafttreten der Verfassung werden 1. In Gemeineigentum überführt: der Bergbau, die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen. 2. Vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet die Großbanken und Versicherungsunternehmen." Nicht anders also wie im Osten, sprach sich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung für die Sozialisierung aus. (71,9%)

Die amerikanischen Besatzer aber, die sich in Worten demokratisch gaben, respektierten den Willen der Bevölkerung nicht (Hier liegt übrigens der Unterschied zu den sowjetischen Besatzern, die den Willen der Bevölkerung respektierten!) Die USA verboten einfach den Paragraphen 41 in Hessen. Der US-Militärgouverneur Clay erklärte: "In einer Zeit, in der die USA so viel Geld aus eigener Tasche zahlen, um Deutschland zu unterstützen, haben sie auch das Recht, ihre Meinung zu sagen und Experimente nicht zuzulassen".

Machtvolle Massenaktionen waren die Antwort. Im Ruhrgebiet kam es zu Streiks und Demonstrationen für Enteignung der Konzernherren. 1947 streikten 80 000 in Wuppertal, in Stuttgart 6 000, in Düsseldorf demonstrierten 80 000 und am 9. Mai in Hamburg 200 000. Höhepunkt war dann ein Streik im Ruhrgebiet mit 334 000 Arbeiter, der unter der Losung: "Die Gruben in Volkes Hand!" stattfand. Gegen die Massenbewegung gingen die Besatzer mit verschiedenen Unterdrückungsmaßnahmen, mit Verboten und Drohungen vor. So wurde selbst mit der Todesstrafe gedroht.

Letztendlich konnte die Massenbewegung die Wiederbelebung des Kapitalismus nicht verhindern. Die SPD-Führung, die großen Einfluss besaß, verzichtete darauf, die Kämpfe voranzutreiben; einzelne SPD-Führer distanzieren sich sogar öffentlich.

## **Die Politik gezielter Zugeständnisse und das Ahlener Programm**

Nach der Zerschlagung des Faschismus war das Großbürgertum gelähmt, seine politische Macht lag am Boden. Es war politisch kompromittiert, ebenso das vofaschistische bürgerliche Parteiensystem. Wie weiter?

Angesichts des Aufschwungs des demokratischen Kampfes in den Westzonen mussten selbst die bürgerlichen Parteien antikapitalistische Parolen verbreiten. Es wurde den Wählern als "Sozialisierung im Sinne der CDU" (Rheinische Post, 8.3.47) beziehungsweise unter der Losung "CDU überwindet Sozialismus und Kapitalismus" unterbreitet. Noch weiter ging das Ahlener Programm der CDU (Köln 1948). Es beginnt mit der bemerkenswerten Feststellung: "Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden." Und in einem "Aufruf des sozialen Ausschusses der CDU" (1946) heißt es: "Durch den Zusammenbruch des

Nationalsozialismus muss auch die Herrschaft der kapitalistischen Wirtschaftsmacht das verdiente Ende finden. Die Stunde für eine durchgreifende wirtschafts- und gesellschaftspolitische Neuordnung ist gekommen. Wir fordern daher die Aufhebung der Truste und Konzerne, die Herbeiführung der vollen Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in den Betrieben... Der Militarismus, der Nationalsozialismus und die Kräfte des eigensüchtigen Kapitalismus sind die ewigen Wegbereiter neuer Kriege. Diesen Kräften gilt unser erbitterter Kampf... In der CDU sieht das christliche werktätige Volk die große politische Gemeinsamkeit, in welcher die christlich-sozialen Kräfte zum Ausdruck kommen". (Westfalen Zeitung, 10.10.46)

Die christlichen Gewerkschafts- und Arbeitervereinsführer erwiesen sich als unentbehrlich, um den Einfluss der CDU/CSU in Kreisen christlicher Werktätiger zu verbreiten und ihren Anspruch zu sichern, eine "Volkspartei" zu sein. Endpunkt der Demagogie war dann die "soziale Marktwirtschaft": ein Propaganda-Märchen über eine Gesellschaft, in der es keine Ausbeuter und Ausgebeutete gibt, keine Klassen und keinen Klassenkampf. Der Spalterstaat BRD soll von da an so eine Gesellschaftsordnung sein. Eine Legende, die in keinem Geschichtsbuch fehlt. Und das wider der Realität.

## Zur Rolle der Sozialdemokratie

Während man in der Ostzone von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung sprach, wurde unter Schumachers Leitung am 10. Mai 1946 auf dem Parteitag der SPD in Hannover eine "Kundgebung" erlassen, in der es hieß: "Das heutige Deutschland ist nicht mehr in der Lage, eine privatkapitalistische Unternehmerwirtschaft zu ertragen und Unternehmerprofite, Kapitaldividenden und Grundrenten zu zahlen. Die jetzt noch herrschenden Eigentumsverhältnisse entsprechen nicht mehr den sonstigen gesellschaftlichen Zuständen und Bedürfnissen. Sie sind zu dem schweren Hemmnis der Erholung und des Fortschritts geworden (...) Die von der Sozialdemokratie erstrebte sozialistische Wirtschaft beruht auf einer gelenkten Wirtschaftspolitik. Entscheidend für Umfang, Richtung und Verteilung der Produktion darf nur das Interesse der Allgemeinheit sein. Die Vermehrung der Waren und der Produktionsmittel ist die Voraussetzung für die lebensnotwendige Eingliederung Deutschlands in die internationalen Wirtschaftsbeziehungen (...) Die Sozialisierung hat zu Beginnen bei den Bodenschätzen und den Grundstoffindustrien. Alle Betriebe des Bergbaus, der Eisen- und Stahlerzeugung und -bearbeitung bis zum Halbzeug, der größte Teil der chemischen Industrie und die synthetische Industrie, die Grossbetriebe überhaupt, jede Form von Versorgungswirtschaft und alle Teile der verarbeitenden Industrie, die zur Grossunternehmung drängen, **sind in das Eigentum der Allgemeinheit zu überführen.**" (Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD, Hannover, 10.5.1946)

Ganz prächtig links, nicht wahr? Gleichzeitig führte Schumacher auf breiter Front gerade auf diesem Parteitag den Kampf gegen die Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten. Denn am Tage der Eröffnung des Parteitages sandte das Hauptquartier der englischen Militärregierung unter dem Zeichen L/K Siegburg (CCG/BE) Ref. 1016/Fd/410 ein Schreiben an den Vorsitzenden der SPD in Herchen-Leuscheid: “Es liegt nicht in der Linie der Politik der Militärregierung, eine Verschmelzung der SPD mit der KPD zuzulassen, da es der Politik der SPD in der britischen Zone widerspricht. Infolgedessen sind alle Versammlungen, die eine solche Verschmelzung als Ziel haben, nicht zugelassen.”

Auf der einen Seite sprachen solche Führer wie Kurt Schumacher von der Tagesaufgabe der Errichtung des Sozialismus – im Gegensatz zum Osten, denn dort wurde erst mal “nur” eine antifaschistisch-demokratische Ordnung angestrebt – auf der anderen Seite wurde alles getan um eine Einheitsfront von Sozialdemokraten und Kommunisten zu hintertreiben. Intrige, Verleumdung und Denunziation waren Mittel der proimperialistischen SPD-Führer. Besondere “Verdienste” erlangte Schumacher. Er hatte Jahre im KZ verbracht, war von den Faschisten grausam misshandelt worden, ohne “weich zu werden”, war ein ausgezeichnete Redner, zugleich aber auch ein Meister der Demagogie, im Aussehen einem Asketen nicht unähnlich, voller Natürlichkeit im Umgang mit anderen Menschen. Die Geschichte kennt eine Anzahl von Gestalten, die in ihrem Kreis durch hervorragende, weil in ihrer Umgebung seltene Eigenschaften auffallen und so tiefe Anhänglichkeit gewinnen. Viele Millionen fielen auf die Demagogie Schumachers und seiner Mitarbeiter herein, folgten ihm auf dem Wege des Antikommunismus und der Spaltung der Arbeiterklasse.



## Bizone, Marshall-Plan, Währungsreform

Bereits am 2.12.1946 schlossen die USA und Großbritannien ein Abkommen über eine Zusammenfassung ihrer Besatzungszonen zur sogenannten Bizone. Der erste Schritt zur Spaltung wurde getan. Eine wesentliche

Bedeutung erlangte der Marshallplan, der im Juni 1947 beschlossen wurde. Mittels dieses Planes wollten die USA die ökonomischen und politischen Schwierigkeiten der im Kriege geschwächten Länder ausnutzen. Unter dem Vorwand der Hilfe gaben sie Kredite, lieferten Waren und suchten so die betreffenden Länder in Abhängigkeit zu bringen. Der Marshall-Plan war Kernstück der Truman-Doktrin, dieser Kampfansage des US-Imperialismus gegen die Sowjetunion, die neu entstandenen Volksdemokratien und alle revolutionären Bewegungen überhaupt. Die Verkündung dieser Doktrin durch US-Präsident Truman im März 1947 bezeichnet den offiziellen Beginn des kalten Krieges. Die deutschen Westzonen wurden im Sommer 1948 in den Marshall-Plan einbezogen. Gleichzeitig wurde die Bizonie unter Einschluss der französisch besetzten Zone zur Trizone erweitert.

Begleitet wurde diese "Hilfe" durch eine separate Währungsreform in den Westzonen. Diese Währungsreform nahm den Werktätigen die letzten Barmittel und ließ gleichzeitig die in Sachwerten angelegten Kriegsprofite und Schiebergewinne der Kapitalisten unberührt. Es kam zu einer Valutabarriere quer durch Deutschland. Es entstanden zwei Währungsgebiete. Die Währungsreform zielte auch auf die Zerrüttung der Währung, der Finanzen und der Wirtschaft in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ). Am 23. Juni 1948 führten die Westmächte die neue Separatwährung auch in Westberlin ein. Die sowjetische Militärverwaltung war gezwungen Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Gegenmaßnahmen wurden von den Westmächten wiederum zur Erzeugung von Kriegshysterie, zur Vorbereitung unmittelbarer Kriegshandlungen ausgenutzt. Westberlin wurde zur Frontstadt.



*Ich küsse Ihre Hand, McCloy, und das hat seinen Grund!*

## Operation Vittles

Am 26. Juni 1948 starteten mit großem Propagandaaufwand die "Operation Vittles", wie die Luftbrücke nach Westberlin bei den USA-Militärs hieß. Zur Rechtfertigung ihres Kriegsabenteuers hatten die Westmächte die infame Lüge in die Welt gesetzt, die Sowjetunion wolle "Berlin aushungern und dann erobern". Eine solche "Hungerblockade" hatte es nie gegeben. Die Sowjetunion hatte immer wieder angeboten die Versorgung Westberlins zu übernehmen. Die Westmächte lehnten aber ab, denn sonst würde ihre Luftbrücke ja überflüssig. Viel lieber peitschten sie eine

**Kriegspsychose** hoch, um ihr Luft- und Flottenstützpunktsystem rings um die sozialistische Staatenwelt auszubauen.

In den Westsektoren gab es vom Juni 1948 bis März 1949 eine Doppelwährung. Im Ostsektor war Westgeld verboten. Im Westen war ausdrücklich gestattet, dass alle auf Karten bezogene Lebensmittel, Steuern, Dienstleistungen, öffentliche Verkehrsmittel u.a. mit Ostmark bezahlt werden kann. Hingegen gab es die lang entbehrten Genuss- und Lebensmittel, wie Kaffee, Kakao, Schokolade, Tabak, Südfrüchte und industrielle Bedarfsgüter, nur für die Spaltermark. Auf diese Weise erfolgte eine Diskreditierung der Ostwährung. So wurde künstlich die Nachfrage nach der Westwährung hochgetrieben. Die Westmächte gaben ab August 1948 grünes Licht für private Wechselstuben. Sie tauschten Westmark gegen Ostmark anfangs 1:2,2, später 1:5 und mehr. Der Wechselstubenkurs wurde in den fünfziger Jahren zu einem Hauptinstrument der ökonomischen Schädigung der DDR.



## Die Volkskongressbewegung

Antifaschisten mit kommunistischer, sozialdemokratischer, christlicher Weltanschauung, Demokraten und Patrioten verstärkten ihren Kampf gegen die Spaltungsabsichten. Am 6./7. Dezember 1947 trat in Berlin der 1. Deutsche Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden zusammen. Delegierte aus allen Besatzungszonen und aller Bevölkerungsschichten nahmen an ihm teil; er war die erste gesamtdeutsche Vertretung nach dem Krieg. Der Volkskongress bekundete den Willen nach politischer und wirtschaftlicher Einheit. Er forderte das Recht, durch Volksabstimmung über die demokratische Einheit und die Bildung einer zentralen Regierung aus Vertretern aller demokratischen und antifaschistischen Parteien zu entscheiden. Der II. Deutsche Volkskongress wählte einen Deutschen Volksrat und beschloss ein Volksbegehren für eine Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands. Dieses wurde im Sommer 1948 durchgeführt. In den Westzonen hatten die Patrioten dabei mit enormen Schwierigkeiten zu kämpfen. In der amerikanischen und französischen Zone wurde die Durchführung des Volksbegehrens verboten, in der britischen stark behindert. Trotzdem gaben in Nordrhein-Westfalen 750.000 Menschen ihre Unterschrift. In allen vier Besatzungszonen stimmten **14.766.000 Menschen für die Einheit Deutschlands**.

Obwohl die Volkskongressbewegung noch an Stärke gewann, konnte sie die Gründung des westdeutschen Separatstaates nicht verhindern.

## Der Spalterstaat: BRD

**Am 16. Mai 1948 enthüllte die "Washington Post" folgendes: "... die CDU/CSU wird die Regierungsfassade hergeben, hinter der die Industriellen die wahren Herrscher Deutschlands sein werden."**

Im Sommer 48 beschlossen die Westmächte die Bildung einer westdeutschen verfassungsgebenden Versammlung, des "Parlamentarischen Rates". Dieser wurde nun unverzüglich gebildet; er verabschiedete schließlich am 8. Mai 1949 gegen die Stimme der Kommunisten das "Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland". Nachdem die drei westlichen Militärgouverneure dieses GG genehmigten und damit Gesetzeskraft verliehen hatten, trat es am 23. Mai 1949 in Kraft. Auf seiner Grundlage wurden im Sommer die Wahlen zum Bundestag durchgeführt. Mit Bundestag und Bundesrat konstituierte sich schließlich am 7. September 1949 endgültig der westdeutsche Separatstaat. Am 15. September vollzog sich das letzte Kapitel der Bonner Staatsbildung: die Wahl des Bundeskanzlers. Sie fiel auf den Vorsitzenden der westdeutschen CDU, Dr. Konrad Adenauer. Er erhielt 202 Stimmen. Das war die knappste Mehrheit, die nach dem GG möglich ist, da der Bundestag aus 402 stimmberechtigten Mitgliedern besteht. Im "Kiesings Archiv der Gegenwart" (1948/49), erschienen in Essen, heißt es zur Kanzlerwahl: "Der Bundeskanzler erhielt diese Mehrheit nur dadurch, dass das Haus keinen Widerspruch dagegen erhob, drei der abgegebenen Stimmzettel als Ja-Stimmen zu zählen, die den Namen Dr. Adenauers trugen und eigentlich hätten für ungültig erklärt werden müssen, da bestimmt worden war, dass nur Stimmzettel mit Ja oder Nein oder zum Zeichen der Stimmenthaltung weiße Zettel abgegeben werden durften. Bei der Auszählung ergab sich, dass 142 Abgeordnete mit Nein gestimmt hatten, 44 hatten weiße Zettel abgegeben, eine Stimme war ungültig, neun Abgeordnete waren abwesend, vier stimmten nicht ab." Da sich auch der Bundestagsabgeordnete Adenauer an dieser Wahl beteiligte, spricht man davon, dass er faktisch mit seiner eigenen Stimme Bundeskanzler wurde.

Das Adenauer-Kabinett setzte sich aus Angehörigen der CDU/CSU, der FDP und der Deutschen Partei zusammen. Noch bevor er seine Regierungserklärung abgab, stellte er seine Politik gegenüber dem anderen Teil Deutschlands klar: "Die Bundesrepublik muss ein Anziehungspol für Ostdeutschland werden und die psychologischen Beziehungen mit dem Osten wahren und stärken." In seiner Regierungserklärung dann (20.9.), waren revanchistische Forderungen nach Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen von 1937 unüberhörbar, von Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage jedoch war keine Rede.

Die erste Handlung der Adenauer-Regierung war ihr Antrittsbesuch bei den 3 westlichen Hochkommissaren, die auf dem Petersberg bei Bonn residierten. Hier wurde der Besatzerstatut unterzeichnet. Die Besatzer selber hatten nie verschwiegen, dass sie sich letztlich alle Rechte des Eingreifens in deutsche Angelegenheiten vorbehielten. So bekräftigte Francois-Poncet, der französische Hohe Kommissar es so: "Wenn das deutsche Volk sich allerdings nicht in dem von den Alliierten erhofften Sinne entwickelt (...), dann würden die Hohen Kommissare von ihren im Besatzungsstatut niedergelegten Richtlinien Gebrauch machen."

So also trat die Bundesrepublik ein in die Weltgeschichte: Produkt imperialistischer Spaltungspolitik, unfrei und revanchistisch.

## Separatverfassung ohne demokratische Legitimation

Peter H. Merkl, Professor für politische Wissenschaften an der University of California (USA), formulierte in seinem 1965 in Stuttgart erschienen Buch "Die Entstehung der Bundesrepublik Deutschland": "Die Ratsmitglieder sahen ihren Auftrag darin, eine konstitutionelle Demokratie ohne Beteiligung der Massen – **nötigenfalls auch gegen deren Willen** – zu errichten und aufrechtzuerhalten."

Am 12. Mai 1949 ließ der Parlamentarische Rat das Grundgesetz von den westlichen Militärgouverneuren genehmigen. Nach Ratifizierung durch die westdeutschen Landtage (außer Bayerns) – nicht etwa durch das Volk – wurde das Bonner GG am 23. Mai 1949 verkündet; bei der Unterzeichnungszeremonie hatte der kommunistische Abgeordnete Renner ausgerufen: "Ich unterschreibe nicht die Spaltung Deutschlands", und sein Genosse Reimann lehnte gleichfalls ab. Ein durchaus wohlwollender Beobachter kommentierte: "Selten ist wohl die Geburt eines Staates mit so geringer Anteilnahme der Bevölkerung vor sich gegangen." (Lahr, Zeuge von Fall und Aufstieg, Hamburg 1981)

Anders im Osten: Die Ostberliner Verfassung wurde nach einer Volksabstimmung mit 66,1% Ja-Stimmen am 30. Mai 1949 ratifiziert, nachdem 58,1% der Sowjetzonen-Wähler am 15. Mai 1949 die Zusammensetzung des Volksrates nachträglich gebilligt hatten.

Carlo Schmidt (SPD) – ansonsten ein Befürworter des Separatkurses – über das GG: "Die erste Einschätzung ist, dass uns für das GG bestimmte Inhalte auferlegt worden sind; weiter, dass wir das GG (...) den Besatzungsmächten zur Genehmigung vorlegen müssen. (...) Eine Verfassung, die ein anderer zu genehmigen hat, ist ein Stück Politik des Genehmigungsberechtigten, aber kein reiner Ausfluss der Volkssouveränität des Genehmigungspflichtigen. (...) Die Besatzungsmächte haben sich das Recht vorbehalten, im Falle von Notständen die Fülle der Gewalt wieder an sich zu nehmen. Die Autonomie, die uns gewährt ist, soll also eine Autonomie auf Widerruf sein (...) Die eigentliche Verfassung, die wir haben, ist auch heute noch das geschriebene oder ungeschriebene Besatzerstatut."

Dieser Abhängigkeit gesellte sich ein Tatbestand hinzu, den die "TIMES" so beschrieb: "Die Besatzungsmächte haben wenig getan, um die Grundlagen des Gesellschaftsaufbaus in Westdeutschland zu ändern oder die herrschenden Gruppen ernstlich zu schwächen, die Hitler erst begrüßten, dann ihm dienten und sich erst im letzten Moment gegen ihn wandten. Kohle und Stahl sind nicht verstaatlicht worden, der Beamtenstand und die Verwaltung blieben in vielen Fällen unverändert."

Die Spaltungspolitik war nur durchführbar im Zusammenhang mit der zunächst niedergeschlagenen, unter die Fittiche der Dollar-, Pfund- und Franc-Barone jedoch sich wieder aufrappelnden deutschen Bourgeoisie. Das Hauptanliegen der deutschen Imperialisten und Junker war es, die Westzonen gegen die sich in Osteuropa vollziehende antifaschistische Umwälzung abzusichern, um so auf dem noch verbliebenen Raum im Bündnis mit den USA ihre Macht erhalten bzw. wieder aufrichten zu können.

Die Geschichte der Spaltung wäre nicht vollständig, wenn man die gleichzeitige Einbeziehung Westdeutschlands in die Militärstrategie der Westmächte außer acht ließe. Mit der Gründung des Separatstaates BRD war den Militaristen in ihren kriegerischen Bestrebungen weitgehend freie Hand gegeben.

## Wie konnte es geschehen?

Wie aber dachte die grosse Masse der Bevölkerung? Es kann gar keinen Zweifel über die Tatsache geben: dass sie für die Einheit Deutschlands war. Wie kam es aber trotzdem zur Spaltung? Gehen wir von einem Ereignis am 3. April 1947 aus. An diesem Tag streikten 334.000 Bergarbeiter fast aller Schachanlagen des Ruhrgebiets für die Entmachtung der Konzernherren, für sozialen Fortschritt und Demokratie – gegen die Drohungen der Besatzermacht, gegen die Linie der Gewerkschaftsführer, gegen die SPD-Führung. Auf Demonstrationen wurden Plakate getragen mit den Losungen “Hinweg mit den Organisatoren des Hungers”, “Durchführung der Bodenreform”, “Enteignung der Großgrundbesitzer”. Ein Jahr später begann der Marschallplan für die Westzonen wirksam zu werden. Dieses “Hilfsprogramm zur Unterstützung notleidender Völker” war einmal dazu da, amerikanische Waren loszuwerden. Aber der Monopolist lebt nicht vom Brot (Profit) allein. Er lebt auch von der Volksvergiftung. Wie aber sollte man mit einer antikommunistischen Kampagne Erfolg haben, wie eine ideologische Basis für die Spaltung legen, wenn die Menschen hungern, Millionen arbeitslos sind und die Schuld dafür bei den Besatzungsmächten suchen? Dazu brauchte man den Marschallplan. (Faktor der psychologischen Kriegsführung) Die Ernährung besserte sich, die Produktion stieg, die Verhältnisse begannen sich zu “normalisieren”. Und – die Schaufenster sahen jetzt nicht nur besser als im Osten aus, es fielen auch Brocken aus den Schaufenstern in den Einkaufskorb des kleinen Mittelstandes und gelernten Arbeiters. Und alles, wie es schien, auf Grund des Marschallplans. “Vielleicht ist der Weg über den Weststaat zur Einheit gar nicht so falsch – wenn man bedenkt, was man Schreckliches über die Ostzone hört?” – denken viele nicht nur, sondern sie denken es auch gerne, weil es so auch viel bequemer ist. Man braucht keinen Widerstand zu leisten, keinen großen Kampf führen, kein Parteiführer der CDU/CSU oder der SPD verlangt so etwas. Viel bequemer ist es so als in der Ostzone, wo tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzungen stattfinden, wo von Verantwortung, von aktiver Verantwortung und Aufbau aus eigener Kraft die Rede ist, wo eine ständige Weiterbildung und Qualifizierung des Bewusstseins stattfindet. Zuviel davon, wie so viele meinen. Wirklich, es ist geistig, bewußtseinsmäßig viel schwerer, in der Ostzone zu leben, es wird viel mehr von einem verlangt, und das Essen ist nicht so wie im Westen; die Kleidung übrigens auch nicht. Und die Westpresse ist viel leichter zu lesen. Das Radio ist amüsanter... Das sind nur einige der Gedanken, die die Menschen im Westen hatten. Verständliche, aber keine klugen Gedanken.

Es gab 1945 zwar einen Bruch. Aber doch auch eine gewisse Kontinuität, weil es keine entscheidende Wendung gab, wie im Osten. Zwei Beispiele: Noch 1945 wurden in der “Ostzone” praktisch alle Schullehrer der Hitlerzeit entlassen, im Westen wurden sie praktisch übernommen. 1946 wurden im Osten alle Kriegsverbrecher, d.h. auch alle Konzernherren dort enteignet, im Westen bestenfalls zeitweilig aus der Wirtschaft entlassen und dann wieder eingesetzt. Wieder die verfluchte Kontinuität.

## **Eindrucksvolles Bekenntnis zur antifaschistischen Demokratie: Die Gründung der DDR**

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 lässt sich nur im Zusammenhang mit der gesamtdeutschen Entwicklung verstehen. Die Entwicklung im Osten wurde von der demokratischen und antifaschistischen Umgestaltung bestimmt. Eine entscheidende Rolle spielte die Volkskongressbewegung, die eine gesamtdeutsche Bewegung war und für die Einheit Deutschlands auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse eintrat. Während im Westen das Hauptdokument der deutschen Spaltung, das westdeutsche Grundgesetz, ausgearbeitet wurde, organisierten die in der Volkskongressbewegung vereinten demokratischen Kräfte eine große Volksdiskussion über die verfassungsrechtliche Gestaltung der künftigen demokratischen Republik. Grundlage bildete der Verfassungsentwurf. Der Entwurf wurde in über 9000 Versammlungen in OST und WEST beraten. 15.000 Resolutionen und 503 Abänderungsvorschläge gingen dem Deutschen Volksrat zu. In einem "Manifest an das deutsche Volk" wurde dazu aufgerufen: Für ein einiges, unabhängiges, demokratisches Deutschland einzutreten, ein Friedensvertrag abzuschließen und die Besatzer abzuziehen.

In den Westzonen war eine freie Willensäußerung nicht möglich gewesen. Wahlen zum Volkskongress von den dortigen Besatzungsmächten nicht gestattet worden. Es gelang der Volkskongressbewegung jedoch nicht die Spaltung zu verhindern. Nach der Gründung des Spalterstaates BRD wurde die DDR gegründet. Das auf dem 3. Volkskongress vorgelegte Dokument wurde als Verfassung der DDR erklärt. Otto Grotewohl wurde mit der Regierungsbildung beauftragt. Wilhelm Pieck wurde zum ersten Präsidenten des ersten Arbeiter-und-Bauern-Staates

# WIRTSCHAFTSZEITUNG

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

4. Jahrgang / Nr. 221

Berlin, Mittwoch, 21. September 1949

Ausgabe B / Einzelpreis 15 Pf.

## Die Antrittsrede eines Provokateurs

Nachdem Mc Cloy am 12. September seinen Kolonialpräsidenten Heuß und wenig Tage später seinen von ihm nicht minder gut erzogenen Kolonialpremier Adenauer bestellthäftig, schob er Restern seine übrigen Marionetten auf die Bühne des „Hohen Hauses“ zu Bonn. In alte Routinen, die in der 26. Kolonie fortan seine Befehle auszuführen haben und sich dafür Minister nennen dürfen.

Dr. Adenauer oblag nun die Aufgabe, in seiner „Regierungserklärung“ die bereits vorliegenden und noch zu erwartenden Order aus dem Kabinett des Oberkommissars der USA in die deutsche Sprache zu kleiden. Mc Cloy wird mit seinem Schützling zufrieden sein. Adenauer hat sich redlich abgemüht, das Versteckspiel ihm das amerikanische Großkapital entgegenbringt, zu rechtfertigen.

Gestern wurde gleichzeitig auch das Besatzungsstatut in Kraft gesetzt. Adenauer hat damit von vornherein auf die deutsche Einheit und einen Friedensvertrag mit der Westmacht auf mit der unbefristeten militärischen Besetzung Westdeutschlands einverstanden erklärt. Es nimmt daher nicht wunder, wenn Adenauer in seiner einhundertfünfundigsten Rede mit keinem Wort auf die nationalen Belange der Deutschen eingegangen ist. Er hat, was ganz natürlich ist, die koloniale Unterordnung der westdeutschen Bevölkerung unter den Willen der Okkupanten als einen Schritt nach vorn gefeiert.

Kann man von einem Politiker, der die nationalen Interessen seines Volkes derart mit Füßen tritt, eine verantwortungsbewußte und soziale Regierungserklärung erwarten? Nichts. Das Besatzungsstatut ist in seiner Gesamtheit ein einziger Fessel für die festgefahrene politische Initiative. Es läßt aber denen, die sich unter sein Joch begeben, noch genügend Bewegungsfreiheit für soziale und volksfeindliche Tätigkeit. Diese Möglichkeiten gedenkt nun Adenauer voll auszunutzen. Schon nach den Wahlen am 14. August abzulegen war, seine Antrittsrede hat es bestätigt, daß im Gebiet der öffentlichen Lebens in Westdeutschland wird sich die reaktionäre Rechte noch zuhause fühlen. Die Bewegung der Alle Freiheiten dem Unternehmern, war Adenauers Devise auf wirtschaftlichem Gebiet. Welche Unternehmung im Auge hat, zeigt seine inständige Bitte an das amerikanische Großkapital, möglichst schnell und unumwunden in Deutschland zu investieren, das heißt möglichst vollständig die westdeutsche Wirtschaft an sich zu reißen. Später angelaut hat Adenauer die Tore seines Kolonialstaates für den Import der amerikanischen Krise für Arbeitslosigkeit und neue Teuerung geöffnet. Die Westmark müsse dem steigenden Preis folgen. Kompletter wird werden, erklärte er. Es liegt auf der Hand, wer unter den „sozialen Ungerechtigkeiten“ die Adenauer als Folge dieser Abwertung voraussagt, zu leiden hat. Daß der wachsende Preis im Gebiet der Adenauer als Folge dieser Abwertung voraussagt, zu leiden hat. Daß der wachsende Preis im Gebiet der Adenauer als Folge dieser Abwertung voraussagt, zu leiden hat.

Auf politischem Gebiet brach Adenauer ein neues Kapitel für die nazistische Untergrundbewegung in Westdeutschland. Die Unterscheidung zwischen „politischer Einwandfreiheit und Nichteinwandfreiheit“ müsse endlich aufhören, forderte er. Den Antisemitismus und Militarismus verabschiedete er zu bagatelisieren, den abgeklärtesten Kommunisten versprach er Pensionen. Der Abgeordnete der hierbei den Zwischenruf machte: „Sie denken wohl an Ihre künftige Armee“, hat ins Schwarze getroffen.

Es läßt sich in der ganzen „Regierungserklärung“ buchstäblich kein Gebiet finden, auf dem Adenauer die Reaktion nicht die Zügel überlassen wollte. Seinen hemmungslosen Ausfällen gegen alles Soziale und Fortschrittliche im Innern entsprachen seine Bemerkungen über unsere Nachbarvölker im Osten. Obwohl dieser Mussolin-Vertreter laut Besatzungsstatut auf außenpolitischem Gebiet auf gut deutsch gesagt das Maul zu halten hat, versuchte er auch hier, nach hündischen Ergebnissbeteuerungen an die Adresse der USA, ließ er seinem Haß gegen Volkspolen und die Sowjetunion hemmungslos Lauf. Das Saargebiet schrieb er mit einer Handbewegung ab, für die Gebiete jenseits von Oder und Neiße will er aber einen neuen Kreuzzug organisieren. Es paßt so recht zu dieser Neuaufgabe der Volkerverhetzung, wenn Adenauer für dieses Unternehmen den Kriegsgötter Churchill als „Bundesgenossen“ in Anspruch nimmt.

Aus dem Munde Adenauers sprachen gestern unverhüllt dieselben Leute, die uns während einer Generation zwei Weltkriege beschert haben. Was sich der Landesfeind in Bonn geleistet hat, ist eine einzige Provokation. Nicht nur den deutschen Volk, sondern aller Pariser Friedensauschüßer, Provokateure aber muß man das Handwerk legen.

## Adenauer in Hitlers Fußstapfen

Bonner Kolonialregierung verkündet das amerikanische Programm der erneuten Faschisierung Westdeutschlands / Offene Provokation an die Adresse Polens und der Sowjetunion

Bonn (DPA/Eig. Ber.) In Bonn versammelte sich am Dienstag nachmittag der sogenannte Bundestag, um die angekündigte Erklärung der westdeutschen Regierung entgegenzunehmen. Die mehrstündige Sitzung, die um 2 Uhr eröffnet wurde, verlief stürmisch. Mehrfach wurde Adenauer, der das „Regierungsprogramm“ verkündete, mit Zwischenrufen überschüttet und zeitweise durch die entstehenden Tumulte am Reden gehindert.

Adenauer genierte sich nicht, seine Rede mit der Feststellung zu beginnen: „Mit der Konstituierung der Bundesregierung, die am heutigen Tag erfolgt ist, ist auch das Besatzungsstatut in Kraft getreten.“ Er fand kein einziges Wort gegen das Besatzungsstatut und stellte nicht einmal die Frage der Be-

endigung der Besetzung. Dafür verkündete er, daß es in Westdeutschland eine Planwirtschaft geben werde, sondern die „soziale Marktwirtschaft“, womit er die Herrschaft der Monopole umschrieb. Der sozialdemokratischen „Opposition“ bestätigte er die Rolle als konsigstreue Opposition, indem er fest-

stellte, sie habe innerhalb der westdeutschen Kolonie eine „staatspolitische Aufgabe zu erfüllen“. Da Adenauer keinerlei Maßnahmen ankündigte, konnte, die die bisherige Notlage der breiten Massen und die durch die Abwertung noch bevorstehende Verschärfung der Notlage

bekämpfen, beschränkte er sich auf die Bemerkung, die Regierung werde um „Linderung der Not bemüht sein“. Er widerlegte diese Worte sofort durch die Feststellung, die Abwertung der Westmark als Folge der Pfundabwertung sei unvermeidlich. Entgegen den Tatsachen versuchte er darüber hinwegzulauschen, daß er von der bevorstehenden Abwertung des Pfundes und der Westmark unterrichtet war und nicht daran dachte, im Interesse der Bevölkerung Schritte dagegen zu unternehmen. Er schob die Schuld der westdeutschen Arbeiterklasse und beschränkte sich darauf, sie zu „bedauern“.

Ebenso kläglich waren seine Ausführungen über die Demontage. Sie seien eine „Frage von großer psychologischer Bedeutung“, war alles, was er dazu zu sagen wußte. Um so deutlicher nahm er die früheren Militaristen und Nazifaschisten in Schutz und erging sich gegen die politischen Massen und ihre Vertreter in Ausfällen, wie sie von Göring und Goebbels her bekannt sind.

Am deutlichsten aber entlarvte er die ihm von der Wall Street zugetragenen Aufgabe, die offenen Provokationen gegen die Sowjetunion und gegen Polen. „Fragen Sie Hitler“, schaltete er durch, „wenn Sie die verlogene Bemerkung machte, er wisse nicht, wo einhalb bis zwei Millionen bei Erstbesetzung der Oder-Neiße-Gebiete her bekannt sind.“

Adenauer schloß seine Rede mit der für Deutschland mörderischen, aber von den amerikanischen Auftraggebern gewünschten Wiederholung des Artikels 24 der Bonner Verfassung in der westdeutschen Kolonialregierung von vornherein ihr ausdrückliches Einverständnis erklärt, in jetzt beliebiger Kriegskombination angefragt einbezogen zu werden.

„Schwere Hypothek“ Bonn (DPA). Der „Bundesfinanzminister“ werde bei seinem Amtsantritt eine schwere Hypothek übernehmen, denn der Bundeshaushalt 1949 werde ein Defizit von 250 Millionen DM-Mark auf, erklärte der Generalsekretär der CSU Bayern, Strauß, am Dienstag in Bonn vor Pressevertretern. Das tägliche Defizit der Bundesbank betrage über eine Million Mark.

## Währungsplan im Marshallplan-Lager

USA noch nicht befriedigt / Bevlu sprachlos / Arbeiterklasse rüstet zur Abwehr

Berlin (ADN/TASS/DPA/Eig. Ber.). Die Nachricht von der Abwertung habe im marshallisierten Europa zu einer Finanzpanik geführt, heißt es in einem Kommentar des Moskauer Rundfunks zu den Vorgängen in Westeuropa. Die Arbeiter in Großbritannien, Frankreich und den anderen Marshall-Plan-Ländern sollen jetzt mehr arbeiten und weniger verdienen. Die Rüstungen Tumulte, die die Nachrichten nach Deutschland, die die Abwertung und die Verwandlung Westeuropas in eine USA-Kolonie, das sind die wirkliche Bedeutung der Maßnahmen, die Wall Street befohlen hat.

Tatsächlich hat auf sämtlichen Börsen des englischen Imperiums eine Flucht in die Goldwerte eingesetzt. Das Publikum kaufte in London zum Beispiel wahllos Aktien der Unternehmen, die auch nur den entferntesten Zusammenhang mit der Goldproduktion haben. An der Johannesburg-Börse kam es zu regelrechten Tumulten, die die Abwertung der Goldaktien, die sprunghaft um 50 Prozent in die Höhe schwellten, nur zu einem Zehntel befriedigt werden konnten.

Vergrößert wurde die Panik noch durch eine offizielle Erklärung des britischen Regierung, die am Montag vom Presseschef des Ministeriums, Mac Dermott, veröffentlicht wurde. Es heißt dort, die Abwertung des Pfund Sterling allein genüge nicht und bestehe keine Abhilfe zur Beseitigung der grundlegenden Handelschwierigkeiten. In informierten Kreisen betrachtet man dies als eine amerikanische Ankündigung neuer rigoroser Forderungen

gegen die Marshall-Plan-Staaten. Amerikanische Kreise in Paris bezweifelten den Beschluß der französischen Regierung, die „Neubewertung“ des Franc durchzuführen, als den Besiegten Wirtschaftskatastrophen zwischen den beiden Ländern um Westeuropa. Bezeichnung ist auch, daß die Abwertung der britischen Pfund abwertung befragt, erklärte, daß er „kein Wort mehr herausbringen“ werde. Der sozialdemokratische Führer in den südafrikanischen Goldminen beschäftigten Arbeiter erklärte am Montag, daß es infolge der Pfundabwertung und des erhöhten Goldpreises für die Unternehmer keinen Grund mehr gebe, sich der Forderung nach einer allgemeinen Erhöhung der Löhne für Grubenarbeiter um 30 Prozent zu widersetzen.

In der sozialistischen Zeitung „Avant“ vertritt der Generalsekretär des italienischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, Santi, die Ansicht, eine Abwertung der Lira werde solche Maßnahmen der italienischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes bedin-

gen, um den Lebensstandard der Werktätigen zu stützen. Den einzigen Ausweg aus der wirtschaftlichen Katastrophe im Marshall-Plan-Länder weist die polnische Zeitung „Zycie Warszawy“ auf, die feststellt, daß die britische Regierung selbstverständlich auch einen anderen Weg hätte einschlagen können. Sie hätten die Produktion der Arbeiter der Volksdemokratien vergrößern können, aber dies hätte die Aufgabe der antikolonialistischen Bevlu-Churchill-Politik bedeutet.

Geharnischter Handelskampf Paris (ADN). Der mit der Abwertung des Pfund Sterling eingeschlagene Weg werde vom Einsetzen eines Handelskampfes zwischen den USA und den internationalen Märkte der anderen Länder „in den Harnisch bringen wird“, erklärte der französische Finanzminister Pétche der Pariser Zeitung „Le Monde“.

Gemeinsame Aktion gefordert London (ADN). Die Kommunistische Partei Großbritanniens hat einen allgemeinen Feldzug zur Durchsetzung von Löhnerhöhungen für die britischen Arbeiter und die Arbeiter der reicheren Vertreter der KP drängen in den Industriebetrieben des Landes auf eine gemeinsame Aktion der britischen Arbeiter, der „Daily Worker“ kündigte 40 verschiedene Versammlungen an, in denen gegen die Pfundabwertung protestiert und Lohn-erhöhungen gefordert werden sollen, um die Auswirkungen des konfirmierenden Niederganges durch Hebung der Kaufkraft der Arbeiter abzuwehren.

## Kette der Beweise schließt sich

USA-Spion Allan Dulles wollte die Volksdemokratien stützen

Budapest (ADN). Im Budapest Hochverratsprozeß gegen den ehemaligen ungarischen Außenminister Rajk hat seine letzte Kompletur beendet am Dienstag die Vernehmung der insgesamt 17 Zeugen der Anklage. Der Schwager Rajks, Dr. Bokor, ein ehemaliger Hauptmann in der politischen Polizei, erklärte, daß sich Rajk bereits im Jahre 1931 bereit erklärt hat, als Polizeispitzel zu arbeiten, um einer kleinen Gefängnisstrafe zu entgehen. Der ehemalige Richter Janossy, daß Rajk vor einem Militärgericht den lückenlosen Beweis für seine bisher im Dienste der Horby-Polizei geleisteten Spiondienste erbracht habe, was seine Freilassung zur Folge hatte.

Die Herstellung der Verbindung Rajks mit dem USA-Geheimdienst wurde durch den Berufsspion Stolle nachgewiesen. Verschiedene Beamte des Innenministeriums erbrachten Beweise über die Verbindungen Rajks zum jugoslawischen Spiongedient.

Der ehemalige Chef des Stabes des ungarischen Grenzschutzes und späterer ungarischer Militärattaché in Moskau, Nemeth, belastete den Angeklagten Brankov, dem er auf Anordnung seines Vorgesetzten Palty Anton, Nemeth, belastete den Angeklagten über den ungarischen Grenzschutz gemacht hat. Als Militärattaché in Moskau habe er auf Anweisung Brankovs Spionage für den jugoslawischen Geheimdienst geleistet. Die von ihm erlangten Auskünfte habe er dem jugoslawischen Botschafter in Moskau, Mrazovic, übergeben.

Der ehemalige jugoslawische Presseattaché in Budapest, Boarov, der beschuldigt wird, den Leiter der Organisation der Jugoslawen in Ungarn, Moic, ermordet zu haben, weil dieser nach der Veröffentlichung der Resolutions des Informationsbüros gedroht hatte, die ungarfeindliche Tätigkeit der jugoslawischen Gesundheitsanzeigen, wurde als nächster Zeuge vernommen.

## Französische Regierung gegen Frieden

Paris (ADN). Die zum internationalen Friedenstag am 2. Oktober auf dem Marsfeld in Paris geplante feierliche Friedenskundgebung ist von der französischen Regierung verboten worden. Der Pariser Friedensauschüßer erklärt, daß er auf dem Recht zur Durchführung dieser Kundgebung bestehe.

## Festigt die Freundschaft zwischen den Menschen

Festerstunde zu Ehren des 80. Geburtstages von Marcel Cachin / Vereint für Freiheit und Frieden

Berlin (Eig. Ber.). Unter starker Beteiligung der Berliner Bevölkerung fand am Dienstagabend in der Kaiseroper Berlin zu Ehren des 80. Geburtstages von Marcel Cachin, dem Direktor der „Humanität“, eine Festerstunde statt. An der Gedenkstunde, die von Darbietungen des Gemischten Chors der Staatsoper und der Staatskapelle würdevoll wurde, nahmen auch der große dänische Dichter Martin Andersen Nexé und der Berliner Vertreter der „Humanität“ André Simons teil.

Anton Ackermann erklärte in seiner Ansprache: „Wir handeln im Geiste Marcel Cachins, wenn wir unsere schlichte Festerstunde zu seinem 80. Geburtstag als eine Manifestation der schärfsten Kampfansage an die antisowjetischen Hetzer und imperialistischen Kriegstreiber, als eine Manifestation der Verbundenheit mit den Sowjetvölkern durchführen.“ Ackermann grüßte den französischen Arbeiterführer zu seinem 80. Geburtstag und fuhr fort: „Uns Sozialisten in Deutschland schlägt das Herz höher in dem Bewußtsein, mit dabei sein zu können und zu dieser großen, erdumspannenden Familie des Kampfes um Frieden, Freiheit und Sozialismus zu gehören. Marcel Cachin Leben ist ein Ruhmesblatt der Geschichte des französischen Proletariats vom Jahre 1881 bis zum heutigen Tag. Sein Name ist eng verbunden mit den großen Kämpfen für die Einheit der Arbeiter-

## UN-Vollversammlung eröffnet

Amerikanische Abstimmungsmaschine läuft bei Besetzung der Funktionen

New York (ADN/DPA). Die vierte Sitzungsperiode der Vollversammlung der Organisation der Vereinten Nationen ist am Dienstag von dem amerikanischen Außenminister Acheson eröffnet worden. In gemeinsamer Wahl wurde der philippinische Außenminister General Romulo, mit 53 gegen 5 Stimmen, die für den tschechoslowakischen Außenminister Clementis abgegeben wurden, gewählt. Nach der Wahl des Präsidenten nahm die Vollversammlung sofort die Wahl der Vorsitzenden für die einzelnen Hauptausschüsse vor. Unter dem Druck der amerikanischen Delegierten wurden mit Ausnahme des polnischen Delegierten, Dr. Lachs, als Vor-

sitzender des Rechtsausschusses nur Vertreter westlicher Mächte auf diese Posten berufen.

In seiner Antrittsrede sprach der neu gewählte Präsident der UN-Vollversammlung, Carlos Romulo, die Hoffnung aus, daß sich die vierte Sitzungsperiode den Namen „Friedensversammlung“ verdienen möge. Die Gefahr eines neuen Weltkrieges sei seit der letzten Sitzung vor vier Jahren wesentlich geringer geworden.

Vizepräsidenten der UN-Vollversammlung werden außer den fünf Großmächten Vertreter von Brasilien und Pakistan sein.

## Marcel Cachin stand auch im Kampf gegen die faschistische Barbarei in vorderster Reihe und erwies sich in der Stunde der größten Not als treuester Sohn seines Volkes.

Anton Ackermann schloß mit den Worten: „Ein einheitliches, unabhängiges, demokratisches Deutschland wird ein Faktor der Sicherung des Friedens sein, und wir freuen uns ganz besonders, daß auch die kommunistische Partei und die Arbeiterklasse Frankreichs mit uns gegen die Spaltung Deutschlands auftritt, in der richtigen Erkenntnis, daß dadurch Frieden und Sicherheit auch des französischen Volkes bedroht sind. So ist die Basis für eine neue echte Freundschaft des deutschen Volkes mit dem französischen Volk geschaffen. Wir bekennen uns zu einer Politik, die sich an die Freundschaft unserer beiden Völker und an die Freundschaft der Sowjetunion anlehnt.“

Darauf ergriß André Simons, der Vertreter der „Humanität“, das Wort und erklärte: „Wir sind glücklich darüber, daß das Gedenken an Marcel Cachin uns heute abend erlauben wird, die Freundschaft zwischen Friedliebenden in Deutschland mit den (Fortsetzung auf Seite 2)“

# Aus der DDR darf nichts werden, sonst steht die Existenz des Kapitalismus auf dem Spiel

Von Adenauer stammen die Worte: Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb.

Daran hielten sich dann auch die Politiker im Westen, sie spalteten Deutschland. Zuerst wurde eine separate Währung eingeführt. Dann wurde der Spalterstaat BRD ins Leben gerufen. Hinter verschlossenen Türen ein so genanntes Grundgesetz erlassen. Ursache war die Furcht der Herrschenden aus Industrie, Banken und Militär das es mit ihrer Gesellschaft zu Ende geht.

Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 entstand erstmals auf deutschen Boden ein Staat der sich auf einer sozialistischen Bahn entwickeln wollte. Der Ausbeutergesellschaft sollte der Garaus gemacht werden.

Hinter der Fratze der bürgerlichen Demokratie

"Die erhebliche Bevorzugung der Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik mit raschen Aufstiegsmöglichkeiten in betrieblichen, kommunalen und politischen Berufen verfehlt - wie die Wanderung von West nach Ost beweist - ihre Wirkung nicht," schrieb der "Rheinische Merkur" am 27. Juli 1951.

Verzweifelt suchten die westdeutsche Regierung, ihre Parteiführer und Zeitungen nach Mitteln und Wege, um die Jugend, die ihnen nicht entglitten ist, weil sie nie ihrer habhaft werden konnte, an sich zu ketten. "Bei uns stehen die ältesten Jahrgänge dem Staat am nächsten und die jüngsten am fernsten", so das "Hamburger Abendblatt" (5.8.1951)

Was war das für ein Staat, der die Jugend anzog?

Es war die DDR. Ein Staat, der Lehren aus der Vergangenheit gezogen hat. Eine Ordnung, die den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital aufheben will und die daraus resultierenden Widersprüche, wie Krisen und Krieg.

Zweimal stürzten die Herrschenden das Volk in einen Weltkrieg. Für die Krupps, Thyssen, Siemens und die Banken, für deren Profit wollte die Jugend Westdeutschlands nicht noch einmal sterben. Die Restauration der alten Gesellschaft im Westen bot der Jugend keine Perspektive. Am 1. Juli 1951 schrieb die Stuttgarter "Deutsche Zeitung & Wirtschaftszeitung": "Der westdeutschen Jugend stehen die Gefängnisse offen, aber die Zukunft ist ihnen verschlossen". Des Weiteren: "700 000 Jugendliche in Westdeutschland arbeitslos!"

Und so kam es dazu, dass Anfang der Fünfziger Jahre überwiegend Jugendliche von West nach Ost übersiedelten.

Wie sehr die Anziehungskraft der jungen DDR war zeigten die Ereignisse zum Deutschlandtreffen der Jugend 1950:

"In der Nacht zum 31. Mai überschritten mehr als 6000 westdeutsche junge Friedenskämpfer, die am Treffen in Berlin teilgenommen hatten, auf dem Rückweg in ihre Heimatorte die Zonengrenze in der Gegend von Lübeck-Herrenburg. Auf der westdeutschen Seite der Zonengrenze stießen die

Jugendlichen auf eine Sperrkette, bestehend aus Stacheldraht und Fallgruben, die mit der gesamten Kasernierten Polizei Nordwestdeutschlands (...) und mit hunderten Polizeihunden besetzt waren. Die Jugendlichen sollten in ein Konzentrationslager eingeliefert werden, um dort festgehalten und registriert zu werden. Unter einmütigem Protest lehnten alle Jugendlichen dies ab (...) Die Polizei ging mit außerordentlicher Rohheit gegen die Jugendlichen vor, Zollbeamte schlugen mit Karabiner auf die Friedenskämpfer ein."

Einen Tag später kapitulierte Adenauers Polizei: 10.000 Westdeutsche Jungen und Mädels erzwangen den Einmarsch: "Unter dem Gesang des Liedes `Dem Morgenrot entgegen` zogen sie in Lübeck ein. Die Hochrufe auf die DDR, auf ihren Präsidenten Wilhelm Pieck wollten kein Ende nehmen." (Zitiert nach dem "Neuen Deutschland", einer SED-Zeitung, die lange Jahre in Westdeutschland verboten war)

Für die Herrschenden stand ihre Existenz auf dem Spiel. Mit allen Mitteln musste dieser Staat DDR liquidiert werden. Allein mit legalen Mitteln konnte das nicht geschehen. Mittels Geheimdienst, Zersetzung, Propaganda und Terror sollte dies geschehen.

Eine der vielen Terrorgruppen: Die „Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit- KGU“

Von Anbeginn spielte Berlin eine besondere Rolle im Kampf gegen die DDR. "Es geht um die Zurückdrängung eines Systems, das Deutschland und Europa gefährdet. Für die Zurückdrängung dieses Systems ist Berlin in diesem geschichtlichen Augenblick der Angelpunkt geworden", so Jakob Kaiser (CDU) am 28. August 1949 und Ernst Reuter (SPD) sprach davon "unsere Landsleute im Osten endgültig zu befreien" (RIAS, 5.5.49)

Westberlin wurde zum "vorgeschobenen Brückenkopf", in dem sich vielerlei lichtscheues Gesindel sammelte und unter direkter Anleitung und Unterstützung der Westmächte und ihrer Geheimdienste sich zu Agenten-, Spionage- und Terrororganisationen zusammenschlossen.

Um das "Gesicht zu wahren" tarnten sich diese Untergrundorganisationen mit "humanitären Aufgaben".

So richtete Anfang des Jahres 1948 ein Mann namens Rainer Hildebrandt, ehemaliger SS-Sturmabführer, in seiner Wohnung einen "Suchdienst" ein und entwickelte dabei einen umfangreichen Schriftverkehr.

Wen wollte dieser selbsternannte "Doktor" eigentlich suchen? Jedenfalls niemand der im Chaos der letzten Kriegsmonate von seinen Angehörigen getrennt wurde.

Der "Suchdienst" Hildebrandts hatte die Aufgabe, Voraussetzungen für den Aufbau einer Agentenzentrale zu schaffen. In einer KGU-Broschüre von 1952 heißt es unumwunden über die Suchziele der KGU: "Aus den Kreisen dieser Entlassenen (gemeint sind die von der sowjetischen Besatzungsbehörde entlassenen ehemals aktiven Faschisten) kamen die ersten Mitarbeiter der KGU".

Ende 1948 wurde offiziell der Verein "Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit e.V." gegründet, als eine "humanitäre Einrichtung".

Recht schnell begann der KGU seine Arbeit. Er erhielt seine Aufträge von den Alliierten Geheimdiensten. Eine Hauptaufgabe des KGU war es die DDR mit einem Spionagenetz zu überziehen. Unter "Flüchtlingen" warb der KGU nicht nur Jugendliche zur Agentenarbeit, sondern er verschleppte

auch Jugendliche. Um den Aufbau in der DDR zu stören und die volkseigenen Betriebe an der Planerfüllung zu hindern, wurde systematisch versucht Angehörige der Intelligenz und Facharbeiter in den Westen abzuwerben. Hierbei ging man auch zu individuellen Terror über.

Gleichzeitig ging man dazu über Sabotage zu betreiben. Es wurden Sprengstoffanschläge auf Eisenbahnbrücken, Werkanlagen, Kanalschleusen und auf das Energienetz organisiert. Das "chemisch-technische Laboratorium" der KGU hatte nicht nur Fälschungen vorzunehmen und Sprengmittel, Brandbomben und Thermitsätze zu produzieren, sondern auch Gift herzustellen. Ein Überläufer berichtet auf einer Pressekonferenz am 20. Oktober 1955 in Berlin: "Mitte 1952 entwarf Baitz den verbrecherischen Plan, leitende Personen des öffentlichen Lebens, bekannte Persönlichkeiten und Regierungsmitglieder der DDR durch Gift zu beseitigen. Zu diesem Zweck ließ er im Labor ein Kontaktgift herstellen. Dieses Gift hat die Eigenschaft, bereits durch das Berühren mit den Fingerspitzen gesundheitliche Störungen hervorzurufen, die sich steigern und durch Beschädigung des Rückenmarks zu Bewusstseinsstörungen und schließlich zum Tode führen. Zur Anwendung dieses Giftes waren bereits alle Vorkehrungen getroffen worden. Mit diesem Kontaktgift versehene Schreiben, Bittgesuche und Eingaben lagen bereit, um an führende Personen des öffentlichen Lebens und an Regierungsmitglieder verschickt zu werden."

Am 23. Oktober 1952 veröffentlichte der Westberliner "Tagesspiegel" einen Artikel von Ernst Tillich, Nachfolger Hildebrandts: "Wir müssen heute den Mut aufbringen, uns einzugestehen, dass sich in dem gegenwärtigen Stadium kommunistischer Machtkonsolidierung die Sowjetzone nicht aus eigener Kraft befreien kann." Knapp ein Jahr später benutzte auch Adenauer diesen Begriff. Am 7. September 1953 erklärte er: "Unser Ziel ist die Befreiung unserer 18 Millionen Brüder und Schwestern in den Ostgebieten. Bis jetzt hat man immer von der Wiedervereinigung Deutschlands gesprochen. Wir sollten aber lieber sagen: Befreiung."

Was diese "Befreiung" bedeutete, hat der Vizepräsident des Bonner Bundestages, Dr. Jäger (CDU), auf dem Deutschlandtag der "Jungen Union" 1956 mit beispiellosem Zynismus dargelegt. Auf die Frage wie die "Befreiung" von statten geht und das es da zu Gewaltanwendung käme, antwortete Jäger: "In einem Krieg kann man nicht danach fragen, wer einem gegenübersteht. Hier gilt es zu kämpfen und zu schießen!"

Und die KGU, eine der vielen Stoßtrupps einer 5. Kolonne, hatte ihre Aufgabe an der "Befreiung" mitzuwirken.

SPD-Terroristenboss Tillich

Unter Tillichs Leitung begann die KGU mit der systematischen Organisation von Verbrechen aller Art gegen die DDR. Tillich selber war der Prototyp eines Karrieristen. Aus der Vielzahl von zum Teil recht einträglichen Posten, die er seit 1950 bekleidete, hier einige:

-Abteilungsleiter der Westberliner "Hochschule für Politik",

-Mitarbeiter des Evangelischen Hilfswerks,

-Vorstandsmitglied des West-Ost-Hilfswerkes,

-Mitarbeiter des Bundesnachrichten Dienst zu leisten. Freilich es kam anders.

Knapp einen Monat, nachdem Ernst Tillich aus der SPD ausgeschlossen worden war sandte Kanzler Adenauer an Tillich ein Telegramm, in dem er diesen "herzlichst zu seinen Leistungen beglückwünschte". Nur so ist es zu verstehen das er weiterhin seinen Posten behielt und Brandt auf andrem Gebiet seine Leistung brachte.

#### Die Administrative Störstelle

Dazu gehören: Das Archiv und der technische Apparat.

Alle bei der Operativen Abteilung und im KGU-Stammhaus einlaufenden Spionageunterlagen und -nachrichten, die sich für die Anfertigung von Fälschungen verwenden lassen, werden in einem besonderen Archiv gesammelt. In der Fälscherwerkstatt wurden u.a. gefälschte Lebensmittelkarten, Konsumrabattmarken, Beitragsmarken, Briefmarken, Formulare und Briefbögen von Ministerien usw. entworfen und von bestimmten Firmen gedruckt.

Im chemisch-technischen Laboratorium wurden Stinkbomben, Phosphorampullen und verschiedenen metallzerstörende Brandtsätze gefertigt. Es wurden aber auch Sprengkörper hergestellt, die auf dem amerikanischen Manövergelände Berlin-Grunewald überprüft wurden.

#### Sabotage

Die KGU weist ihre Agenten, die sich in staatliche Verwaltungen, in Betriebe und andere gesellschaftliche Institutionen eingeschlichen haben, an, ihre Funktionen in vielfältigster Form zur Sabotagetätigkeit zu missbrauchen. Diese Agenten werden beauftragt, durch überspitzte und buchstabenmäßige Auslegung gesetzlicher Bestimmungen Fehlplanungen zu verursachen, künstliche Defizite zu schaffen, die Fertigstellung von Bauten durch falsche Anweisungen zu verzögern u.a.m. Es gab kaum ein Gebiet des gesellschaftlichen Lebens in der DDR, dessen Entwicklung die KGU nicht durch die von ihr organisierte Sabotagearbeit zu hindern oder zu stören versucht.

Systematisch wurde z.B. seit 1951 versucht die Verwaltungsarbeit von Behörden und Betrieben mittels fingierter Dienstanweisungen, die durch Post oder Agenten in den Geschäftsgang geschleust wurden, zu stören. Über den Zweck plauderte Tillich einmal: "...Wir machen den Gegner unsicher beispielsweise dadurch, dass wir seinen Apparat übermäßig beanspruchen und ihn zu nutzlosem Einsatz zwingen... Diese Bindung der Kräfte ... muss das Prinzip solcher Arbeit bleiben."

Durch Fälschungen aller Art versuchte die KGU auch die Versorgung der Bevölkerung zu stören. Mittels gefälschter Berechtigungsnachweise zum Bezug bewirtschafteter Waren oder gefälschter Lebensmittelkarten, Kohlenkarten, Benzinmarken u.a.m. sollte dies bewerkstelligt werden.

#### Diversion

Diversionsakte sind verbrecherische Handlungen zu dem Zweck, die Volkswirtschaft und die Verteidigungskraft der DDR zu untergraben. Objekte sind Maschinen, technische Anlagen, Bauten, Brücken, Transport- und Verkehrsmittel u.a.m.. Sie sollen durch Feuer, Sprengstoff, Säuren u.a.m.. beschädigt oder unbrauchbar gemacht werden.

In der KGU-Anweisung "Amerikanische Panzer auf Rügen" werden genaue Hinweise gegeben:

"Zucker in den Benzin tun, in die Ölbuchsen für Öle und Fette bei Maschinen Sand werfen, über die Trafodrähte einen Bindfaden (besser: Draht) zweimal überwerfen und befestigen, Bunatreibstoffe mit Leuna vermischen usw. ...seitlich liegende Signaldrähte bei der Eisenbahn durchkneifen."

### Sprengstoffanschläge

Die gemeingefährlichste Form der Diversion sind Sprengstoffanschläge. Durch Verwendung hochbrisanter Sprengstoffe soll die völlige Zerstörung von Brücken, Talsperren, Betrieben, Kraftwerken und andern technischen Anlagen erreicht werden.

So sprengte der KGU-Mann Albrecht Geßler aus Lübs mit Druckminen auf verschiedenen Eisenbahnstrecken in Sachsen-Anhalt Gleisanlagen. Dabei entgleiste auf der Strecke Magdeburg-Dessau die Lokomotive eines Personenzuges.

Der hauptamtliche KGU-Mitarbeiter G. Bruhn plante die Sprengung der Brücke bei Löcknitz und erkundete Möglichkeiten der Sprengung ausländischer Schiffe, die DDR-Häfen anliefen.

Zwei Bitterfelder Agenten planten, den größten Schornstein der Filmfabrik Wolfen zu sprengen. Ihr Ziel: die Produktion des Werkes stillzulegen.

Eine Agentengruppe füllte Säure in die Motoren der Lastwagen des Böhlener Kombinats "Otto Grotewohl", und zwar am Abend vor dem Ersten Mai. Am nächsten Morgen sollten die Lastwagen mit den Arbeitern, die zur Demonstration fahren, in die Luft fliegen.

Der Agent Lemke übernahm den Auftrag, einen Mast der Starkstromleitung zu sprengen, die das Kraftwerk Zschornowitz mit dem Stickstoffwerk Piesteritz verbindet.

Die Burianek-Bande aus Berlin erhielt den Auftrag die Eisenbahnbrücke bei Erkner zu sprengen. Das Attentat konnte im letzten Moment verhindert werden. Ein anderer Resident, Gerhard Benkowitz, hatte die Aufgabe, die Saaletalsperre, die Sechsbogenbrücke bei Weimar, die Kegelbrücke u.a. Objekte am sogenannten Tag X zu zerstören. Vor Gericht sagte Benkowitz aus, dass er nicht gezögert hätte, auch einen D-Zug oder einen Kinderferienzug in die Luft zu jagen.

Und nicht nur materiell wurde die DDR geschädigt: immer wieder kamen Menschen ums Leben. Am 9. September 1949 jagten Agenten das Nitrierhaus II im Sprengstoffwerk Gaschwitz in die Luft. Zwei Tote wurden aus den Trümmern geborgen. Der Schaden betrug eine halbe Million Mark, und zwei Monate fiel die Produktion aus. Am 17. Dezember kam es gegen 10.30 Uhr in der Sauerwasserstation dieses Werkes zu einer Explosion. Wieder waren drei Tote zu beklagen.

### Terror

Der Begriff Terror umschließt sowohl die Drohung mit Gewaltakten als auch die Ausführung von Gewaltakten gegen Einzelpersonen und ganze Bevölkerungskreise, um sie in Furcht und Schrecken zu versetzen und in der gesamten Bevölkerung ein Gefühl der allgemeinen Unsicherheit hervorzurufen. Hauptsächliches Ziel war es, das Vertrauen der Bürger der DDR zur Staatsmacht zu erschüttern, ihren Aufbauwillen zu lähmen. Die Skala dieser von der KGU und ihren Agenten im amerikanischen Auftrag seit Jahren verübten Verbrechen reicht von der Hetze bis zum Mord.

Die KGU leitet z.B. die aus Spionageinformationen erhaltenen Angaben über Bürger der DDR an das amerikanische Agentenzentrum RIAS (Rundfunk im Amerikanischen Sektor) weiter. Der RIAS

verwendet diese Angaben für sogenannte Warnsendungen, mit denen er versucht, vor allem bekannte Funktionäre zu terrorisieren und sie von der Bevölkerung zu isolieren.

Weitere Beispiele: Der KGU-Agent G. Heyder verschickte Drohbriefe an verschiedene Funktionäre. U.a. fertigte er auch "Trauerkarten" an und verschickte sie an die Ehefrauen. Mit der Morddrohung "Herzliches Beileid zum baldigen Ableben ihres Ehegatten", versuchte er, Frauen und Kinder zu erschrecken und einzuschüchtern. Unter Missbrauch der Namen von Ehefrauen, deren Männer im öffentlichen Leben stehen, ließ er in den Bezirkszeitungen Traueranzeigen veröffentlichen.

Aber auch im Westen wurde die KGU aktiv. So ließ sie im Juli 1952 an Wohnungstüren von Westberliner Bürger, die gegen den Generalkriegsvertrag auftraten, gelbe Zettel mit der Aufschrift "Schlagt sie tot!" kleben.

Eines der gebräuchlichsten Mittel des von der KGU organisierten Massenterrors sind Lügen und Hetze gegen die DDR. (Gierig griffen die Medien diese Lügen auf. Insbesondere der RIAS)

Häufig werden Falschmeldungen über die Versorgungslage verbreitet, mit denen Preiserhöhungen und eintretende Warenknappheit bei verschiedenen Industriewaren angekündigt werden. Dadurch soll ein Teil der Bevölkerung zu Angsteinkäufen veranlasst werden. Mit der Lüge von einer bevorstehenden Währungsreform in der DDR sollte die Bevölkerung veranlasst werden, ihre Spareinlagen bei den Banken und Sparkassen zu kündigen, womit man erreichen wollte, dass der Bargeldumlauf schlagartig anstieg, die Nachfrage nach Waren bei weitem das Angebot überwiegt und so die Finanzplanung sowie die Versorgung in der DDR gestört werden.

Ähnliche Wirkungen sollten die über das ganze Gebiet der DDR gestreuten Flugblätter erzielen. Diese wurden teilweise mit Ballonaktionen abgeworfen. Allein im Jahre 1954 wurden insgesamt über 100 Millionen Hetzflugblätter und Hetzschriften durch die KGU vertrieben, von denen ca. 68 Millionen die KGU selbst hergestellt hatte.

Weitere Terroraktionen waren: Überfälle auf Büros und Heime, deren Ausraubung und Zerstörung.

In den verschiedenen Städten der DDR terrorisierte die KGU die Bevölkerung durch Werfen von Stinkbomben. So in HO-Warenhäuser, großen Restaurants, bei Versammlungen und Kundgebungen, in Kinos, Theatern usw. Das Ziel war, Panik unter der Menschenmenge zu erzeugen, die Bevölkerung zu verärgern und sie vom Besuch von Veranstaltungen jeglicher Art fernzuhalten.

#### Störungen der Handelsbeziehungen

Für den weiteren wirtschaftlichen Aufstieg der DDR ist der Außenhandel von großer Bedeutung. Darüber hinaus trägt er auch zur Herstellung freundschaftlicher Beziehungen mit anderen Staaten wesentlich bei und ist ein wichtiger Faktor zur Erhöhung des Ansehens der DDR.

Im Rahmen der gegen die DDR und ihre Handelspartner gerichteten Störversuche der USA fällt der KGU eine besondere Rolle zu. Als wichtigstes Mittel zur Störung des Handels benutzte sie gefälschte Schriftstücke, die sowohl das Vertrauen der ausländischen Handelspartner erschüttern als auch den Export der DDR beeinträchtigen sollen.

Die Unterlagen für ihre Fälschungen beschafft sich die KGU durch Spionage. Die KGU beschafft sich auch Informationen über die Handelsbeziehungen der DDR, indem sie die für die DDR bestimmte

Post aus Westberlin, Westdeutschland und dem Ausland, die über Westberliner Postämter läuft, durch Postangestellte überwachen lässt, die KGU-Agenten sind.

Die von der KGU gestohlenen Briefe ausländischer Firmen, die bereits im Geschäftsverkehr mit der DDR stehen, werden von der Fälscherzentrale als Unterlagen zu Fälschungen benutzt. Diese Fälschungen reichen von der "Bitte um Hinausschiebungen der vereinbarten Liefertermine" bis zum "Kündigen von Handelsverträgen".

In einem gefälschten Schreiben an das schwedische Außenhandelsministerium in Stockholm, für das die KGU den Kopfbogen und die Unterschriften der leitenden Mitarbeiter dieses Ministeriums nachahmte, wurde das bestehende Warenabkommen Schweden-DDR "aufgekündigt".

Es wurde auch versucht, durch gefälschte Briefe an Betriebe der DDR den Export zu stören und damit Planprojekte zu gefährden. So erhielt das volkseigene Elektromotorenwerk Wernigerode auf einem gefälschten Briefbogen des DIA Invest-Export die Mitteilung, dass die Produktion von Tropenmotoren einzustellen sei.

VES Henry Pels in Erfurt wurde informiert: "Von unserem holländischen Exportpartner sind infolge unüberbrückbarer Verrechnungsschwierigkeiten die Verträge über Lieferung von Tafelscheren rückgängig gemacht worden. Da wir z.Z. noch nicht überblicken können, ob wir für diesen Auftrag einen neuen Exportpartner finden, ist die Fertigung von Tafelscheren zugunsten anderer wichtiger Aufträge zu stoppen."

1954 erhielt das türkische Wirtschaftsministerium einen Brief des Deutschen Innen- und Außenhandels: "Die beabsichtigte Errichtung eines IFA-Kraftfahrzeug-Großhandelswerkes müssen wir wegen Devisen- und Rohstoffschwierigkeiten leider bis zum Jahre 1956/57 zurückstellen." Eine glatte Fälschung.

Aufgrund dieser Fälschungen haben wiederholt ausländische Handelspartner der DDR bei den Außenhandelsorganen in Berlin gegen die angeblichen Änderungen von Handelsvereinbarungen protestiert, weil sie nicht ahnen konnten, dass sie gemeinen Fälschungen zum Opfer gefallen waren.

Weitere Banden der Fünften Kolonne

Mitnichten waren die Verbrecher der Kampfgruppe die einzigen, die gegen den Aufbau der DDR mit allen Mitteln kämpften.

Da waren einmal die so genannten Ostbüros der Parteien des Westens.

Tausende Agenten arbeiteten für die Ostbüros der SPD, CDU und FDP.

Sie sollten "im politischen Widerstand, den Boden bereiten für eine Wiedervereinigung", heißt es heute lapidar. (Spiegel, 25/90)

In einer Dissertation "Das Ostbüro der SPD 1946-58" stellt der Autor Wolfgang Buschfort fest: Das Ostbüro arbeitete "im konspirativen Bereich stark" mit den deutschen und westlichen Geheimdiensten zusammen; sammelte Informationen über drei Millionen DDR-Bürger, um nach einer Wiedervereinigung (oder besser "Befreiung") ein "besseres Nürnberg" zu ermöglichen - die radikale Bestrafung stalinistischer Helfer; schickte Kuriere und V-Leute in den illegalen Propagandakampf

gegen das Ulbricht-Regime - Hunderte wurden gefasst und zu hohen Haftstrafen verurteilt. (Der Spiegel, 25/90)

In seiner Broschüre "Kuriere-Spitzel-Spione" (Dietz Verlag, 1949) berichtet der ehemalige Leiter der Berliner Filiale des Ostbüros Heinz Kühne über den Spitzel- und Spionageapparat der SPD. "Mein ständiger Umgang mit führenden Funktionären der SPD in Hannover und Berlin sowie meine Tätigkeit in ihrem Auftrag, ein illegales Netz für Spionagezwecke in der sowjetischen Besatzungszone zu schaffen, haben mich endgültig davon überzeugt, dass die Politik der heutigen Sozialdemokratie den Interessen der deutschen Arbeiterschaft und darüber hinaus aller in Deutschland von ihrer Arbeit lebenden Menschen nicht dient."

Weitere Agenten- und Terrorzentralen waren:

Der "Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen". Neben Wirtschafts- und Militärsplionage, Diversions- und Sabotageakten versuchte er vor allem, Angehörige der Intelligenz nach den Westen zu locken, wobei er mit Versprechungen oder terroristischen Druckmitteln operierte.

Die so genannte "Vereinigung der Opfer des Stalinismus" (VOS) wurde am 9. Februar 1950 auf Veranlassung englischer Geheimdienstoffiziere gebildet. Die Leitung setzt sich vor allem aus Faschisten zusammen, die von 1933 bis 1945 leitende Funktionen im faschistischen Staats- und Wirtschaftsapparat innehatten, der Gestapo angehörten oder höhere Dienstgrade bei der SS und SA besaßen.

Enge Verbindungen bestanden zwischen KGU zur politischen Polizei Westberlins (Abteilung 1) und zum Amt für Verfassungsschutz und zum militärischen Geheimdienst der BRD.

Unabhängig von den oben genannten Organisationen leisteten die westlichen Geheimdienste ihre eigenständige Arbeit gegen die DDR. So wandten die Amis im Jahre 1950 biologische Waffen gegen die DDR und die Tschechoslowakischen Republik an, indem sie von Flugzeugen aus und durch Bodensabotage gewaltige Mengen von Kartoffelkäfer verstreuten, um die Saaten zu vernichten.

Das Ende der KGU

Brand und Mord, Sabotage und Unruhestiftung - allerdings dauerte das nur einige Jahre. Strategen des "verdeckten Krieges" plädierten dann dafür, die Stoßtruppe der Agentenultras aus der Front zu ziehen. Ihre Wirksamkeit war letzten Endes doch begrenzt, und obendrein wurden oft Agenten erwischt, ehe sie noch ihre Attentate hatten ausführen können. In schlotternder Angst verrieten sie dann alles, was sie wussten, und offenbarten damit, dass der "verdeckte Krieg" jener Tage eine brutale Serie von wüsten Anschlägen war.

Im Bewusstsein vieler Bürger wurde es immer klarer was Organisationen, wie die KGU waren. So erklärte auf einem Treffen der Evangelischen Jugend Westdeutschlands im Oktober 1952 Kirchenpräsident D. Niemöller: "Ich halte diese Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit für eine Verbrecherguppe."

Die Bürger der DDR konnten kaum davon überzeugt werden, dass man für die "Menschlichkeit" und gegen den Kommunismus kämpfen soll.

Eine Reihe von diese Organisationen löste sich Ende der Fünfziger/Anfang der Sechziger Jahre auf.

## Nachbetrachtung

Mit der schrittweisen Einstellung der Tätigkeit dieser Spionage- und Terrorzentralen bzw. mit ihrer eingeschränkten Tätigkeit war der Kampf gegen eine weitere sozialistische Entwicklung in der DDR jedoch nicht beendet. Ein weiterer Feind ergriff die Initiative: Der aus den eigenen Reihen, wie Tucholsky sagen würde.

Bürokratismus, die selbstgefällige Arroganz einer Führungsschicht, Bevormundung und Gängelung der arbeitenden Menschen, Kriechertum und Speichelleckerei wurden alles beherrschend im Leben des Landes. Diese Atmosphäre wirkte sich verheerend aus. Der Elan erlahmte, die Selbsttätigkeit wurde als Gefahr für den Erhalt des Staates gesehen und daher immer mehr eingeschränkt, ließ das Interesse am Sozialismus erlahmen. Teile der Bevölkerung übersiedelten in den Westen; für sie wurde die DDR immer unattraktiver. Mit dem Bau der Mauer war dann das endgültige Ende einer sozialistischen Entwicklung der DDR. Auch wenn der Name beibehalten wurde, allein der Inhalt war ein anderer.

### *Der amerikanische Pleitegeier*



**oder: Vorschlag für das Bonner Staatswappen**

## **7. Oktober 1949**

### **Aus der DDR darf nichts werden, sonst steht die Existenz des Kapitalismus auf dem Spiel**

Von Adenauer stammen die Worte: Lieber das halbe Deutschland ganz, als das ganze Deutschland halb.

Daran hielten sich dann auch die Politiker im Westen, sie spalteten Deutschland. Zuerst wurde eine separate Währung eingeführt. Dann wurde der Spalterstaat BRD ins Leben gerufen. Hinter verschlossenen Türen ein so genanntes Grundgesetz erlassen. Ursache war die Furcht der Herrschenden aus Industrie, Banken und Militär das es mit ihrer Gesellschaft zu Ende geht.

Mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik am 7. Oktober 1949 entstand erstmals auf deutschen Boden ein Staat der sich auf einer sozialistischen Bahn entwickeln wollte. Der Ausbeutergesellschaft sollte der Garaus gemacht werden.

Hinter der Fratze der bürgerlichen Demokratie

"Die erhebliche Bevorzugung der Jugend in der Deutschen Demokratischen Republik mit raschen Aufstiegsmöglichkeiten in betrieblichen, kommunalen und politischen Berufen verfehlt - wie die Wanderung von West nach Ost beweist - ihre Wirkung nicht," schrieb der "Rheinische Merkur" am 27. Juli 1951.

Verzweifelt suchten die westdeutsche Regierung, ihre Parteiführer und Zeitungen nach Mitteln und Wege, um die Jugend, die ihnen nicht entglitten ist, weil sie nie ihrer habhaft werden konnte, an sich zu ketten. "Bei uns stehen die ältesten Jahrgänge dem Staat am nächsten und die jüngsten am fernsten", so das "Hamburger Abendblatt" (5.8.1951)

Was war das für ein Staat, der die Jugend anzog?

Es war die DDR. Ein Staat, der Lehren aus der Vergangenheit gezogen hat. Eine Ordnung, die den Widerspruch zwischen Arbeit und Kapital aufheben will und die daraus resultierenden Widersprüche, wie Krisen und Krieg.

Zweimal stürzten die Herrschenden das Volk in einen Weltkrieg. Für die Krupps, Thyssen, Siemens und die Banken, für deren Profit wollte die Jugend Westdeutschlands nicht noch einmal sterben. Die Restauration der alten Gesellschaft im Westen bot der Jugend keine Perspektive. Am 1. Juli 1951 schrieb die Stuttgarter "Deutsche Zeitung & Wirtschaftszeitung": "Der westdeutschen Jugend stehen die Gefängnisse offen, aber die Zukunft ist ihnen verschlossen". Des Weiteren: "700 000 Jugendliche in Westdeutschland arbeitslos!"

Und so kam es dazu, dass Anfang der Fünfziger Jahre überwiegend Jugendliche von West nach Ost übersiedelten.

Wie sehr die Anziehungskraft der jungen DDR war zeigten die Ereignisse zum Deutschlandtreffen der Jugend 1950:

"In der Nacht zum 31. Mai überschritten mehr als 6000 westdeutsche junge Friedenskämpfer, die am Treffen in Berlin teilgenommen hatten, auf dem Rückweg in ihre Heimatorte die Zonengrenze in der Gegend von Lübeck-Herrenburg. Auf der westdeutschen Seite der Zonengrenze stießen die Jugendlichen auf eine Sperrkette, bestehend aus Stacheldraht und Fallgruben, die mit der gesamten Kasernierten Polizei Nordwestdeutschlands (...) und mit hunderten Polizeihunden besetzt waren. Die Jugendlichen sollten in ein Konzentrationslager eingeliefert werden, um dort festgehalten und registriert zu werden. Unter einmütigem Protest lehnten alle Jugendlichen dies ab (...) Die Polizei ging mit außerordentlicher Rohheit gegen die Jugendlichen vor, Zollbeamte schlugen mit Karabiner auf die Friedenskämpfer ein."

Einen Tag später kapitulierte Adenauers Polizei: 10.000 Westdeutsche Jungen und Mädels erzwangen den Einmarsch: "Unter dem Gesang des Liedes `Dem Morgenrot entgegen` zogen sie in Lübeck ein. Die Hochrufe auf die DDR, auf ihren Präsidenten Wilhelm Pieck wollten kein Ende nehmen." (Zitiert nach dem "Neuen Deutschland", einer SED-Zeitung, die lange Jahre in Westdeutschland verboten war)

Für die Herrschenden stand ihre Existenz auf dem Spiel. Mit allen Mitteln musste dieser Staat DDR liquidiert werden. Allein mit legalen Mitteln konnte das nicht geschehen. Mittels Geheimdienst, Zersetzung, Propaganda und Terror sollte dies geschehen.

Eine der vielen Terrorgruppen: Die „Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit- KGU“

Von Anbeginn spielte Berlin eine besondere Rolle im Kampf gegen die DDR. "Es geht um die Zurückdrängung eines Systems, das Deutschland und Europa gefährdet. Für die Zurückdrängung dieses Systems ist Berlin in diesem geschichtlichen Augenblick der Angelpunkt geworden", so Jakob Kaiser (CDU) am 28. August 1949 und Ernst Reuter (SPD) sprach davon "unsere Landsleute im Osten endgültig zu befreien" (RIAS, 5.5.49)

Westberlin wurde zum "vorgeschobenen Brückenkopf", in dem sich vielerlei lichtscheues Gesindel sammelte und unter direkter Anleitung und Unterstützung der Westmächte und ihrer Geheimdienste sich zu Agenten-, Spionage- und Terrororganisationen zusammenschlossen.

Um das "Gesicht zu wahren" tarnten sich diese Untergrundorganisationen mit "humanitären Aufgaben".

So richtete Anfang des Jahres 1948 ein Mann namens Rainer Hildebrandt, ehemaliger SS-Sturmbandführer, in seiner Wohnung einen "Suchdienst" ein und entwickelte dabei einen umfangreichen Schriftverkehr.

Wen wollte dieser selbsternannte "Doktor" eigentlich suchen? Jedenfalls niemand der im Chaos der letzten Kriegsmonate von seinen Angehörigen getrennt wurde.

Der "Suchdienst" Hildebrandts hatte die Aufgabe, Voraussetzungen für den Aufbau einer Agentenzentrale zu schaffen. In einer KGU-Broschüre von 1952 heißt es unumwunden über die

Suchziele der KGU: "Aus den Kreisen dieser Entlassenen (gemeint sind die von der sowjetischen Besatzungsbehörde entlassenen ehemals aktiven Faschisten) kamen die ersten Mitarbeiter der KGU".

Ende 1948 wurde offiziell der Verein "Kampfgruppe gegen die Unmenschlichkeit e.V." gegründet, als eine "humanitäre Einrichtung".

Recht schnell begann der KGU seine Arbeit. Er erhielt seine Aufträge von den Alliierten Geheimdiensten. Eine Hauptaufgabe des KGU war es die DDR mit einem Spionagenetz zu überziehen. Unter "Flüchtlingen" warb der KGU nicht nur Jugendliche zur Agentenarbeit, sondern er verschleppte auch Jugendliche. Um den Aufbau in der DDR zu stören und die volkseigenen Betriebe an der Planerfüllung zu hindern, wurde systematisch versucht Angehörige der Intelligenz und Facharbeiter in den Westen abzuwerben. Hierbei ging man auch zu individuellen Terror über.

Gleichzeitig ging man dazu über Sabotage zu betreiben. Es wurden Sprengstoffanschläge auf Eisenbahnbrücken, Werkanlagen, Kanalschleusen und auf das Energienetz organisiert. Das "chemisch-technische Laboratorium" der KGU hatte nicht nur Fälschungen vorzunehmen und Sprengmittel, Brandbomben und Thermitsätze zu produzieren, sondern auch Gift herzustellen. Ein Überläufer berichtet auf einer Pressekonferenz am 20. Oktober 1955 in Berlin: "Mitte 1952 entwarf Baitz den verbrecherischen Plan, leitende Personen des öffentlichen Lebens, bekannte Persönlichkeiten und Regierungsmitglieder der DDR durch Gift zu beseitigen. Zu diesem Zweck ließ er im Labor ein Kontaktgift herstellen. Dieses Gift hat die Eigenschaft, bereits durch das Berühren mit den Fingerspitzen gesundheitliche Störungen hervorzurufen, die sich steigern und durch Beschädigung des Rückenmarks zu Bewusstseinsstörungen und schließlich zum Tode führen. Zur Anwendung dieses Giftes waren bereits alle Vorkehrungen getroffen worden. Mit diesem Kontaktgift versehene Schreiben, Bittgesuche und Eingaben lagen bereit, um an führende Personen des öffentlichen Lebens und an Regierungsmitglieder verschickt zu werden."

Am 23. Oktober 1952 veröffentlichte der Westberliner "Tagesspiegel" einen Artikel von Ernst Tillich, Nachfolger Hildebrandts: "Wir müssen heute den Mut aufbringen, uns einzugestehen, dass sich in dem gegenwärtigen Stadium kommunistischer Machtkonsolidierung die Sowjetzone nicht aus eigener Kraft befreien kann." Knapp ein Jahr später benutzte auch Adenauer diesen Begriff. Am 7. September 1953 erklärte er: "Unser Ziel ist die Befreiung unserer 18 Millionen Brüder und Schwestern in den Ostgebieten. Bis jetzt hat man immer von der Wiedervereinigung Deutschlands gesprochen. Wir sollten aber lieber sagen: Befreiung."

Was diese "Befreiung" bedeutete, hat der Vizepräsident des Bonner Bundestages, Dr. Jäger (CDU), auf dem Deutschlandtag der "Jungen Union" 1956 mit beispiellosem Zynismus dargelegt. Auf die Frage wie die "Befreiung" von statten geht und das es da zu Gewaltanwendung käme, antwortete Jäger: "In einem Krieg kann man nicht danach fragen, wer einem gegenübersteht. Hier gilt es zu kämpfen und zu schießen!"

Und die KGU, eine der vielen Stoßtrupps einer 5. Kolonne, hatte ihre Aufgabe an der "Befreiung" mitzuwirken.

SPD-Terroristenboss Tillich

Unter Tillichs Leitung begann die KGU mit der systematischen Organisation von Verbrechen aller Art gegen die DDR. Tillich selber war der Prototyp eines Karrieristen. Aus der Vielzahl von zum Teil recht einträglichen Posten, die er seit 1950 bekleidete, hier einige:

- Abteilungsleiter der Westberliner "Hochschule für Politik",
- Mitarbeiter des Evangelischen Hilfswerks,
- Vorstandsmitglied des West-Ost-Hilfswerkes,
- Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes zu leisten. Freilich es kam anders.

Knapp einen Monat, nachdem Ernst Tillich aus der SPD ausgeschlossen worden war sandte Kanzler Adenauer an Tillich ein Telegramm, in dem er diesen "herzlichst zu seinen Leistungen beglückwünschte". Nur so ist es zu verstehen das er weiterhin seinen Posten behielt und Brandt auf andrem Gebiet seine Leistung brachte.

Die Administrative Störstelle

Dazu gehören: Das Archiv und der technische Apparat.

Alle bei der Operativen Abteilung und im KGU-Stammhaus einlaufenden Spionageunterlagen und -nachrichten, die sich für die Anfertigung von Fälschungen verwenden lassen, werden in einem besonderen Archiv gesammelt. In der Fälscherwerkstatt wurden u.a. gefälschte Lebensmittelkarten, Konsumrabattmarken, Beitragsmarken, Briefmarken, Formulare und Briefbögen von Ministerien usw. entworfen und von bestimmten Firmen gedruckt.

Im chemisch-technischen Laboratorium wurden Stinkbomben, Phosphorampullen und verschiedenen metallzerstörende Brandsätze gefertigt. Es wurden aber auch Sprengkörper hergestellt, die auf dem amerikanischen Manövergelände Berlin-Grünwald überprüft wurden.

Sabotage

Die KGU weist ihre Agenten, die sich in staatliche Verwaltungen, in Betriebe und andere gesellschaftliche Institutionen eingeschlichen haben, an, ihre Funktionen in vielfältigster Form zur Sabotagetätigkeit zu missbrauchen. Diese Agenten werden beauftragt, durch überspitzte und buchstabenmäßige Auslegung gesetzlicher Bestimmungen Fehlplanungen zu verursachen, künstliche Defizite zu schaffen, die Fertigstellung von Bauten durch falsche Anweisungen zu verzögern u.a.m. Es gab kaum ein Gebiet des gesellschaftlichen Lebens in der DDR, dessen Entwicklung die KGU nicht durch die von ihr organisierte Sabotagearbeit zu hindern oder zu stören versucht.

Systematisch wurde z.B. seit 1951 versucht die Verwaltungsarbeit von Behörden und Betrieben mittels fingierter Dienstanweisungen, die durch Post oder Agenten in den Geschäftsgang geschleust wurden, zu stören. Über den Zweck plauderte Tillich einmal: "...Wir machen den Gegner unsicher beispielsweise dadurch, dass wir seinen Apparat übermäßig beanspruchen und ihn zu nutzlosem Einsatz zwingen... Diese Bindung der Kräfte ... muss das Prinzip solcher Arbeit bleiben."

Durch Fälschungen aller Art versuchte die KGU auch die Versorgung der Bevölkerung zu stören. Mittels gefälschter Berechtigungsnachweise zum Bezug bewirtschafteter Waren oder gefälschter Lebensmittelkarten, Kohlenkarten, Benzinmarken u.a.m. sollte dies bewerkstelligt werden.

Diversions

Diversionsakte sind verbrecherische Handlungen zu dem Zweck, die Volkswirtschaft und die Verteidigungskraft der DDR zu untergraben. Objekte sind Maschinen, technische Anlagen, Bauten,

Brücken, Transport- und Verkehrsmittel u.a.m.. Sie sollen durch Feuer, Sprengstoff, Säuren u.a.m.. beschädigt oder unbrauchbar gemacht werden.

In der KGU-Anweisung "Amerikanische Panzer auf Rügen" werden genaue Hinweise gegeben:

"Zucker in den Benzin tun, in die Ölbuchsen für Öle und Fette bei Maschinen Sand werfen, über die Trafodrähte einen Bindfaden (besser: Draht) zweimal überwerfen und befestigen, Bunatreibstoffe mit Leuna vermischen usw. ...seitlich liegende Signaldrähte bei der Eisenbahn durchkneifen."

### Sprengstoffanschläge

Die gemeingefährlichste Form der Diversion sind Sprengstoffanschläge. Durch Verwendung hochbrisanter Sprengstoffe soll die völlige Zerstörung von Brücken, Talsperren, Betrieben, Kraftwerken und andern technischen Anlagen erreicht werden.

So sprengte der KGU-Mann Albrecht Geßler aus Lübs mit Druckminen auf verschiedenen Eisenbahnstrecken in Sachsen-Anhalt Gleisanlagen. Dabei entgleiste auf der Strecke Magdeburg-Dessau die Lokomotive eines Personenzuges.

Der hauptamtliche KGU-Mitarbeiter G. Bruhn plante die Sprengung der Brücke bei Löcknitz und erkundete Möglichkeiten der Sprengung ausländischer Schiffe, die DDR-Häfen anliefen.

Zwei Bitterfelder Agenten planten, den größten Schornstein der Filmfabrik Wolfen zu sprengen. Ihr Ziel: die Produktion des Werkes stillzulegen.

Eine Agentengruppe füllte Säure in die Motoren der Lastwagen des Böhlener Kombinats "Otto Grotewohl", und zwar am Abend vor dem Ersten Mai. Am nächsten Morgen sollten die Lastwagen mit den Arbeitern, die zur Demonstration fahren, in die Luft fliegen.

Der Agent Lemke übernahm den Auftrag, einen Mast der Starkstromleitung zu sprengen, die das Kraftwerk Zschornowitz mit dem Stickstoffwerk Piesteritz verbindet.

Die Burianek-Bande aus Berlin erhielt den Auftrag die Eisenbahnbrücke bei Erkner zu sprengen. Das Attentat konnte im letzten Moment verhindert werden. Ein anderer Resident, Gerhard Benkowitz, hatte die Aufgabe, die Saaletalsperre, die Sechsbogenbrücke bei Weimar, die Kegelbrücke u.a. Objekte am sogenannten Tag X zu zerstören. Vor Gericht sagte Benkowitz aus, dass er nicht gezögert hätte, auch einen D-Zug oder einen Kinderferienzug in die Luft zu jagen.

Und nicht nur materiell wurde die DDR geschädigt: immer wieder kamen Menschen ums Leben. Am 9. September 1949 jagten Agenten das Nitrierhaus II im Sprengstoffwerk Gaschwitz in die Luft. Zwei Tote wurden aus den Trümmern geborgen. Der Schaden betrug eine halbe Million Mark, und zwei Monate fiel die Produktion aus. Am 17. Dezember kam es gegen 10.30 Uhr in der Sauerwasserstation dieses Werkes zu einer Explosion. Wieder waren drei Tote zu beklagen.

### Terror

Der Begriff Terror umschließt sowohl die Drohung mit Gewaltakten als auch die Ausführung von Gewaltakten gegen Einzelpersonen und ganze Bevölkerungskreise, um sie in Furcht und Schrecken zu versetzen und in der gesamten Bevölkerung ein Gefühl der allgemeinen Unsicherheit hervorzurufen. Hauptsächliches Ziel war es, das Vertrauen der Bürger der DDR zur Staatsmacht zu erschüttern, ihren

Aufbauwillen zu lähmen. Die Skala dieser von der KGU und ihren Agenten im amerikanischen Auftrag seit Jahren verübten Verbrechen reicht von der Hetze bis zum Mord.

Die KGU leitet z.B. die aus Spionageinformationen erhaltenen Angaben über Bürger der DDR an das amerikanische Agentenzentrum RIAS (Rundfunk im Amerikanischen Sektor) weiter. Der RIAS verwendet diese Angaben für sogenannte Warnsendungen, mit denen er versucht, vor allem bekannte Funktionäre zu terrorisieren und sie von der Bevölkerung zu isolieren.

Weitere Beispiele: Der KGU-Agent G. Heyder verschickte Drohbriefe an verschiedene Funktionäre. U.a. fertigte er auch "Trauerkarten" an und verschickte sie an die Ehefrauen. Mit der Morddrohung "Herzliches Beileid zum baldigen Ableben ihres Ehegatten", versuchte er, Frauen und Kinder zu erschrecken und einzuschüchtern. Unter Missbrauch der Namen von Ehefrauen, deren Männer im öffentlichen Leben stehen, ließ er in den Bezirkszeitungen Traueranzeigen veröffentlichen.

Aber auch im Westen wurde die KGU aktiv. So ließ sie im Juli 1952 an Wohnungstüren von Westberliner Bürger, die gegen den Generalkriegsvertrag auftraten, gelbe Zettel mit der Aufschrift "Schlagt sie tot!" kleben.

Eines der gebräuchlichsten Mittel des von der KGU organisierten Massenterrors sind Lügen und Hetze gegen die DDR. (Gierig griffen die Medien diese Lügen auf. Insbesondere der RIAS)

Häufig werden Falschmeldungen über die Versorgungslage verbreitet, mit denen Preiserhöhungen und eintretende Warenknappheit bei verschiedenen Industriewaren angekündigt werden. Dadurch soll ein Teil der Bevölkerung zu Angsteinkäufen veranlasst werden. Mit der Lüge von einer bevorstehenden Währungsreform in der DDR sollte die Bevölkerung veranlasst werden, ihre Spareinlagen bei den Banken und Sparkassen zu kündigen, womit man erreichen wollte, dass der Bargeldumlauf schlagartig anstieg, die Nachfrage nach Waren bei weitem das Angebot überwiegt und so die Finanzplanung sowie die Versorgung in der DDR gestört werden.

Ähnliche Wirkungen sollten die über das ganze Gebiet der DDR gestreuten Flugblätter erzielen. Diese wurden teilweise mit Ballonaktionen abgeworfen. Allein im Jahre 1954 wurden insgesamt über 100 Millionen Hetzflugblätter und Hetzschriften durch die KGU vertrieben, von denen ca. 68 Millionen die KGU selbst hergestellt hatte.

Weitere Terroraktionen waren: Überfälle auf Büros und Heime, deren Ausraubung und Zerstörung.

In den verschiedenen Städten der DDR terrorisierte die KGU die Bevölkerung durch Werfen von Stinkbomben. So in HO-Warenhäuser, großen Restaurants, bei Versammlungen und Kundgebungen, in Kinos, Theatern usw. Das Ziel war, Panik unter der Menschenmenge zu erzeugen, die Bevölkerung zu verärgern und sie vom Besuch von Veranstaltungen jeglicher Art fernzuhalten.

### Störungen der Handelsbeziehungen

Für den weiteren wirtschaftlichen Aufstieg der DDR ist der Außenhandel von großer Bedeutung. Darüber hinaus trägt er auch zur Herstellung freundschaftlicher Beziehungen mit anderen Staaten wesentlich bei und ist ein wichtiger Faktor zur Erhöhung des Ansehens der DDR.

Im Rahmen der gegen die DDR und ihre Handelspartner gerichteten Störversuche der USA fällt der KGU eine besondere Rolle zu. Als wichtigstes Mittel zur Störung des Handels benutzte sie gefälschte

Schriftstücke, die sowohl das Vertrauen der ausländischen Handelspartner erschüttern als auch den Export der DDR beeinträchtigen sollen.

Die Unterlagen für ihre Fälschungen beschafft sich die KGU durch Spionage. Die KGU beschafft sich auch Informationen über die Handelsbeziehungen der DDR, indem sie die für die DDR bestimmte Post aus Westberlin, Westdeutschland und dem Ausland, die über Westberliner Postämter läuft, durch Postangestellte überwachen lässt, die KGU-Agenten sind.

Die von der KGU gestohlenen Briefe ausländischer Firmen, die bereits im Geschäftsverkehr mit der DDR stehen, werden von der Fälscherzentrale als Unterlagen zu Fälschungen benutzt. Diese Fälschungen reichen von der "Bitte um Hinausschiebungen der vereinbarten Liefertermine" bis zum "Kündigen von Handelsverträgen".

In einem gefälschten Schreiben an das schwedische Außenhandelsministerium in Stockholm, für das die KGU den Kopfbogen und die Unterschriften der leitenden Mitarbeiter dieses Ministeriums nachahmte, wurde das bestehende Warenabkommen Schweden-DDR "aufgekündigt".

Es wurde auch versucht, durch gefälschte Briefe an Betriebe der DDR den Export zu stören und damit Planprojekte zu gefährden. So erhielt das volkseigene Elektromotorenwerk Wernigerode auf einem gefälschten Briefbogen des DIA Invest-Export die Mitteilung, dass die Produktion von Tropenmotoren einzustellen sei.

VES Henry Pels in Erfurt wurde informiert: "Von unserem holländischen Exportpartner sind infolge unüberbrückbarer Verrechnungsschwierigkeiten die Verträge über Lieferung von Tafelscheren rückgängig gemacht worden. Da wir z.Z. noch nicht überblicken können, ob wir für diesen Auftrag einen neuen Exportpartner finden, ist die Fertigung von Tafelscheren zugunsten anderer wichtiger Aufträge zu stoppen."

1954 erhielt das türkische Wirtschaftsministerium einen Brief des Deutschen Innen- und Außenhandels: "Die beabsichtigte Errichtung eines IFA-Kraftfahrzeug-Großhandelswerkes müssen wir wegen Devisen- und Rohstoffschwierigkeiten leider bis zum Jahre 1956/57 zurückstellen." Eine glatte Fälschung.

Aufgrund dieser Fälschungen haben wiederholt ausländische Handelspartner der DDR bei den Außenhandelsorganen in Berlin gegen die angeblichen Änderungen von Handelsvereinbarungen protestiert, weil sie nicht ahnen konnten, dass sie gemeinen Fälschungen zum Opfer gefallen waren.

Weitere Banden der Fünften Kolonne

Mitnichten waren die Verbrecher der Kampfgruppe die einzigen, die gegen den Aufbau der DDR mit allen Mitteln kämpften.

Da waren einmal die so genannten Ostbüros der Parteien des Westens.

Tausende Agenten arbeiteten für die Ostbüros der SPD, CDU und FDP.

Sie sollten "im politischen Widerstand, den Boden bereiten für eine Wiedervereinigung", heißt es heute lapidar. (Spiegel, 25/90)

In einer Dissertation "Das Ostbüro der SPD 1946-58" stellt der Autor Wolfgang Buschfort fest: Das Ostbüro arbeitete "im konspirativen Bereich stark" mit den deutschen und westlichen Geheimdiensten zusammen; sammelte Informationen über drei Millionen DDR-Bürger, um nach einer Wiedervereinigung (oder besser "Befreiung") ein "besseres Nürnberg" zu ermöglichen - die radikale Bestrafung stalinistischer Helfer; schickte Kuriere und V-Leute in den illegalen Propagandakampf gegen das Ulbricht-Regime - Hunderte wurden gefasst und zu hohen Haftstrafen verurteilt. (Der Spiegel, 25/90)

In seiner Broschüre "Kuriere-Spitzel-Spione" (Dietz Verlag, 1949) berichtet der ehemalige Leiter der Berliner Filiale des Ostbüros Heinz Kühne über den Spitzel- und Spionageapparat der SPD. "Mein ständiger Umgang mit führenden Funktionären der SPD in Hannover und Berlin sowie meine Tätigkeit in ihrem Auftrag, ein illegales Netz für Spionagezwecke in der sowjetischen Besatzungszone zu schaffen, haben mich endgültig davon überzeugt, dass die Politik der heutigen Sozialdemokratie den Interessen der deutschen Arbeiterschaft und darüber hinaus aller in Deutschland von ihrer Arbeit lebenden Menschen nicht dient."

Weitere Agenten- und Terrorzentralen waren:

Der "Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen". Neben Wirtschafts- und Militärsplionage, Diversions- und Sabotageakten versuchte er vor allem, Angehörige der Intelligenz nach den Westen zu locken, wobei er mit Versprechungen oder terroristischen Druckmitteln operierte.

Die so genannte "Vereinigung der Opfer des Stalinismus" (VOS) wurde am 9. Februar 1950 auf Veranlassung englischer Geheimdienstoffiziere gebildet. Die Leitung setzt sich vor allem aus Faschisten zusammen, die von 1933 bis 1945 leitende Funktionen im faschistischen Staats- und Wirtschaftsapparat innehatten, der Gestapo angehörten oder höhere Dienstgrade bei der SS und SA besaßen.

Enge Verbindungen bestanden zwischen KGU zur politischen Polizei Westberlins (Abteilung 1) und zum Amt für Verfassungsschutz und zum militärischen Geheimdienst der BRD.

Unabhängig von den oben genannten Organisationen leisteten die westlichen Geheimdienste ihre eigenständige Arbeit gegen die DDR. So wandten die Amis im Jahre 1950 biologische Waffen gegen die DDR und die Tschechoslowakische Republik an, indem sie von Flugzeugen aus und durch Bodensabotage gewaltige Mengen von Kartoffelkäfer verstreuten, um die Saaten zu vernichten.

Das Ende der KGU

Brand und Mord, Sabotage und Unruhestiftung - allerdings dauerte das nur einige Jahre. Strategen des "verdeckten Krieges" plädierten dann dafür, die Stoßtrupps der Agentenultras aus der Front zu ziehen. Ihre Wirksamkeit war letzten Endes doch begrenzt, und obendrein wurden oft Agenten erwischt, ehe sie noch ihre Attentate hatten ausführen können. In schlotternder Angst verrieten sie dann alles, was sie wussten, und offenbarten damit, dass der "verdeckte Krieg" jener Tage eine brutale Serie von wüsten Anschlägen war.

Im Bewusstsein vieler Bürger wurde es immer klarer was Organisationen, wie die KGU waren. So erklärte auf einem Treffen der Evangelischen Jugend Westdeutschlands im Oktober 1952 Kirchenpräsident D. Niemöller: "Ich halte diese Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit für eine Verbrecherguppe."

Die Bürger der DDR konnten kaum davon überzeugt werden, dass man für die "Menschlichkeit" und gegen den Kommunismus kämpfen soll.

Eine Reihe von diese Organisationen löste sich Ende der Fünfziger/Anfang der Sechziger Jahre auf.

Nachbetrachtung

Mit der schrittweisen Einstellung der Tätigkeit dieser Spionage- und Terrorzentralen bzw. mit ihrer eingeschränkten Tätigkeit war der Kampf gegen eine weitere sozialistische Entwicklung in der DDR jedoch nicht beendet. Ein weiterer Feind ergriff die Initiative: Der aus den eigenen Reihen, wie Tucholsky sagen würde.

Bürokratismus, die selbstgefällige Arroganz einer Führungsschicht, Bevormundung und Gängelung der arbeitenden Menschen, Kriechertum und Speichelleckerei wurden alles beherrschend im Leben des Landes. Diese Atmosphäre wirkte sich verheerend aus. Der Elan erlahmte, die Selbsttätigkeit wurde als Gefahr für den Erhalt des Staates gesehen und daher immer mehr eingeschränkt, ließ das Interesse am Sozialismus erlahmen. Teile der Bevölkerung übersiedelten in den Westen; für sie wurde die DDR immer unattraktiver. Mit dem Bau der Mauer war dann das endgültige Ende einer sozialistischen Entwicklung der DDR. Auch wenn der Name beibehalten wurde, allein der Inhalt war ein anderer.

***Wenn ein Land ein anderes die Freiheit bringen will,  
kann es niemals selber frei sein...***

## **Die Breschnew-Doktrin von der "begrenzten Souveränität"**

Juli 1968: CDU-Generalsekretär Heck beteuert im Pressedienst seine Sympathie für die "*sozialistische Ordnung*" in der CSSR.

14. September 1968: Die staatliche Münzanstalt der Bonner Bundesrepublik prägt Münzen mit dem Bildnis Alexander Dubceks in Gold und Silber.

Ob Bonn, London, Paris oder Washington - Politiker verschiedenster bürgerlicher Parteien bekunden ihre Sympathie für die "Kommunistische Partei" der Tschechoslowakei, für den "demokratischen Sozialismus".

Es gibt sie also: "Kommunisten", die von der Bourgeoisie gelobt und unterstützt werden; heißen sie nun Tito, Imre Nagy, Alexander Dubcek, Gyula Horn, oder Gorbatschow. Aber auch für den "Sozialismus" erwärmt sich das Kapital.

Dieser "demokratische Sozialismus" – Prager Frühling genannt - war das Gelbe vom Ei. Der Pfaffe und Ex- SPD-Ministerpräsident Sachsen-Anhalts, R. Höppner, verstieg sich sogar zur Behauptung: *"Nie wieder hat der Sozialismus als Gesellschaftsmodell eine solche überwältigende Zustimmung bei der Bevölkerung gefunden wie 1968 in der CSSR."* ("Volksstimme", 20.8.98)

Wie war das eigentlich damals?

Am 21. August 1968 notierte Genosse Enver Hoxha in seinem Tagebuch: *"Die sowjetischen Revisionisten haben unter dem Deckmantel des Warschauer Vertrages eine Aggression gegen die Tschechoslowakische Republik und ihr Volk verübt (...) Die sowjetrevisionistischen Besatzer und ihre Verbündeten vom Warschauer Vertrag drangen in die Tschechoslowakei ein wie Diebe in der Nacht, nachdem sie noch in Bratislava einander umarmt und abgeküßt hatten und nachdem sie die dort beschlossene Erklärung urbi et orbi (Vor aller Welt - lat.) als `historisches Dokument` verkündet hatten, welches `alles geregelt habe, welches die Einheit und Freundschaft unter uns gestählt habe` usw. usf. Wir allein haben dieses als großen Bluff entlarvt, und es ist so gekommen.*

*(...) Die sowjetischen, polnischen, deutschen, ungarischen und bulgarischen Revisionisten drangen von vier Seiten über die Grenzen der Tschechoslowakei und besetzten im Verlauf der ganzen Nacht bis zum Morgen Prag, nahmen den Rundfunk ein, umstellten die Gebäude der Regierung, des Zentralkomitees, des Parlaments, des Präsidenten und bei alledem fiel nicht ein Schuß (...) Die sowjetischen Revisionisten begingen diese Verzweiflungstat ja nicht aus freien Stücken, sondern aus nackter Not, ihnen stand das Messer an der Kehle."* ("Die Supermächte", Enver Hoxha. Tirana 1986)

Folgerichtig kündigte die VR Albanien im September 1968 die Mitgliedschaft im Warschauer Vertrag. *"Das Maß ist voll! De facto standen wir schon außerhalb des Warschauer Vertrages, angesichts der Aggression gegen die Tschechoslowakei mußte dieser Schritt auch de jure erfolgen"* (E. Hoxha)

Die Partei der Arbeit Albanien entlarvte die Politik der modernen Revisionisten kompromißlos und enthüllte die Konterrevolution, ob nun von den Sowjetrevisionisten oder die der Ultrarevisionisten. Über Radio Tirana, über verschiedene Kontakte zu Kommunisten und Revolutionäre Osteuropas leisteten die albanischen Genossen wichtige Arbeit. Freilich blieb den Revis dies nicht verborgen. So

wies die bulgarische Regierung am 25. Juli 1968 eine Reihe albanischer Botschaftsangehörige aus Bulgarien aus.

*"Die albanischen Diplomaten hätten ... geheime Verbindungen zu bulgarischen Staatsbürgern unterhalten und diese zu staatsfeindlicher Tätigkeit veranlaßt", hieß es im Neuen Deutschland. "Sie hätten Hetzliteratur gegen die Bulgarische KP und die Regierung, sowie gegen andere sozialistische Länder verbreitet". "Hetzliteratur" waren z.B. auch Hintergründe über die Ereignisse in der CSSR.*

Im Gegensatz dazu standen Leute wie Tito oder Ceausescu. Nach der Konferenz von Bratislava (3.8.) wurde Tito ein triumphaler Empfang bereitet, der sich wie ein Hahn, als der Retter der Tschechoslowakei aufpusterte. Er reiste ab aus Prag, voller Eigenlob, hochehobenen Hauptes, Brust raus und nahm von der tschechoslowakischen Regierung für geleistete Dienste einen Scheck über 13 Millionen Dollar mit. Wenige Tage später kam Ceausescu, der sich als "der Tapfere der Tapferen" aufspielte. Dieser unterschrieb auch den "Vertrag über gegenseitige Hilfe", in dem besonders betont wurde, daß "sich die beiden Staaten gegenseitig vor einem oder mehrere Angreifer-Staaten verteidigen" würden! Was die Hilfe Rumäniens anbelangt: Den rumänischen Revisionisten selber fuhr die Angst in Mark und Bein nach dem Überfall auf die CSSR, von einer Verteidigung anderer konnte nicht die Rede sein.

### Die Vorgeschichte des "Prager Frühlings"

Ein Unternehmen *"zum Schutz der sozialistischen Errungenschaften"*, so bezeichneten die Kremel-Herren dreist ihren Überfall. Doch nicht der Sozialismus war 1968 in Gefahr.

Den gab es längst nicht mehr. Antonin Nowotny - 1. Sekretär des ZK der KPC - war der engste Freund der Sowjets, die Tschechoslowakei ihre stärkste Bastion. Die wirtschaftlichen Probleme konnte er aber nicht meistern. Die Wirtschaft erlebte eine beispiellose Talfahrt; der Reallohn der Arbeiter sank von Monat zu Monat, das Bruttosozialprodukt stagnierte, die Auslandsschulden stiegen und schließlich war die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln nicht mehr gewährleistet. Im Dezember 1967 kam es zu ersten öffentlichen Auseinandersetzungen vor dem Plenum des Zentralkomitees und im Politbüro. Nowotny wurde nahegelegt, von seinem Amt als 1. Sekretär zurückzutreten.

Am 6. Januar 1968 erschien ein Kommuniqué der ZK-Sitzung mit der Mitteilung, daß Nowotny *"wegen Mängel in den Methoden und im Stil der innerparteilichen Führungstätigkeit"* als Parteisekretär abgelöst wurde. Zum Nachfolger wurde einstimmig Alexander Dubcek gewählt. Er war 1. Sekretär der slowakischen KP und gehörte schon seit 5 Jahren dem Politbüro in Prag an. Dubcek war ein Widersacher Nowotnys und Anhänger einer Pro-westlichen Strömung in der revisionistischen Partei.

Was Dubcek für die CSSR wollte wurde in den anderen revisionistischen Länder bereits seit langem praktiziert. In den sowjetischen Betrieben galt bereits seit langem wieder das Rentabilitätsprinzip. In Ungarn z.B. wurden bereits entscheidendere Schritte hin zum offenen Kapitalismus als in der CSSR getan. Da aber die ungarischen Revisionisten brav an der Leine Moskaus blieben, konnten sie ungestört ihren Weg gehen. Diese Entwicklung hat die Sowjetrevisionisten nie gestört. Im Gegenteil, sie betrachteten Ungarn als "Vorbild" und "Musterland". Als Gefahr betrachteten sie also nicht "Dubceks Verrat" am Sozialismus, als Gefahr betrachteten sie nur die Möglichkeit des Verlustes der Oberhoheit über die CSSR. Denn die Dubcek-Clique hatte begonnen, Verbindungen mit den westlichen Imperialisten aufzunehmen.

Die Ultrarevisionisten der CSSR wollten sich möglichst rasch von einer Wirtschaft verabschieden, die vom bürokratisch-zentralistischen Staatsapparat beherrscht wurde. Die Fäulnis, die Krisenerscheinungen usw., die von der Leitung der Wirtschaft durch einen bürokratischen Staatsapparat ausging, nahm im Land immer mehr zu. Die Triebkräfte, die auf eine Restauration der warenproduzierenden Ordnung aus waren, nutzten diesen Umstand aus.

Unter den Parolen eines "demokratischen Sozialismus", eines "Dritten Weges" usw. kam es in rascher Folge zu Reformen in der CSSR. Die Einführung einer warenproduzierenden Ordnung des Privatkapitals stand nichts mehr im Wege. In diesem Zusammenhang wäre es natürlich zu Konflikten mit den Ländern gekommen, die eine Wirtschaft des zentralistischen Staatsapparates (d.h. die revisionistische Staaten) betrieben (Die SU und die anderen Länder des RGW). Zwangsläufig würde die CSSR ausscheren aus diesem Verbund und sich den westlich-kapitalistischen Ländern annähern.

(Übrigens lernten die Gorbatschow-Leute daraus: Die Reformen in der UdSSR nach 1985, die sehr viel Ähnlichkeiten mit denen der CSSR aufwies, mußten auf die anderen Staaten des RGW ausgeweitet werden. Mittels Intrigen, Druck und Putsche usw., im Interesse der Gorbatschow-Reformer, wurden diese auf den neuen Kurs des "Marktsozialismus" eingetrimmt. Im Gegensatz zur CSSR 1968 hatten die Moskauer Reformer die Macht dies auch zu bewerkstelligen.)

Aus Washington war 1968 zu hören, daß man dort "mit Interesse und Sympathie die Ergebnisse in der CSSR beobachten" würde. Natürlich, wenn Dubcek die Regierungen in Bonn oder Washington um Kredite anging, dann tat er damit nur, was Breschnew schon lange machte. Aber solche Beziehungen sollten eben das Monopol der Kremel-Herren bleiben.

Der Prozeß der mit der Machtübernahme der Dubcek-Gruppe sich entwickelte, kann man nicht vom Prozeß im revisionistischen Lager insgesamt trennen. Er ist das Ergebnis gewesen der Entartung und der großen Widersprüche im revisionistischen Clan, das Ergebnis der verschiedenen Tendenzen im

Clan eines jeden einzelnen revisionistischen Landes, sowie das Ergebnis der internationalen Widersprüche.

Dubcek spielte geschickt. Er propagierte den "Sozialismus mit menschlichem Gesicht". Liberalisierung, Pressefreiheit, Pluralismus, Marktwirtschaft gegen Planwirtschaft, Stalinismus u.s.w. waren Parolen seiner Anhänger. Eine "reine Demokratie" wurde propagiert. *"Für ein freies Spiel der politischen Kräfte, für eine freie, uneingeschränkte und nichtorganisierte Initiative der Individuen"* (Literarni Listy, Nr.9/68).

### Der "liberale" Weg und seine Unterstützer

Für diesen "liberalen" Weg war ein Teil des tschechoslowakischen Volkes, sogar der tschechoslowakischen Arbeiterklasse wie geschaffen. Für sie war der Kommunismus ein leeres Wort, ein Zwischenfall. Die KPTsch arbeitete seit der Befreiung nicht auf fester Grundlage und es war eine Tatsache, daß sie die Natur und die politischen Tendenzen eines Teils der Bevölkerung nur wenig verändert hat. Dieser Teil hat dann auch im Sozialismus seine bürgerlich-kapitalistischen Auffassungen bewahrt und weiterentwickelt. (Vgl: "Zer i Popullit", 24.3.1968: Die Arbeiterklasse der revisionistischen Länder muß den Kampf aufnehmen, um die Diktatur des Proletariats wiederherzustellen)

In der CSSR begann es mit reaktionären pro-westlichen Schriftstellern und Studenten. In diesen Kreisen wurden die "geistigen" Waffen geschmiedet. Eine weitere Liberalisierung des revisionistischen Regimes strebten sie an. Eine vollständige Loslösung von der Hegemonie der Sowjetrevisionisten wurde gefordert und schließlich sollten die Revisionisten gestürzt werden und durch offene kapitalistische Cliquen ersetzt werden. Solche reaktionären Studenten, Schriftsteller, Künstler usw. halfen erstmal der Gruppe der Ultrarevisionisten, die Macht zu ergreifen.

Diese Intelligenzia wurde zur Vorhut der Reaktion. (Vgl. hierzu auch die Ereignisse in Ungarn 1956: Der Petöfi-Klub - Kulturklub des Jugendverbands, in Wirklichkeit ein Nest der reaktionären Intellektuellen)

*"Die Schriftsteller waren es, die den Stein ins Rollen brachten, und nicht nur das. Unter ihnen war der 'brain trust' zu finden, der das politische Konzept ausarbeitete, der den kommunistischen Sozialismus mit der Demokratie vereinigen sollte" ... Die Bewegung in der CSSR, "war eine Bewegung, die von kulturellen, von geistigen Bereichen ausging und bei der realen Entfaltung dort auch ihr Zentrum behielt", bekannte redselig der Westberliner "Tagesspiegel" vom 28.8. 1968.*

Während der gesamten Zeit des sogenannten "Prager Frühlings" appelierte die Reaktion an die Jugend. Sie schmeichelte ihr, schürte nihilistische Leidenschaften und Stimmungen. Eifrig propagiert wurde die Auffassung von der Jugend als einer sozialen Sondergruppe mit angeblich selbstständigen, an keiner Klasse gebundenen politischen Forderungen. Es wurde ihr zugesichert, daß alle Forderungen der Jugendlichen erfüllt werden. Der Sozialismus wurde betont, hätte die Jugend immer ignoriert und wäre nicht dazu fähig. Nur in der "Demokratie" sei die "freie Willensäußerung" machbar, gebe es die "schöpferische Initiative von unten" und dergleichen mehr.

Vertreter aller imperialistischen Staaten gaben sich im Prager Hradschin die Klinke in die Hand. Ex-Bundespräsident Scheel fuhr als "Privatmann" in die CSSR. Carters Chefberater, Brzesinski kam als "Vortragsreisender". Bundesbankpräsident Blessing besuchte achtmal Prag. Die CSSR erhielt großzügige Kredite. Die bankrotte Wirtschaft sollte nach westlichem Vorbild saniert werden - auf Kosten der Arbeiter. Die Dubcek-Leute waren gute Demagogen. Für alles machten sie den "Stalinismus" verantwortlich. Haß wurde gegen den Sozialismus geschürt und der westliche Kapitalismus mit sozialen Phrasen garniert als "demokratischer Sozialismus" verkauft. Alle, sogar die Faschisten wurden mit großem Tamtam rehabilitiert. Sie wurden als "hervorragende Menschen", als Opfer des "stalinistischen Terrors" hingestellt.

Raschen Schrittes wurden verschiedene Klubs, Zirkel, Vereinigungen und sogar Parteien gegründet. Das waren der "Klub 231", der "Klub der engagierten Parteilosen", der "Arbeitskreis unabhängiger Schriftsteller", der "Klub der Kritischdenkenden", die "Organisation zum Schutz der Menschenrechte", das "Vorbereitungskomitee der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Parteien" usw.

Für diese Oppositionsgruppen, die schnellstmöglich und restlos den Kapitalismus restaurieren wollten, bestand die "zentrale Frage der kommenden Monate" sogenannte "demokratische Wahlen" durchzuführen (Manifest des "Klubs der engagierten Parteilosen")

### Der "demokratische Sozialismus", eine Worthülse für Kapitalismus

Unter der Flagge der Suche nach einer "neuen Variante" des Marxismus wurde in der CSSR lange und hartnäckig eine Kampagne betrieben, die marxistisch-leninistische Theorie zu diskreditieren. Relativ einfach war dies dadurch, da in der CSSR seit langem eine revisionistische Politik betrieben wurde. Nach außenhin wurde das Ganze als "Marxismus-Leninismus" verkauft, freilich der Inhalt war ein anderer. All die Erscheinungen von Fäulnis, Mißwirtschaft, Verzerrung, Korruption usw. wurden so dem Sozialismus angeheftet. Als Ausweg und Alternative wurde dann der "demokratische Sozialismus" propagiert.

*"Der heutige Sozialismus ist nicht für die Arbeiter", in der bürgerlichen Republik "lebten sie besser" ("Literarni listy", 16.5.68).*

Auf dem Gebiet der Wirtschaft wurde als "Alternative" die "sozialistische Marktwirtschaft" gepriesen. So malte beispielsweise der stellvertretende Ministerpräsident Ota Sik in zahlreichen Stellungnahmen ein idyllisches Bild eines "Markt"-Sozialismus.

**Ota Sik:** *"... Unsere Betriebe müssen unter stärkeren Druck des Binnen- und des Weltmarkts geraten. Die Monopolstellung der Betriebe muß durch Konkurrenz nach innen oder im Außenhandel ersetzt werden."* (O.Sik)

Bereits 1967 hatten "Ostspezialisten" wie Karl Thalheim, Direktor der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung des Westberliner Osteuropa- Institutes, erkannt: *"Wenn aber das, was Herr Sik hier vorgetragen hat, durchgeführt wird, so ist das ein echter Systemwandel, und ich würde darin auch tatsächlich eine Annäherung der Wirtschaftssysteme sehen."* (Thalheim, Probleme zentraler Wirtschaftslenkung, München 1967)

Als der bundesdeutsche Wirtschaftspolitiker Blessing im Juli 1968 nach Prag reiste, wurden auch Gespräche über eine bundesdeutsche Unterstützung für einen Beitritt der CSSR zum Internationalen Währungsfonds geführt. Kreditforderungen der CSSR (500 Mio. Dollar) wurden ebenfalls wohlwollend behandelt.

Da für den Fortgang der Reformen in der CSSR mit Hundertausenden von Arbeitslosen gerechnet wurde sicherte der Präsident der Bundesanstalt, Stingel, die Bereitschaft zu, tschechoslowakische Gastarbeiter aufzunehmen: *"Die Arbeitsvermittlung ist in diesem Falle so großzügig wie sie es nur sein kann."* ("Süddeutsche Zeitung", 7.8.68)

### Der heimtückische Überfall

Für die Sozialimperialisten (Sozialisten in Worten, Imperialisten in der Tat) in Moskau läuteten die Alarmglocken. Eine Vielzahl von Gesprächen, Verhandlungen (Dresden, Bratislava u.s.w.) fanden zwischen Januar bis August 68 statt. Vorbereitungen für eine Intervention liefen. Eine Vielzahl von Manövern bereiten den Überfall vor.

Das "Neue Deutschland" vom 6. Mai 1968 wiegelt ab: *"Da hat doch dieser Tage die Bonner Regierung der Welt einzureden wollen, die Staaten des Warscheuer Vertrages beabsichtigen, mit `10.000 bis 12.000 Mann in der CSSR zu intervenieren. Das sind böswillige Erfindungen ... Solche Gangstermethoden waren bekanntlich von den Hitlerfaschisten bis zur Perfektion entwickelt worden."*

(Ähnlichkeiten mit der Ulbrichtbehauptung: "*Niemand hat die Absicht eine Mauer zu errichten*" vom 16. Juni 1961 sind "rein zufällig")

Unter strengster Geheimhaltung begann nunmehr die Vorbereitung der direkten militärischen Intervention. Die Tarnbezeichnung lautete "Dunai" (Donau). Mit der Vorbereitung und Durchführung der Übung "Donau" begann auch die direkte Einbeziehung der "Nationalen Volksarmee" (NVA) der DDR in die geplante Militäraktion. Am 19. August wurde der NVA-Führung mitgeteilt, daß die Übung "Donau" mit dem Überschreiten der Staatsgrenze der CSSR am 21. August 1968, 0.00 Uhr Moskauer Zeit, beginnt.

### Panzer rollen auf Prag

In den späten Abendstunden des 20. August erhielt der Kontrollturm des Prager Zivilflughafens Ruzyne einen Notruf von drei sowjetischen Transportflugzeugen. Die Besatzungen baten um Landeerlaubnis, weil ihr Treibstoffvorrat verbraucht wäre. Der Direktor des Flughafens lehnte diese Bitte unter Hinweis auf eine Landemöglichkeit auf dem naheliegenden Militärflugplatz Kbely ab. Doch wenige Minuten später setzten die sowjetischen Maschinen in Ruzyne auf - ohne Genehmigung. Als "Passagiere" der Transporter entpuppten sich Fallschirmjäger der sowjetischen Streitkräfte. Blitzschnell besetzten sie die wichtigsten Punkte des Flugplatzes, luden Militärgerät aus und errichteten eine Feldflugleitstelle. Ab 22.30 Uhr landeten in Minutenabstand weitere sowjetische Flugzeuge vom Typ AN-12, die eine komplette Luftlandedivision nach Prag brachten. Die Intervention hatte mit einem Piratenakt begonnen.

Etwa zur selben Zeit erhielten die Kommandeure der entlang der Grenze zur CSSR konzentrierten Verbände und Truppenteile des Warschauer Vertrages den Marschbefehl.

Militärisch stieß die Intervention von Truppen der UdSSR, Polens, Bulgariens und Ungarns auf keinerlei Widerstand. Die Einheiten der "Tschechoslowakischen Volksarmee" wurden teilweise entwaffnet, ihre Kasernen blockiert. Der Blitzüberfall in die CSSR vollzog sich in weniger als 24 Stunden. Die Gesamttruppenstärke der eingesetzten Kräfte lag bei mindestens 350 000 bis 400 000 Mann. Auf der Grundlage verschiedener Quellen beteiligten sich insgesamt 20 bis 23 sowjetische Divisionen, 4 polnische Divisionen, 2 bis 3 ungarische Divisionen und 2 Verbände der NVA sowie ein verstärktes bulgarisches Regiment.

Erst am 23./24. August hielten sich im Rahmen der gemeinsamen Militäraktion auch tatsächlich NVA-Angehörige zeitweilig auf dem Territorium der CSSR auf.

Auch wenn es nur einige Dutzend NVA-Angehörige waren die tatsächlich auf dem Boden der CSSR stationiert waren, dürfen die Maßnahmen der DDR und ihrer Armee nicht bagatellisiert werden. Die NVA war bis zum 21. August voll in die Militäraktion des Warschauer Vertrages eingebunden. Beide

Verbände waren so weit militärisch vorbereitet, daß sie auf sowjetischen Befehl hin in die CSSR hätten zum Einsatz gebracht werden können.

Ein Gefreiter der NVA, der am 23. August 1968 zum Führungsstab nach Milovice unterwegs war, schilderte in einem Bericht an die PHV der NVA die Situation folgendermaßen: *"Völlig desinformiert über den Sinn des Aufenthalts von Truppen aus den sozialistischen Bruderländern hingen Fahnen mit Trauerflor auf Halbmast, waren Losungen an Mauern, Häusern, Bäume und Fahrzeuge geschmiert. In jeder Ortschaft, durch welche wir fuhren, bot sich das gleiche Bild, und überall standen Menschen in Gruppen auf den Straßen oder an Fabrikatoren und drohten sogar mit den Fäusten. Die Ortsschilder und Wegweiser waren entweder herausgerissen oder übermalt, dafür standen neue mit der Aufschrift, Moskau, Warschau, Berlin."* (Fonds des Militärgeschichtlichen Instituts des DDR, Arbeitsgr. B/E, 61186)

Öffentliche Stellungnahmen gegen den Truppeneinmarsch tauchen in den Medien nicht auf. Aber es gab sie auch in der DDR. Solidaritätskundgebungen Berliner Bürger in der CSSR-Botschaft, Protestkundgebungen in Eisenach, Ruhla, Gotha und Schwerin sowie Flugblattaktionen gegen die Besetzung fanden nach dem 21. August statt.

Die NVA-Führung ging in ihrem Verantwortungsbereich gegen jede Abweichung von der offiziellen Parteilinie streng vor. Innerhalb von zwei Monaten, gerechnet ab August 68, wurden im Zusammenhang mit den Ereignissen in der CSSR 234 Parteiverfahren in der NVA durchgeführt. Dabei kam es zu 140 sogenannten Parteierziehungsmaßnahmen und 94 Parteistrafen einschließlich 20 Ausschlüsse. Allein 12 Offiziere wurden aus der SED ausgeschlossen, was für sie praktisch das Ende ihrer Karriere bedeutete. (R. Wenzke, Prager Frühling - Prager Herbst. Brandenburgisches Verlagshaus, 1990)

Während die Werktätigen der CSSR in einer Welle des Widerstandes gegen den Überfall sich erhoben, rief Dubcek dazu auf, "Ruhe zu bewahren". Aber überall entbrennt der Kampf gegen die Besatzer. Eingehakt, in festen Reihen marschieren die Menschen durch die Straßen Prags, um das weitere Vordringen der feindlichen Panzer zu verhindern. Die großen Betriebe wie die CKD-Maschinenwerke, wie die Hütte von Vitkovice, die Bergwerke von Kladno und Hymburk werden von den Arbeitern stillgelegt. Die Eisenbahner verweigern den Transport von Material für die Besatzer. Am 25. August greifen in Prag Arbeiter zu den Waffen. Widerstandsstoßbrigaden werden gebildet. Und was macht Dubcek, der angebliche Vorkämpfer für die Unabhängigkeit? Er beschränkt sich nicht mehr auf Stillhalte-Apelle, sondern unterzeichnet in Moskau am 27. August ein Kommuniqué mit den Moskauer Henkern, in dem zynisch von der Freundschaft und Solidarität die Rede ist, die beide Seiten miteinander empfinden. Dubcek gibt den Streitkräften die Order, "Zwischenfälle und Zusammenstöße" zu vermeiden. Dubceks Pakt mit den Sowjetrevisionisten konnte nicht verhindern, daß Breschnew ihn schließlich kalt abservierte und ihn durch die getreue Marionette Husak ersetzte. Dubcek erhielt später einen Botschaftsposten in der Türkei, bis er ganz von der Bühne verschwand.

Als Grund für die Intervention wird ein angebliches "Hilfeersuchen einer Gruppe von Mitgliedern des ZK der KPTsch" genannt. (TASS, 21. August) Die Einzelheiten dieses "Hilfeersuchens" blieben im dunkeln, die Namen der "Bittsteller" wurden nicht bekanntgegeben. Die Absurdität des "Hilfeersuchens", das durchaus den Tatbestand des Hochverrats erfüllte, ist offensichtlich. Wie konnten die UdSSR und ihre Verbündeten auf "Wunsch" einer kleinen Gruppe von Bürgern der CSSR Truppen in das Land senden, ohne daß davon die Regierung oder das Parlament der CSSR Kenntnis erhielten?

Späterhin werden die Sowjetrevisionisten den Überfall als "Notwendigkeit" deklarieren, ihn mit einer "Begrenzten Souveränität sozialistischer Länder" rechtfertigen.

### Die Breschnew-Doktrin

Als "Geburtsurkunde" der sozialimperialistischen Breschnew-Doktrin von der "begrenzten Souveränität" war der Brief (14.7.68) aus Warschau von fünf "Bruderländer" an die KPTsch. Darin heißt es: *"Es ist nicht nur mehr ihre Angelegenheit, daß sind die gemeinsamen Angelegenheiten aller Kommunistischen und Arbeiterparteien und aller durch Bündnis, durch Zusammenarbeit und Freundschaft vereinten Staaten (...) Wir werden niemals zulassen das der Imperialismus auf friedlichem und unfriedlichem Wege, von innen oder von außen eine Breche in das sozialistische System schlägt."*

Der Größenwahn der Revisionisten kannte keine Grenzen. Die getreuen Schreiberlinge der SED schrieben im ND:

*"Die furchtgebietende militärische Macht der UdSSR - so formulierte L. Breschnew - ist heute das Hauptmittel imperialistische Aggressoren zu zügeln" Und weiter: " Auf allen Gebieten des modernen Militärwesens hat sich die Sowjetunion den ersten Platz in der Welt erkämpft, ihn behauptet und sogar ausgebaut ... Angesichts des Kräfteverhältnisses wäre es absurd anzunehmen, daß das sozialistische Weltsystem einen Einbruch in seinen Bereich dulden würde..." (2.8.68)*

### Dem Proletariat fehlte die Führung

Die Arbeiter der CSSR wurden von beiden Seiten mißbraucht: von den pro-westlichen "Sozialisten" wie von den pro-sowjetischen "Sozialisten". Beiden Gruppierungen ging es nicht um die Arbeiter, sondern nur um ihre Macht und Einfluß.

Den Arbeitern fehlte eine revolutionäre, marxistisch-leninistische Partei, die sie einte und organisierte im Kampf gegen die Dubceks, gegen die Breschnews. Ansätze waren vorhanden, wie die Gruppen der "Gottwald-Kommunisten" (Klement Gottwald, 1896-1953, erster Arbeiterpräsident der CSR, Vorsitzender der KPTsch).

Leider entwickelten sie sich nicht zu einer einheitlichen Kommunistischen Partei.

In jenen Tagen schrieb "Zëri i Popullit", das Zentralorgan der Partei der Arbeit Albanien:

*"Für das tschechoslowakische Volk ist die Lage ernst aber nicht hoffnungslos. Vertrauen auf die eigenen Kräfte und auf die gesunden internationalen Kräfte des Marxismus-Leninismus kann den Weg zur Rettung bahnen. Die revolutionären Marxisten-Leninisten der Tschechoslowakei müssen eine neue, wahrhaft marxistisch-leninistische Kommunistische Partei der Tschechoslowakei bilden, die der revisionistischen Partei Dubceks und allen bürgerlichen Parteien der Tschechoslowakei unerbitterlich den Krieg erklärt."*

Nachtrag:

Seit 1989/90 ist die Tschechoslowakei wieder da angelangt, wofür die Reformer kämpften:

Im "demokratischen Sozialismus", d.h. im Kapitalismus.

Am 28. Dezember 1989 wird Alexander Dubcek neuer Parlamentspräsident der jetzt offen kapitalistischen CSFR.

Gustav Husak, der von den Sowjets 1968 eingesetzte 1. Sekretär der KPTsch, wurde 1989 abgesetzt. Seitdem beschäftigte er sich intensiv mit der Religion. Nach Angaben bürgerlicher Kreise ist er zum Christentum übergetreten.

Eine ausführliche Analyse über die Politik der Ultrarevisionisten in Jugoslawien und in der CSSR-Dubceks findet man im 7. Kapitel (S. 89-99) des Buches: "Wann und warum der Sozialismus in der SU scheiterte", Bd.1. Verlag ROTER MORGEN.

## Gastfreundschaft mißbraucht

**Sofia (ADN).** Der stellvertretende bulgarische Außenminister Haralambi Traikow hat im Auftrage seiner Regierung dem albanischen Botschafter mitgeteilt, daß er und der 2. Sekretär der Botschaft, Nareci Riza, sowie die Mitarbeiter Lukán Tase, Foto Joni, Malo Cenka und Bedri Minga innerhalb von drei Tagen Bulgarien zu verlassen hätten. Diese Maßnahme erfolge, da die Tätigkeit der Genannten im Widerspruch zu den internationalen Gepflogenheiten stehe und mit dem diplomatischen Status unvereinbar sei.

In einer aus diesem Anlaß veröffentlichten offiziellen Erklärung heißt es, die albanischen Diplomaten hätten unter Mißbrauch der ihnen gewährten Gastfreundschaft aktive subversive Tätigkeit gegen die Volksrepublik Bulgariens entwickelt, geheime Verbindungen zu bulgarischen Staatsbürgern unterhalten und diese zu staatsfeindlicher Tätigkeit veranlaßt. Sie hätten Hetzliteratur gegen die Bulgarische KP und die Regierung sowie gegen andere sozialistische Staaten verbreitet und Informationen gesammelt, um die Sicherheit Bulgariens zu untergraben. Außerdem hätten sie feindliche Tätigkeit gegen andere sozialistische Staaten betrieben. Die bulgarische Regierung bekräftige ihren Wunsch, heißt es abschließend in der Erklärung, mit der Volksrepublik Albanien auf der Grundlage der Achtung der nationalen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten normale Beziehungen zu unterhalten.

